

## **Online-Pressespiegel 2015**

# **NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart**

herausgegeben vom  
Demokratiezentrum Baden-Württemberg  
Landeskoordinierungsstelle  
Jugendstiftung Baden-Württemberg

Dieser Online-Pressespiegel stellt eine Auswahl an Artikeln dar, die im letzten Jahr in Online-Zeitungs-Medien, teilweise auch in Printmedien zum Thema NSU, NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags Baden-Württemberg erschienen sind. Die Aufmerksamkeit gilt in erster Linie Medien, die in Baden-Württemberg beheimatet sind.

Für eine bessere Lesbarkeit wurde eine einheitliche Schrift gewählt.

Herausgegeben von:

Demokratiezentrum – Landeskoordinierungsstelle

Jugendstiftung Baden-Württemberg

Postfach 1162

74370 Sersheim

Tel.: (0 70 42) 83 17-30

Fax: (0 70 42) 83 17-40

[beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de](mailto:beratungsnetzwerk@jugendstiftung.de)

[www.jugendstiftung.de](http://www.jugendstiftung.de)

[www.demokratiezentrum-bw.de](http://www.demokratiezentrum-bw.de)

Auswahl, Redaktion, Layout: Lina Mayer, Nina Meiners, Angelika Vogt

Landeskoordinierungsstelle



Im Auftrag von



Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

# Januar

## Stuttgart

### **NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag: Neigung zur Geheimniskrämerei**

*Der NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags hat seine Arbeit aufgenommen. Der frühere Chef des Hamburger Verfassungsschutzes und Innensenator Heino Vahldieck hat über die Eigenheiten der Geheimdienstler berichtet.*

Die Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) haben nach Ansicht des früheren Hamburger Innensenators Heino Vahldieck (CDU) kein generelles Systemversagen der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern offen gelegt. „Davon kann keine Rede sein“, sagte der 59-Jährige am Freitag vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags. Vahldieck hatte von 2002 bis 2010 den Verfassungsschutz der Hansestadt geleitet. Vor den Ausschuss geladen war er als Mitglied der Bund-Länder-Kommission Rechtsterrorismus. Dieses Gremium war Anfang 2012 eingesetzt worden und sollte nach dem Auffliegen der Terrorzelle NSU Schwachstellen in der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Ländern untereinander aufspüren. Im Mai 2013 legte die Kommission ihren Bericht vor, dessen Ergebnis Vahldieck nachzeichnete.

Nach seinen Worten zeigten die NSU-Morde, die von den im Dunkeln tappenden Sicherheitsbehörden gar nicht als rechtsextremistische Terrorakte in Erwägung gezogen worden waren, durchaus Fehler und Versäumnisse von Polizei und Verfassungsschutz auf. Vor allem fehlende Kommunikation zwischen den Behörden und Akteuren hätten den Ermittlungserfolg erschwert. Zumindest für die Zeit der Umtriebe des NSU-Trios konstatierte Vahldieck „Optimierungsbedarf bei der Weitergabe von Informationen.“ Indes habe die Kommission keinesfalls den Eindruck gewonnen, die Behörden seien auf dem rechten Auge blind.

#### **Mängel an Informationsaustausch**

Den mangelnden Informationsaustausch räumte Vahldieck ein, wobei er auf seine Erfahrungen als Chef des Hamburger Verfassungsschutzes verwies. Es gebe die Neigung, das eigene Wissen nicht weiterzureichen. Dafür gebe es auch sachliche Gründe, etwa den

Schutz der eigenen Quellen. „Das ist eingeebnet in die DNA der Verfassungsschützer.“ Das dürfe aber nicht so weit gehen, dass Informationen überhaupt nicht weitergeleitet werden. Vahldieck sagte, vor allem bei dienstälteren Verfassungsschützern sei eine selbstbezogene Haltung zu beobachten, die er so beschrieb: „Toll, dass wir es wissen, aber das reicht dann aber auch.“

Kritisch setzte sich der frühere Hamburger Innensenator auch mit der Anwerbung von V-Leuten auseinander. V-Leute sind Informanten, die in der jeweiligen Szene gewonnen werden. Mitunter werden sie mit verdeckten Ermittlern verwechselt. Bei denen handelt es sich um Beamte, die oft jahrelang mit einer falschen Legende ermitteln. Vahldieck ließ erkennen, dass die Gewinnung von V-Leuten bei den Nachrichtendiensten mitunter zum Selbstzweck werde, jedenfalls als wichtigste Aufgabe gelte. Dies dürfe aber nicht so weit gehen wie in Thüringen: Dort war mit Tino Brandt der Kopf des „Thüringer Heimatschutzes“ als V-Mann des Verfassungsschutzes angeworben worden. „Das kann nicht sein“, sagte Vahldieck, „dann ist der Innenminister in gewisser Weise Chef einer extremistischen Bewegung.“

#### **Wurden Akten vernichtet?**

Von Versäumnissen in der Zusammenarbeit der baden-württembergischen Behörden mit dem Bund oder anderen Ländern wusste Vahldieck nicht zu berichten. Dies gelte weder für die Zeit, in der das NSU-Trio aktiv war, noch die Zeit nach dem Auffliegen der Terrorgruppe. Der Untersuchungsausschuss beschloss, ein Gutachten zur Sicherheitsarchitektur des Landes in Auftrag zu geben. Außerdem will er untersuchen, ob im Land Akten zur NSU-Thematik vernichtet wurden.

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 23.01.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-im-landtag-neigung-zur-geheimniskraemerei.0a52f895-6249-4573-8994-ae431ff9aaf2.html>

## Stuttgart

# NSU-Prozess in Stuttgart: Aufklärungsarbeit beginnt zäh

*Der NSU-Ausschuss soll aufklären, was das Neonazi-Trio im Südwesten tat und ob es Pannen bei Behörden gab. Als erste Zeugen werden Journalisten und Autoren geladen. Ein Zeichen der Hilflosigkeit?*

Der Untersuchungsausschuss zur rechtsextremen Terrorzelle NSU will für seine kommenden Sitzungen vor allem Journalisten und Autoren als Zeugen laden. Darunter sind nach Angaben des Landtages auch der ehemalige „Spiegel“-Chefredakteur und heutige „Welt“-Herausgeber Stefan Aust sowie der Krimi-Autor Wolfgang Schorlau. Dies hat das Gremium am Freitag beschlossen.

Die Arbeit des Ausschusses ist bei der ersten öffentlichen Sitzung zuvor nur langsam in die Gänge gekommen. Die Befragung des Sachverständigen Heino Vahldieck als ehemaliges Mitglied der Bund-Länder-Kommission brachte keine Erkenntnisse über mögliche Versäumnisse der Sicherheitsbehörden in Baden-Württemberg. Der NSU-Ausschuss steht unter großem Zeitdruck. Bereits bis 31. Oktober soll es einen Bericht an den Landtag geben.

Der Ausschuss habe einstimmig beschlossen, insgesamt neun Personen einzuladen, „die durch eigene Recherchen neue Erkenntnisse zum Themenkomplex Rechtsextremismus/NSU gewonnen haben“, wie es in einer Mitteilung des Landtages hieß. Neben Aust und Schorlau will das Gremium demnach unter anderem Journalisten vom Focus, vom Stern und vom Haller Tagblatt laden sowie den Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke.

Für den Dresdner Politikwissenschaftler Werner J. Patzelt ist die Entscheidung, Journalisten und Autoren als Zeugen zu laden, allerdings „ein Ausdruck von Bequemlichkeit und Hilflosigkeit“. Patzelt sagte der Deutschen Presse-Agentur: „Journalisten danach zu befragen, was sie herausgefunden haben, läuft auf Lesefaulheit heraus.“ Was diese recherchiert hätten, hätten sie ja publiziert.

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) weist den Vorwurf indes zurück: „Das ist viel Arbeit, das ist keine Hilflosigkeit.“ Es gehe darum, sich dem Thema von einer anderen Seite zu nähern. „Wir nehmen die raus, die nie vernommen worden sind“ - und nicht die, die bisher schon in den anderen NSU-Ausschüssen in Bund und Ländern gehört worden seien.

Es gehe um Journalisten, die durch umfangreiche Recherchen zu anderen Schlüssen als die Ermittler gekommen seien. Die Bundesanwaltschaft geht davon aus, dass die Polizistin Michèle Kiesewetter im Jahr 2007 in Heilbronn ein Zufallsopfer des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) gewesen sei. Kritiker widersprechen dieser Theorie.

### **Das Gremium hat aktuell 17 Termine bis Juli festgesetzt**

Politikprofessor Patzelt hält allerdings den straffen Zeitplan des Ausschusses für machbar. Entscheidend sei, dass die Abgeordneten jetzt nicht „aus politisch-taktischem Willen jeden gewünschten Zeugen vernehmen, sondern sich mit tatsächlicher Aufklärungsabsicht der Sache annähern“, sagte der Politikprofessor der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart.

„Dann ist das zwar immer noch ambitioniert, aber man muss nicht sagen: „Es ist dazu verurteilt, eine Showveranstaltung zu sein.“ Drexler sieht als letztmöglichen Zeitpunkt für die Abgabe des Berichtes den 16. Februar 2016. Dies sei die letzte Landtagssitzung in dieser Legislaturperiode. Der Landtag hatte im November die Frist für Oktober gesetzt. Nach dem Bericht soll die NSU-Enquete-Kommission Handlungsempfehlungen für die Politik erarbeiten - und ihre Arbeit vor der Landtagswahl im März 2016 abschließen.

Das Gremium hat aktuell 17 Termine bis Juli festgesetzt. Drexler erwartet, dass alle notwendigen Akten spätestens bis März vorliegen werden. Aktuell verfüge der Ausschuss bereits über große Teile der Unterlagen des Innenministeriums, des Verfassungsschutzes, des Landeskriminalamtes und des Justizministeriums. Der angeforderte Regierungsbericht steht demnach allerdings noch aus.

Der Untersuchungsausschuss soll Kontakte und Aktivitäten des NSU im Südwesten beleuchten sowie die Aufklärungsarbeit der Sicherheitsbehörden dazu. Dabei geht es insbesondere um den Mord an der Polizistin Kiesewetter. Der Ausschuss war eingesetzt worden, nachdem sich die Enquete-Kommission zum Thema heillos zerstritten hatte. Die Kommission lässt aktuell ihre Arbeit ruhen.

Quelle: SIR/dpa, Stuttgarter Zeitung, 23.01.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-prozess-in-stuttgart-aufklaerungsarbeit-beginnt-zaeh.ac2b37ba-71e4-4c40-9c4c-9c2023b74ea8.html>

Ähnlicher Beitrag: Stefanie Järkel/dpa, Heilbronner Stimme, 23.01.15,

URL: <http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landtag-Terrorismus-NSU-NSU-Ausschuss-will-Journalisten-befragen-Auftakt-gestaltet-sich-zaeh;art19070,3287197>

## Stuttgart

### Start mit Kontroversen

*Fraktionsübergreifend will der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags die Taten des rechtsextremistischen Trios aufarbeiten. Schon bei der ersten Sitzung deuteten sich aber Kontroversen an.*

Vor bald sieben Jahren war in Heilbronn die Polizistin Michèle Kiesewetter erschossen worden, gestern begann die parlamentarische Aufarbeitung des dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugeordneten Mordes. Sieben Jahre brauchte der Landtag, um den Ausschuss auf die Beine zu stellen, und ebenso zäh verlief die erste Zeugenvernehmung.

Nur weil eine erste parlamentarische Untersuchungskommission gescheitert war, kam der Ausschuss als zweiter Versuch überhaupt zustande. Knapp ein Jahr vor der letzten Landtagssitzung haben sich die Abgeordneten ein Mammutprogramm verordnet: 17 Sitzungen bis zum Sommer, den Abschlussbericht im Herbst. Am 16. Februar 2016, dem letzten Plenum dieser Legislaturperiode, könnte der dann das Parlament durchlaufen.

Doch noch nicht mal alle Akten liegen vor, geschweige denn, dass sie gelesen wären. Ins Innenministerium nach Berlin, auch zum Oberlandesgericht in München, das der mutmaßlichen Drahtzieherin der Neonazi-Mörderbande bereits seit zwei Jahren den Prozess macht, werden Sachverständige geschickt, die aus dem Wust von Akten jene herausfiltern sollen, die relevant sein könnten für die Stuttgarter Ausschussarbeit. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, ob der Polizistenmord zufällig oder gezielt geschehen ist, ob der rassistische Ku-Klux-Klan eine Rolle gespielt hat und die generelle Klärung, was an der Sicherheitsarchitektur, also dem Zusammenspiel von Polizei, Geheimdienst, Justiz und Politik im Land, möglicherweise falsch gelaufen ist.

Der erste Zeuge, der Hamburger Ex-Verfassungsschützer, Justiz- und Innensenator Heino

Vahldieck (CDU) konnte dazu nichts beitragen, obwohl er Mitglied jener Bund-Länder-Kommission war, die die Mordserie als erste beleuchtete. „Baden-Württemberg stand nicht besonders im Blickpunkt“, sagte Vahldieck in seiner kurzen Anhörung. Der Südwesten habe angefordertes Material rasch geliefert, ein generelles Systemversagen habe man nicht festgestellt, und die Sicherheitsstrukturen einzelner Bundesländer hätten in der damaligen Debatte keine Rolle gespielt. Das allerdings, räumte Vahldieck ein, sei der Stand von vor zwei Jahren, als seine Bund-Länder-Kommission ihren 400-Seiten-Bericht abgeschlossen hatte. Seither sind in fünf anderen Bundesländern Untersuchungsausschüsse zum Teil noch immer tätig, manche warten sogar noch auf Akten.

Der Ausschuss will, nach dem Streit in der vorangegangenen, gescheiterten Enquete-Kommission, nun möglichst fraktionsübergreifend arbeiten. Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD): „Wir wollen das gemeinsam machen als Signal des Landtags, wir gewinnen alle, wenn wir zusammenarbeiten.“

Schon bei der Terminierung deuten sich aber erste Differenzen an: Der Grünen-Obmann Jürgen Filius will die Arbeit bis zum Herbst beendet wissen und im Abschlussbericht Handlungsempfehlungen an die Politik geben. Drexler hingegen deutet an, dass bei einer vielversprechenden Spurenlage die Untersuchungen nur vorläufig abgeschlossen werden, sodass ein neuer Landtag nach der Wahl darauf aufbauen und weiter ermitteln könne. Denn der Zeitplan ist, erkennt Drexler, angesichts der bevorstehenden Landtagswahl „sehr ambitioniert“.

Quelle: Andreas Böhme, Südwest Presse Online, 24.01.2015 URL:

<http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Start-mit-Kontroversen;art4319,3010441>

## Stuttgart

### Kapuzenträger und der Honigtopf

*Der NSU-Untersuchungsausschuss in Stuttgart hat gestern erstmals öffentlich getagt. Beim zähen Auftakt war nur die Frage nach dem einstigen rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan in Hall konkret.*

Das parteipolitische Gezerre um die Aufklärung des Heilbronner Polizistenmords und um mutmaßliche Bezüge zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU)

dauerte im Stuttgarter Landtag Monate. Waren tatsächlich und nur Uwe Mundlos und Uwe Bönnhardt die Täter? Der Untersuchungsausschuss, der gestern

erstmal öffentlich tagte, will in den kommenden Monaten Kontakte und Aktivitäten des NSU im Land beleuchten.

Heino Vahldieck, ehemaliges Mitglied der Bund-Länder-Kommission zum Rechtsextremismus, konnte in seiner Befragung gestern keine Antworten zu Baden-Württemberg liefern. Die Sicherheitsstruktur und die Tat in Heilbronn hätten in seiner Arbeit keine Rolle gespielt. So bewegen sich die Fragen zwei Stunden lang im Allgemeinen – bis Ausschussvorsitzender Wolfgang Drexler zum Abschluss den rassistischen Ku-Klux-Klan thematisiert, der zwischen 2000 und 2003 seinen Sitz in Gailenkirchen hatte. Clemens Binner (CDU) vom NSU-Untersuchungsausschuss in Berlin hatte vor Monaten spekuliert, der KKK sei vom Verfassungsschutz – unter Mitwirkung mehrerer V-Leute – als sogenannter Honigtopf gegründet worden, um Rechtsextreme anzulocken.

„Durfte das der Verfassungsschutz überhaupt“, will Drexler wissen. Die Antwort von Vahldieck, der selbst viele Jahre den Verfassungsschutz in Hamburg geleitet hatte, ist klar: „Ich hätte das so nicht gemacht.“ Es sei zunächst aber spekulativ, ob tatsächlich der Verfassungsschutz hinter dem Klan-Ableger in Hall stecke. „Ob es dann rechtmäßig gemacht wurde, dazu möchte ich mich nicht äußern.“ Generell könne sich der Nachrichtendienst auch öffentlich und versteckt positionieren, um an Informationen aus der Szene zu

gelangen. „Das, was Sie mir gerade beschrieben haben, scheint mir zumindest grenzwertig.“

Die Affäre um den rassistischen Geheimbund soll in der Arbeit des Untersuchungsausschusses im Landtag noch einen größeren Raum einnehmen. Mindestens zwei Mitglieder des KKK spitzelten für den Verfassungsschutz, darunter der Klan-Chef selbst.

Der zweite war Thomas R. alias „Corelli“, der bundesweit in der Neonazi-Szene aktiv war und auch Kontakte zum mutmaßlichen NSU hatte. Er war nach seiner Enttarnung im Zeugenschutzprogramm und wurde im Frühjahr 2014 tot in seiner Wohnung aufgefunden, als ihn Beamte zu seinen Beziehungen zum NSU befragen wollten. Die Diagnose: unerkannte Diabetes.

Brisant wird die Spur Ku-Klux-Klan aber auch durch zwei Beamte, die unter den Kapuzen mitmischten: Jörg W. und Timo H. gehörten zur selben Böblinger Einheit, wie die getötete Polizistin Michèle Kiesewetter. H. war sogar am Mordtag der Vorgesetzte der Polizistin und nur wenige hundert Meter vom Tatort entfernt zivil im Einsatz.

Ungeklärt ist, ob der KKK eine Rolle beim Mord gespielt hat. Der Untersuchungsausschuss – unter anderem besetzt mit dem Haller Landtagsabgeordneten Nikolaos Sakellariou (SPD) – will bis Anfang 2016 einen Abschlussbericht vorlegen. Dabei gelte die Maßgabe: Gründlichkeit vor Schnelligkeit, versicherte Vorsitzender Drexler am Freitag in Stuttgart.

Quelle: Thumilan Selvakumaran, Südwest Presse Online, 24.01.15 URL:

[http://www.swp.de/schwaebisch\\_hall/lokales/schwaebisch\\_hall/art1188139,3010291](http://www.swp.de/schwaebisch_hall/lokales/schwaebisch_hall/art1188139,3010291)

## Stuttgart

### Bundestagsabgeordnete kritisieren NSU-Ermittlungen im Land

*Falsche Ziele, unterlassene Aufklärung: Die Bundestagsabgeordneten Eva Högl und Clemens Binner zerpfücken die NSU-Ermittlungen im Land.*

Scharfe Kritik an den Behörden im Südwesten haben gestern die beiden ehemaligen Obleute des Berliner NSU-Untersuchungsausschusses geäußert. Der Böblinger CDU-Abgeordnete Clemens Binner und Eva Högl von der SPD hatten sich in tausende Akten eingearbeitet, Tatorte besucht, Beamte befragt. Ihr Resümee für Ermittler im Land ist niederschmetternd. Viele Hinweise seien nicht ausgewertet, Namen von Rechtsextremen, die auf Listen auftauchten, nicht weiterverfolgt worden. „Tragisch, dass Beziehungen des Trios nach Baden-Württemberg nicht früher erkannt wurden“, so Binner.

Er spricht von behördlichem Versagen, strukturellen Defiziten – von falscher Zielsetzung, etwa bei der Ermittlungsgruppe Umfeld: „Man hat auf mehreren Seiten im Abschlussbericht versucht, unsere Arbeit zu

widerlegen. Das hat uns gewundert, dass man darauf die Zeit verwendet.“ Dabei gebe es etliche offene Punkte zu klären – etwa, ob beim Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn nur Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt als Täter in Frage kommen. Ob der Mord-Entschluss spontan gefasst wurde. So lautet die Theorie des Generalbundesanwalts. „Wir haben aufgrund der großen Implausibilitäten große Zweifel.“

Das meint auch Eva Högl (SPD). Sie kritisiert Vertreter von Landesbehörden, die in Berlin ausgesagt haben: „Die Zeugen haben uns mehrheitlich enttäuscht. Kaum einer hat Fehler eingeräumt“ – obwohl sich das Trio elf Jahre mordend im Untergrund bewegen konnte.

Binner ist überzeugt: „Man hat das Phänomen Rechtsterrorismus unterschätzt.“ Högl geht weiter. Sie



spricht von strukturellem und institutionellem Rassismus in Landesbehörden. Rechtsextremismus sei systematisch verharmlost worden. Das ruft Nikolaos Sakellariou (SPD) auf den Plan.

„Das tut weh, von einem strukturellen Rassismus zu hören, in einem Land, wo die Opfer zwei Polizisten waren.“

Högl erläutert: „Rassismus ist beim Mord Kiesewetter nicht gegeben.“ Allerdings gebe es gravierende Vorurteilsstrukturen, die bei den Ermittlungen in der Zeit danach aufgefallen waren. Zudem habe es in der Polizei Beamte gegeben, die Mitglieder im rassistischen Ku-Klux-Klan waren.

Quelle: Thumilan Selvakumaran, Südwest Presse Online, 26.01.15,

URL: [http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm\\_neu\\_ulm/Bundestagsabgeordnete-kritisieren-NSU-Ermittlungen-im-Land;art4329,3013256](http://www.swp.de/ulm/lokales/ulm_neu_ulm/Bundestagsabgeordnete-kritisieren-NSU-Ermittlungen-im-Land;art4329,3013256)

## Stuttgart

### Politiker im NSU-Ausschuss: Kiesewetter war kein Zufallsopfer

Im Stuttgarter Untersuchungsausschuss zur Terrorzelle NSU haben Politiker aus Bundestag und Thüringer Landtag die bisherige Aufklärungsarbeit der Ermittler im Südwesten infrage gestellt. Die beiden früheren Obleute im [NSU-Ausschuss](#) des Bundestags, [Clemens Binninger](#) (CDU) und Eva Högl (SPD), sind der Meinung, dass die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn gezielt vom NSU ermordet wurde

„Mich hat es nie überzeugt, dass sie ein Zufallsopfer ist“, sagte Högl. Sie verwies wie die Erfurter Landtagsabgeordnete Dorothea Marx (SPD) auf Verbindungen aus Kiesewetters Umfeld in die rechtsextreme Szene in Thüringen. Der Generalbundesanwalt sieht Kiesewetter als Zufallsopfer des NSU.

Binninger empfahl dem Ausschuss im Landtag, sich unter anderem mit Zeugen zu befassen, die blutverschmierte Männer am Tatort in der Nähe des Tatortes gesehen haben. Die Handydaten von Kiesewetter sollten umfassender ausgewertet werden, auch für die Wochen vor der Tat. Zudem sollten Einsätze von Kiesewetter im kriminellen Milieu untersucht werden. Binninger selbst lebt in Böblingen, wo auch die Einheit von Kiesewetter stationiert war.

Binninger und Högl gehen davon aus, dass der NSU nicht nur ein Trio sondern ein größeres Netzwerk war. Die Abgeordneten sollten die rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg in den 90er Jahren beleuchten – inklusive ihrer Verbindungen in die kriminelle Szene. Hintergrund ist, dass sich die Mitglieder des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) bereits damals im Raum Stuttgart-Ludwigsburg aufgehalten hatten, wie Binninger sagte. Offenbar hatten sie Kontakt zu mindestens einem Neonazi mit einer Waffensammlung, wie das NSU-Mitglied Uwe Mundlos 1996 in einem Brief schrieb.

#### **Kontakt zwischen Ku-Klux-Klan-Ableger und NSU**

Auch zwischen dem im Jahr 2000 gegründeten deutschen Ableger des rassistischen Ku-Klux-Klans in

Schwäbisch Hall und dem NSU bestanden demnach Kontakte. Binninger wies daraufhin, dass es einen weiteren NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag geben könnte, sollten neue Fakten beispielsweise bei der Arbeit des baden-württembergischen Untersuchungsausschusses auftauchen.

Marx, die Obfrau im Thüringer Ausschuss gewesen war, sprach von einem „sehr gebremsten Interesse“ der Sicherheitsbehörden bei der Aufklärung der Straftaten in Thüringen. So gab es beispielsweise kurz nach dem Mord an Kiesewetter den Hinweis von ihrem Patenonkel, wonach es einen Zusammenhang mit den „Türkenmorden“ geben könnte. So wurde die Mordserie an bundesweit neun Menschen mit ausländischen Wurzeln bezeichnet – die Taten wurden später dem NSU zugeordnet. Marx verwies zudem auf einen Streit zwischen Kiesewetter und ihrer Cousine, die in die rechtsextreme Szene abgerutscht war. Diesen Aspekt hatte erst der Thüringer Ausschuss aufgedeckt.

Högl stellte fest, dass der Rechtsextremismus in der Vergangenheit noch bis hin zur Aufklärung der NSU-Mordserie „systematisch verharmlost“ worden sei. Zudem sei bei der Arbeit des Ausschusses im Bundestag der „bei den Ermittlungen durchziehende Rassismus in den Behörden“ deutlich geworden.

Trotz ausländischer Wurzeln von neun Opfern des NSU ein rassistisches Motiv außer Acht zu lassen, sei „ein schwerer Fehler“ gewesen. Dies betreffe allerdings nicht explizit den Fall in Heilbronn.

Der Landtagsausschuss soll Kontakte und Aktivitäten des NSU im Südwesten beleuchten sowie die Aufklärungsarbeit der Behörden. Dabei geht es insbesondere um den Mord an der Polizistin Kiesewetter. Aktuell hat der Ausschuss bereits 90 bis 100 Ordner mit Ermittlungsakten unter anderem des Landeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes vorliegen. Die nächste Sitzung ist am kommenden Montag.

Der Ausschuss war eingesetzt worden, nachdem sich eine Enquete-Kommission zum Thema zerstritten

hatte. Die Kommission lässt aktuell ihre Arbeit ruhen. Nach derzeitiger Planung soll der Ausschuss bis Ende

Oktober einen Abschlussbericht vorlegen. Die Enquete soll im Anschluss Handlungsempfehlungen entwickeln.

Quelle: SIR/dpa, Schwarzwälder Bote, 26.01.15, URL: <http://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.politiker-im-nsu-ausschuss-kiesewetter-war-kein-zufallsopfer.592d0044-5296-4243-9069-2d709e4e40d8.html>

## Stuttgart

### Rüffel für NSU-Ermittler

*Scharfe Kritik an den Behörden im Südwesten haben gestern die beiden ehemaligen Obleute des Berliner NSU-Untersuchungsausschusses geäußert.*

Der Böblinger CDU-Abgeordnete Clemens Binninger und Eva Högl von der SPD hatten sich in tausende Akten eingearbeitet, Tatorte besucht, Beamte befragt. Ihr Resümee für Ermittler im Land ist niederschmetternd. Viele Hinweise seien nicht ausgewertet, Namen von Rechtsextremen, die auf Listen auftauchten, nicht weiterverfolgt worden. „Tragisch, dass Beziehungen des Trios nach Baden-Württemberg nicht früher er-

kannt wurden“, so Binninger. Er spricht von behördlichem Versagen und strukturellen Defiziten – dabei gebe es etliche offene Punkte. Binninger ist überzeugt: „Man hat das Phänomen Rechtsterrorismus unterschätzt.“ Högl spricht sogar von strukturellem und institutionellem Rassismus in Landesbehörden. Rechtsextremismus sei systematisch verharmlost worden.

Quelle: Thumilan Selvakumaran, Südwest Presse Online, 27.01.15,

URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Rueffel-fuer-NSU-Ermittler;art4306,3013685>

## Stuttgart

### Eva Högl und Clemens Binninger kritisieren Behörden im Land

*Eva Högl wirft den Behörden im Land strukturellen Rassismus vor. Bei den Ermittlungen zum NSU seien zudem systematische Fehler gemacht worden. Zusammen mit Clemens Binninger sagte sie in Stuttgart aus. Mit einem Kommentar von Thumilan Selvakumaran: Falsche Zielsetzung.*

Die Kritik, die die beiden Ex-Obleute des Berliner NSU-Untersuchungsausschusses am Montag vor dem Pendant in Stuttgart äußern, ist scharf. Hinweise seien nicht ausgewertet, Namen von Rechtsextremen, die auf Listen aufgetaucht waren, nicht weiterverfolgt worden. Vertreter von Landesbehörden hätten bei ihren Aussagen in Berlin kaum Fehler eingeräumt, obwohl sich der Nationalsozialistische Untergrund elf Jahre mordend im Untergrund bewegen konnte.

Clemens Binninger (CDU) ist überzeugt: „Man hat das Phänomen Rechtsterrorismus unterschätzt.“ Eva Högl (SPD) geht weiter. Sie spricht von strukturellem Rassismus in Landesbehörden. Rechtsextremismus sei verharmlost worden. Das bringt Nikolaos Sakellariou (SPD) auf die Palme. „Das tut weh, von einem strukturellen Rassismus zu hören, in einem Land, wo die Opfer zwei Polizisten waren.“

Högl erläutert: Es gebe gravierende Vorurteilsstrukturen, die bei den Mord-Ermittlungen aufgefallen waren. Zudem habe es in der Polizei Beamte gegeben, die Mitglieder im rassistischen Ku-Klux-Klan waren.

Binninger spricht von behördlichem Versagen und strukturellen Defiziten – von einer falschen Zielset-

zung, etwa bei der Ermittlungsgruppe Umfeld: „Man hat auf mehreren Seiten im Abschlussbericht versucht, unsere Arbeit zu widerlegen. Das hat uns gewundert, dass man darauf die Zeit verwendet.“ Dabei gebe es etliche offene Punkte zu klären – etwa, ob beim Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn nur Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt als Täter in Frage kommen. Ob der Mord-Entschluss spontan gefasst wurde, die Opfer zufällig ausgewählt wurden. So lautet die Theorie der Bundesstaatsanwaltschaft. „Wir haben aufgrund der großen Implausibilitäten große Zweifel daran“, meint Binninger.

27 Verbrechen sollen auf das Konto des NSU gehen, davon zehn Morde. Immer waren Migranten das Ziel – nur nicht in Heilbronn. Immer seien die Opfer in Geschäften oder Buden getötet worden – auf der Theresienwiese haben die Polizisten im Streifenwagen Pause gemacht. Der Tatort, so Binninger, sei für eine spontane Aktion von Ortsfremden völlig ungeeignet. „Egal wann sie dort stehen, es vergehen keine 30 Sekunden, in der nicht aus irgendeiner Richtung ein Radfahrer kommt.“



„Auffällig war für uns die unterschiedliche Vorgehensweise der Täter“, so Binninger weiter. Bei den Banküberfällen hätten sich Mundlos und Bönnhardt – das zeigen Überwachungskameras – „nervös, aufgeregt, immer kurz vor der Eskalation“ gezeigt. „Gleichzeitig haben wir bei den Morden Täter, die an Eiseskälte nicht zu überbieten sind.“

Binninger geht in Heilbronn von mehreren Tätern aus. Dafür sprechen Zeugenaussagen, die unabhängig voneinander gemacht wurden, allesamt von blutverschmierten Männern berichten. Ihre Phantombilder ähneln weder Mundlos noch Bönnhardt. Die Zeugen wurden von der Staatsanwaltschaft aber als unglaubwürdig abgestempelt. Für Binninger unverständlich. „Wie häufig kommt es vor, dass in Heilbronn am Nachmittag eine blutverschmierte Person herumläuft?“ Der Ausschuss in Berlin habe die Ungereimtheiten im Land aufgrund der Fülle nicht vollständig unter die Lupe nehmen können. „Wir vertrauen nun auf ihre Arbeit“, gab Binninger den Parlamentariern in Stuttgart mitsamt offener Punkte mit. Erst mit ihrem Ergebnis könne in Berlin über einen neuen Ausschuss nachgedacht werden. Zu beleuchten sei etwa die Neonazi-Szene im Ludwigsburger Raum, die früher Verbindungen zum NSU hatte, gar mit schweren Waffen hantierte. Außerdem: Welche Rolle hat der Gründer des Halber Ku-Klux-Klans (KKK) gespielt? Er tauchte auf einer sächsischen Verfassungsschutzliste mit Bezügen zum NSU-Umfeld auf. Neben den zwei Polizisten gab es mehrere Beamte, die den Kontakt zum KKK gesucht haben.

Viele Fragen rund um den Mord sind ungeklärt: Wieso wurden die Handy-Verbindungsdaten von Kiesewetter nicht ausgewertet? Ging es beim Einsatz tatsächlich um die „Sichere City“? Einzelne Einsatzkräfte der Einheit, so Binninger, seien zivil unterwegs gewesen. Kurz nach der Tat seien überraschend schnell Spezi-

alkräfte des Mobilen Einsatzkommandos vor Ort gewesen. Es gibt zudem Hinweise, dass Nachrichtendienste zur Tatzeit in Heilbronn waren. Im April 2007 seien „auf hohem Niveau“ Ermittlungen gegen die Sauerlandgruppe gelaufen. „Gab es an diesem Tag also Paralleleinsätze vor Ort?“ Der Stuttgarter Untersuchungsausschuss will sich nun mit diesen Fragen beschäftigen.

#### **Kommentar von Thumilan Selvakumaran:**

##### **Falsche Zielsetzung**

Welche Zielsetzung verfolgt der NSU-Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags? Die Aufklärung von rechtsextremen Strukturen im Südwesten? Die Überprüfung der Ermittlungsarbeit zum Polizistenmord? Experten des Bundestags sind geladen, die sich über Monate mit Akten befasst haben, offene Fragen formulieren können. Ein cleverer Zug, um Zeit zu sparen.

Statt neugierig zu fragen, versuchen die Ausschussmitglieder aber scheinbar, jegliche Zweifel an der korrekten Arbeitsweise von Ministerien, Staatsanwaltschaft und Ermittlern im Keim zu ersticken. Schnell wird klar: Die Ausschussmitglieder sind an Handlungsempfehlungen für ihre Arbeit nur mäßig interessiert. Den Vorwurf des strukturellen Rassismus und vorurteilsbehafteten Ermitteln etwa, den die Berliner SPD-Frau Eva Högl erhebt, kontert FDP-Obmann Ulrich Goll: „Ist das nicht auch ein Vorurteil?“

Besonders Nikolaos Sakellariou (SPD) verkämpft sich bei der Kritik, das Land habe Akten spät nach Berlin geliefert. Die Vorwürfe seien nicht bestätigt, das verunsichere die Bevölkerung. Binninger entgegnet: „Geschredderte Akten verunsichern.“ Es sei Aufgabe des Ausschusses, offene Fragen zu thematisieren. Die Abgeordneten in Stuttgart sollten diesen Auftrag ernst nehmen.

Quelle: Thumilan Selvakumaran, *Südwest Presse Online*, 27.01.15,

URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Eva-Hoegl-und-Clemens-Binninger-kritisieren-Behoerden-im-Land:art4319,3014133>

## Februar

### **Stuttgart**

#### **Beamte beim Ku-Klux-Klan: „Wir haben ja mehrfach nachgehakt“**

*Der NSU-Ausschuss des Landtags geht der Mitgliedschaft von Polizisten beim Ku-Klux-Klan nach. Aufdeckt hatte das rassistische Treiben der Verfassungsschutz. Doch die Polizeiführung reagierte verhalten. Warum eigentlich?*

Das Anwerben von Informanten aus dem rechtsextremen Milieu ist ein heikles Unterfangen. Polizei und

Verfassungsschutz setzen sich dem Vorwurf aus, den Extremismus, den sie bekämpfen sollen, selbst zu

füttern. Und alles nur, so ein weiterer Vorhalt, um am Ende von den V-Leuten an der Nase herumgeführt zu werden. Ganz ohne Quellen aus der Szene kommen die Sicherheitsbehörden aber auch nicht aus. Das Gesamtbild, das sich etwa im Untersuchungsausschuss des Bundestags zur Aufarbeitung der Morde des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ergab, ist ernüchternd. Ein Streiflicht aus dem Ausschussprotokoll:

Frage des Abgeordneten Jens Petermann (Die Linke) an eine Zeugin, die fast zwei Jahrzehnte als Referatsleiterin im baden-württembergischen Landesamt für Verfassungsschutz arbeitete: „Können Sie sich an ein Ereignis erinnern während Ihrer Dienstzeit, wo Sie mal das Gefühl hatten, in Ihrem Bereich Rechtsextremismus richtig erfolgreich gewesen zu sein, also mal Hinweise gefunden zu haben auf bevorstehende Straftaten oder Hinweise zur Aufklärung von Straftaten?“

Antwort der Zeugin: „Das ist eine gute Frage.“

#### **Der Verfassungsschutz ist dabei**

Mitunter führt das Abschöpfen von V-Leuten aber doch zu Erkenntnissen, wenn auch zu unbequemen. Im jetzt vorgelegten Regierungsbericht für den NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags streift das Innenministerium nochmals die Mitgliedschaft von mindestens zwei Polizisten beim Ku-Klux-Klan (KKK). Gegründet hatte die Klan-Filiale in Schwäbisch Hall ein gewisser Achim Schmid, der V-Mann des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) gewesen war, aber als Informant abgeschaltet wurde, nachdem er den Stuttgarter Verfassungsschützern von seinem KKK-Treiben nichts erzählt und sich damit als unzuverlässig gezeigt hatte. Indes befand sich in der Kapuzentruppe noch ein anderer, aktiver V-Mann, der später dem Umfeld des NSU-Trios Böhnhardt, Mundlos, Zschäpe zugerechnet werden konnte: Thomas Richter alias Corelli.

Er bediente gegen satte Bezahlung das Bundesamt für Verfassungsschutz. Von Corelli, der später überraschend einer Diabetes-Erkrankung erlag, wusste das BfV von den baden-württembergischen Polizisten, die sich von November 2001 bis September 2002 dieser rassistischen Gruppierung angeschlossen hatten. Das BfV gab die Information an die Stuttgarter Kollegen weiter.

Der damalige LfV-Präsident Helmut Rannacher setzte erstmals im Mai 2002 den damaligen Landespolizeipräsidenten Erwin Hetger von der KK-Mitgliedschaft in Kenntnis. Vor dem Berliner Untersuchungsausschuss sagte Rannacher später: „Es gab von vornherein Hinweise, dass es mehrere oder weitere Kontakte außer diesen beiden gibt. Das konnten wir allerdings nie

verifizieren. Ich habe gleich in den ersten Gesprächen auf drei weitere (Polizisten) hingewiesen gehabt, dass es da zumindest Kontakte gibt.“ Die Polizeiführung ging den brisanten Hinweisen Rannachers jedoch mit gebremsten Eifer nach. Im Berliner Untersuchungsausschuss antwortete Rannacher im April 2013 auf die Frage der SPD-Abgeordneten Eva Högl, wie er denn den Umgang der Polizeiführung mit der Affäre bewerte, zunächst ausweichend. Rannacher: „Das ist etwas schwierig, Frau Abgeordnete, nun die Maßnahmen der Polizeiführung hier zu bewerten.“

Högl: „Ach machen Sie es mal. Sie sind im Ruhestand.“

Rannacher: „Ich -- Wir haben ja mehrfach in der Tat nachgehakt, nachhaken müssen, weil sich das scheinbar etwas verloren hat, die Reaktionen. Ich hätte es mir etwas anders gedacht, das weitere Vorgehen. Das gebe ich gerne zu.“

#### **Schwaches Erinnerungsvermögen**

Schon vor Rannachers Auftritt im Ausschuss hatte Innenminister Reinhold Gall einen Bericht über die im Zuge der NSU-Aufarbeitung bekannt gewordene KKK-Mitgliedschaft der Polizisten vorgelegt. Darin wird die verhaltene Aufklärung des rassistischen Treibens von Polizeibeamten des Landes dokumentiert. Zweierlei machte der Bericht deutlich: Die damals involvierten Polizeiführer vermochten sich nur schwer an den Vorgang zu erinnern – was verwundert, wo doch die KKK-Mitgliedschaft von Polizisten vermutlich nicht alltäglich ist. Und die Sanktionen fielen außerordentlich milde aus. Die beiden Polizisten kamen – Mitte beziehungsweise Ende 2005 – mit einer Rüge beziehungsweise Zurechtweisung davon. Dabei hätte einer der beiden Polizisten, Beamter auf Probe, ohne Weiteres entlassen werden können.

Warum das so lange dauerte, ließ Galls Bericht offen: Die Gründe dafür seien nicht mehr aufzuklären gewesen. Vielleicht bringt der Untersuchungsausschuss des Landtags mit der Befragung von damals Verantwortlichen Licht ins Dunkel. Offen ist auch noch, was es mit den anderen drei – namentlich bekannten – Polizisten auf sich hat, die sich für den Ku-Klux-Klan interessiert haben sollen. Die beiden Polizisten Timo H. und Jörg W. gehörten zum Zeitpunkt ihrer KKK-Aktivitäten der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit (BFE) 514 bei der Bereitschaftspolizei in Böblingen an. Timo H. tat später in der BFE 523 Dienst, der auch die in Heilbronn ermordete Polizistin Michéle Kiesewetter angehörte. Im Regierungsbericht heißt es, es lägen keine konkreten Anhaltspunkte dafür vor, dass die Kontakte des Timo H. und des Jörg W. zum KKK im Mordfall Heilbronn irgendeine Rolle gespielt haben könnten.

Quelle: Reiner Ruf, *Stuttgarter Zeitung*, 12.02.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.beamte-beim-ku-klux-klan-wir-haben-ja-mehrfach-nachgehakt.a2485b1a-259b-40aa-94ff-947fbf9bd882.html>

## Stuttgart

# Rechtsextremisten in Baden-Württemberg:

## Neue Heimat im Südwesten

*Der NSU-Ausschuss hat seine Anhörung von Experten fortgesetzt. Am Freitag forderten die Journalistin Andrea Röpke und der Wissenschaftler Hans Joachim Funke die Abgeordneten auf, Verbindungen von Rechtsextremisten ins Land genau zu untersuchen.*

Erst Wiesbaden, dann Stuttgart. Andrea Röpke und Hans Joachim Funke sind derzeit gefragte Auskunftgeber zum deutschen Rechtsextremismus. Röpke ist Journalistin und beschäftigt sich seit zwei Jahrzehnten mit dem Thema, Funke war Professor an der Freien Universität Berlin und sendet auch noch im Ruhestand über alle Kanäle seine Erkenntnisse und Thesen zum Rechtsextremismus. Es war also kein Zufall, dass gleich zwei Untersuchungsausschüsse zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) die Expertise der beiden Fachleute anforderten: der hessische und der baden-württembergische, die beiden Nachzügler unter den NSU-Untersuchungsausschüssen.

### Neonazi-Treck in den Südwesten

In beiden Ländern war es im Vorfeld zu einigen parteipolitischen Wirren gekommen. In Stuttgart versuchte man es zunächst mit einer Enquetekommission, die ihrem Wesen nach wenig mit der Fehlersuche in der Vergangenheit zu tun gehabt hätte. Die Kommission scheiterte. In Wiesbaden sorgte für Irritationen, dass die Grünen mit Rücksicht auf den Koalitionspartner CDU der Einsetzung des Untersuchungsgremiums nicht zustimmten. Ausgerechnet die Grünen, die wiederum in Stuttgart als einzige Fraktion stets für ein solches Gremium eingetreten waren. Er erwarte keine maßgeblichen zusätzlichen Erkenntnisse über das hinaus, was der Bundestag bereits aufgeklärt habe, hatte der hessische Grüne Jürgen Frömmrich erklärt. Der Untersuchungsausschuss kam dann aber doch – wie auch in Baden-Württemberg.

### Verfestigte Strukturen

Und das ist auch gut so, befand die Journalistin Röpke am Freitag in Stuttgart. Nach ihren Erkenntnissen weist der Südwesten verfestigte rechtsextremistische Strukturen auf. Es sei kein Zufall, dass Exponenten der Chemnitzer Neonazi-Szene wie Andreas Graupner – „einer der Wichtigen im NSU-Umfeld“ – und Markus Friedl ihren Wohnsitz im Südwesten genommen hätten, der eine in Heilbronn, der andere in Ludwigsburg. Friedl gehörte zum Umfeld von Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt und Beate Zschäpe. Jan Werner, ehemaliger Sektionsleiter Sachsen des im Jahr 2000 verbotenen rechtsextremistischen Netzwerks Blood & Honour, habe sich in Besigheim niedergelassen. Weitere Rechtsextremisten folgten. Es sei ein bisschen wie bei Kolonisten, sagte die Expertin Röpke. Wenn sich ein

Neonazi ansiedle und sich wohl fühle, „dann zieht es meistens andere hinterher“.

Röpke erkennt in Baden-Württemberg Strukturen der Hammerskins, die vom Rassenkrieg träumen, und des Netzwerks Blood & Honour. Immer spielte dabei die Musik eine wichtige Rolle: die Konzerte gehören zur rechtsextremistischen Erlebniswelt. Man trifft sich, man tauscht sich aus, man puscht sich auf, man dröhnt sich mit Alkohol zu. Und es werden Botschaften transportiert. Das Duo Eichenlaub widmete 1999 dem abgetauchten NSU-Trio ein Lied. Röpke rechnet es den Sicherheitsbehörden als Fehler an, dass sie wesentliche Unterschiede des Rechts- zum Linksterrorismus nicht erkannt hätten. Die Behörden hatten stets geltend gemacht, dass die NSU-Taten nicht als terroristisch identifiziert werden konnten, weil es keine Bekennerschreiben gegeben habe. Röpke sagte demgegenüber, der NSU habe sich nicht außen, sondern nach innen bekannt, in die rechte Szene hinein. Die Botschaft aus der Halblegalität habe gelautet: „Wir sind da, wir führen den Kampf.“ Röpke sagte: „In bestimmten Kreisen wusste man von der Verbindung des NSU zur Mordserie.“

### Verbindungen prüfen

Die Journalistin forderte die Abgeordneten auf, Verbindungen der rechtsextremen Szene zur organisierten Kriminalität zu prüfen. Michèle Kiesewetter, die in Heilbronn ermordete Polizistin, sei in ihrer thüringischen Heimat 2005 mit einem Türsteher liiert gewesen. Die Ermittler hätten das aber nicht weiter recherchiert. Es gebe eine Mischszene von Organisierter Kriminalität, Rockern und Neonazis.

### Ein Anruf kurz vor dem Tod

Der Berliner Politik-Emeritus Funke beschäftigte sich mit dem mutmaßlichen Suizid eines jungen Mannes auf dem Cannstatter Wasen. Florian H. verbrannte im September 2013 in seinem Wagen. Der Eppinger hatte sich in rechtsextremen Kreisen bewegt und soll noch vor dem Auffliegen des NSU-Trios gesagt haben, er kenne die Mörder von Michèle Kiesewetter. Funke, der in Kontakt mit der Familie von Florian H. steht, berichtete, der junge Mann habe kurz vor seinem Tod einen Anruf erhalten, der ihn in Aufruhr versetzte. Funke geht davon aus, dass Florian H. unter Druck gesetzt wurde – und sich zugleich von der Polizei bedrängt sah zu sagen, was er über den Mord an Kiesewetter wusste.

Vor dem Ausschuss sagte auch der Krimiautor Wolfgang Schorlau aus, der sich intensiv mit dem NSU beschäftigt. Schorlau stellte in Frage, dass Böhnhardt

und Mundlos 2011 in Zwickau Suizid begingen. Dem Verfassungsschutz warf er vor, die Neonazi-Szene in Thüringen selbst aufgebaut zu haben.

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 20.02.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.rechtsextremisten-in-baden-wuerttemberg-neue-heimat-im-suedwesten.ab421f25-9ee8-4d26-b3ec-09c5902f2d5c.html>

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss: Weitere Kritik von Experten

*Im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags haben weitere Sachverständige die Ermittlungen zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter kritisiert. Thema war zudem der mutmaßliche Suizid eines jungen Mannes, der am Stuttgarter Wasen in seinem Auto verbrannte.*

Die Journalistin Andrea Röpke, die sich seit Jahren zum Rechtsextremismus recherchiert, forderte die Abgeordneten am Freitag in Stuttgart auf, Verbindungen der rechtsextremen Szene zur organisierten Kriminalität zu prüfen.

Kiesewetter sei in ihrer thüringischen Heimat im Jahr 2005 mit einem Türsteher liiert gewesen. Die Ermittler hätten das aber nicht weiter verfolgt. Die Mischszene der Hooligans, Rocker, Türsteher und Neonazis müsse näher beleuchtet werden, um mehr Licht in den Mordfall zu bekommen.

#### Mindestens vier Täter?

Der Berliner Rechtsextremismus-Professor Hajo Funke sagte, die Behauptung der von Innenminister Reinhold Gall (SPD) eingesetzten Ermittlungsgruppe (EG) Umfeld, wonach es keine Zweifel an der Zwei-Täter-Theorie beim Mord an Kiesewetter gebe, sei nicht haltbar. Damit habe die Gruppe nur die These der Bundesanwaltschaft übernommen. Die zur Aufklärung des Kiesewetter-Mordes eingesetzte Sonderkommission habe aber im Jahr 2011 Hinweise gehabt, wonach es mindestens vier Täter gegeben habe.

Auch hätten die auf Phantombildern dargestellten Männer keine Ähnlichkeit mit den beiden NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, denen die Bundesanwaltschaft den Mord an der Polizistin zuschreibt.

#### Oberweißbach: Zentraler Ort der Neonazi-Szene?

Zuvor hatten unter anderem die beiden früheren Obleute des NSU-Ausschusses im Bundestag, Clemens Binninger (CDU) und Eva Högl (SPD), sowie der Jour-

nalist Stefan Aust die offiziellen Ermittlungen zum Mordfall Kiesewetter hinterfragt. Röpke bekräftigte als Zeugin im Ausschuss, Kiesewetters Heimat Oberweißbach sei ein zentraler Ort für die Neonazi-Szene – so gebe es dort mehrere Kneipen, in denen sich Rechtsextremisten trafen. Die Polizistin sei in Thüringen auch mehrmals als „Lockvogel“ bei Ermittlungen gegen die organisierte Kriminalität eingesetzt worden.

#### Mutmaßlicher Suizid gibt Rätsel auf

Den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) werden zehn Morde von 2000 bis 2007 zugerechnet – an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und an Kiesewetter. Neben dem Kiesewetter-Mord gibt der mutmaßliche Suizid eines jungen Mannes im September 2013 am Stuttgarter Wasen Rätsel auf: Florian H. verbrannte in seinem Auto. Zuvor soll er angedeutet haben, dass er Kiesewetters Mörder könne. Eine erste Aussage bei der Polizei habe Florian H. bereits im Juli 2011 gemacht, sagte Funke. „Die Aussagen wurden so ernst genommen, dass ein Zeugenschutzprogramm diskutiert wurde.“ Der junge Mann habe unter erheblichem Druck gestanden – von den Ermittlern einerseits und der rechten Szene andererseits.

Kurz vor seinem Tod bekam Florian H. laut Funke, der mit Familienmitgliedern sprach und auch Einblicke in Akten hatte, einen Anruf, der ihn in Todesangst versetzt haben soll. Von wem der Anruf kam, sei bis heute unklar. Mit dem mutmaßlichen Selbstmord will sich der Untersuchungsausschuss in den Sitzungen im März beschäftigen. *dpa*

Quelle: dpa, Heilbronner Stimme, 20.02.15, URL: <http://www.stimme.de/heilbronn/polizistenmord/archiv/NSU-Ausschuss-Weitere-Kritik-von-Experten:art133317,3309910>

Ähnlicher Beitrag: Quelle: dpa, Badische Zeitung Online, 21.02.15., URL: <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/erneut-kritik-an-ermittlungsarbeit--100812163.html>



## Stuttgart

### Weitere Experten kritisieren Kiewetter-Ermittlungen

*Im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags haben weitere Sachverständige große Kritik an den Ermittlungen zu dem Mord an der Polizistin Michèle Kiewetter in Heilbronn geübt.*

Die Journalistin Andrea Röpke forderte die Abgeordneten am Freitag in Stuttgart auf, Verbindungen der rechtsextremen Szene zur organisierten Kriminalität zu prüfen. Kiewetter sei in ihrer thüringischen Heimat zeitweise mit einem Türsteher liiert gewesen. Die Ermittler hätten das aber nicht weiter verfolgt. Die Mischszene der Hooligans, Rocker, Türsteher und Neonazis müsse näher beleuchtet werden, um mehr Licht in den Mordfall zu bekommen.

Der Berliner Rechtsextremismus-Professor Hajo Funke sagte, die Behauptung der von Innenminister Reinhold Gall (SPD) eingesetzten Ermittlungsgruppe Umfeld, wonach es keine Zweifel an der Zwei-Täter-Theorie beim Mord an Kiewetter gebe, sei nicht haltbar.

Damit habe die EG Umfeld einfach nur die These der Bundesanwaltschaft übernommen. Die zur Aufklärung des Kiewetter-Mordes eingesetzte Sonderkommission Parkplatz habe aber im Jahr 2011 Hinweise gehabt, wonach es mindestens vier Täter gegeben habe. Auch hätten die auf Phantombildern dargestellten Männer keine Ähnlichkeit mit den beiden NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, denen die Bundesanwaltschaft den Mord an der Polizistin zuschreibt.

Den Terroristen des «Nationalsozialistischen Untergrunds» (NSU) werden zehn Morde von 2000 bis 2007 zugerechnet – an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und an Kiewetter.

Quelle: dpa/lsw, Heilbronner Stimme, 20.02.15, URL: <http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landtag-Extremismus-NSU-Weitere-Experten-kritisieren-Kiewetter-Ermittlungen;art19070,3309089>

## Stuttgart

### „Geheimschutz ist Täterschutz“

*Gab es beim Mord an Michèle Kiewetter 2007 doch einen Einsatz von US-Agenten in Heilbronn? War die Polizistin ein Zufallsopfer? Der NSU-Untersuchungsausschuss befragte gestern fünf Sachverständige.*

Als die Polizistin Michèle Kiewetter im April 2007 auf der Theresienwiese getötet wurde, liefen die Ermittlungen gegen die Sauerlandgruppe auf Hochtouren. Die Amerikaner hatten damals laut Presseberichten mehr als 100 Agenten in Deutschland im Einsatz.

Offenbar, so Rainer Nübel, Stern-Journalist und Co-Autor von „Geheimsache NSU“ vor dem Untersuchungsausschuss, habe es zur Tatzeit in Heilbronn eine Observation gegen zwei Islamisten gegeben. Ihm sei ein Protokoll einer US-Behörde zugespielt worden. Aber bereits zwei Stunden nach der Veröffentlichung sei das Papier von einer großen Zeitung als Fälschung abgetan worden. Der Journalist sieht die Bundesanwaltschaft als Initiator.

Nübel begründet: „Bis heute hat die Bundesanwaltschaft nicht publik gemacht, was hinter den Kulissen gemacht wurde.“ Er zitiert aus späteren Schreiben deutscher und amerikanischer Behörden: Zwei FBI-Beamte seien in Heilbronn gewesen. Verfassungsschutzpräsidentin Beate Bube habe zudem bestätigt, dass an jenem Tag ein Verfassungsschützer zu einem Treffen mit einem Islamisten in Richtung Heilbronn unterwegs war. Außerdem wurde ein US-Special-Forces-Angehöriger nahe Heilbronn geblitzt.

Was an jenem 25. April in Heilbronn wirklich passierte, welche Ungereimtheiten es noch gibt, das beschäftigt die anderen Sachverständigen, darunter die Journalistin Andrea Röpke. „Wenn Michèle Kiewetter nicht aus Oberweißbach gekommen wäre, hätte ich gesagt, sie war ein Zufallsopfer.“ Denn davon ist die Bundesanwaltschaft überzeugt. Röpke weiß aber, dass es im Heimatort der Getöteten durchaus Kontakte zum NSU gab. „Und ich gehe nicht von einem Trio aus.“ Es sei eine Kerngruppe in einem Netzwerk, das unter anderem mit militanten Hammerskins vernetzt war.

Der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke ist indes überzeugt, dass sich die These der Bundesanwaltschaft mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt als Alleintäter nicht halten lässt. Die Erkenntnisse der Sonderkommission Parkplatz zeigten, dass vier oder mehr Täter vor Ort gewesen sein müssten.

Daran knüpfte Journalist Thomas Moser an. Mehrere Zeugen hätten blutverschmierte Männer gesehen. Ein Angler, der nicht mehr ermittelt werden konnte, habe von russisch sprechenden Tätern berichtet. Es könnte Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität und Rechtsextremismus geben. „Lassen Sie sich die Akten aus Karlsruhe kommen – ungeschwärzt“, fordert er die Parlamentarier auf. „Geheimschutz ist Täterschutz!“

Auch Wolfgang Schorlau wurde befragt. Der Krimiautor recherchiert seit zwei Jahren in diesem Komplex, weil er derzeit ein neues Werk vorbereitet. Er sieht Parallelen zum Oktoberfest-Attentat in München. „Erst jetzt,

nach 34 Jahren, rückt die Bundesanwaltschaft von der Einzeltäter-These ab. Lassen Sie es nicht zu, dass wir wieder 34 Jahre warten müssen, bis wir erfahren, was wirklich passiert ist.“

Quelle: Thumilan Selvakumaran, Südwest Presse Online, 21.02.15,

URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Geheimchutz-ist-Taeterschutz:art4319,3063409>

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss hinterfragt ominösen Selbstmord auf dem Wasen

*Die mutmaßliche Selbstverbrennung eines jungen Mannes auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart beschäftigt ab Montag den NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag. Nach den offiziellen Ermittlungen handelt es sich um einen Selbstmord.*

Der Berliner Rechtsextremismus-Professor Hajo Funke glaubt aber, dass Florian H. möglicherweise in den Tod getrieben, wenn nicht sogar ermordet, wurde. Denn er habe unter erheblichem Druck der Ermittler und der rechten Szene gestanden. Am Tag seines Todes sollte der junge Mann von Beamten befragt werden – zum Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter im Jahr 2007 in Heilbronn.

Florian H. verbrannte im September 2013 in seinem Auto. Er soll laut der Aussage einer Zeugin angedeutet

haben, Kiesewetters Mörder zu kennen. An diesem Montag will der Untersuchungsausschuss den Vater und die Schwester des Toten, Augenzeugen des mutmaßlichen Selbstmordes und – in nicht-öffentlicher Sitzung – die frühere Freundin von Florian H. befragen. Den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) werden zehn Morde von 2000 bis 2007 zugerechnet – an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und an Kiesewetter.

Quelle: dpa, Südwest Presse, 28.02.15 URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/NSU-Ausschuss-hinterfragt-ominoesen-Selbstmord-auf-dem-Wasen:art1157835,3075859>

## März

### Heilbronn/Stuttgart

### Ominöse Selbsttötung: Vorwürfe gegen Polizei

*Florian H. starb im September 2013 in einem brennenden Wagen. Seine Familie glaubt nicht an einen Suizid. Wusste der 21-Jährige zu viel über die Ermordung der Polizistin Kiesewetter in Heilbronn durch rechtsextreme Terroristen?*

War es Selbsttötung oder doch Mord? Der NSU-Untersuchungsausschuss hat Familienangehörige eines jungen Mannes befragt, der am frühen Morgen des 16. September 2013 in einem brennenden Fahrzeug in Stuttgart starb. Vater und Schwester des 21-Jährigen machten der Polizei am Montag in Stuttgart schwere Vorwürfe und warfen den Ermittlern schlappe Arbeit vor.

Die Beamten seien von Anfang an von einem Suizid ausgegangen und hätten diese These nie wieder infrage gestellt, sagte der Vater von Florian H. Auch In-

nenminister Reinhold Gall (SPD) hatte vergangene Woche keinen Anlass gesehen, an den Ermittlungsergebnissen zu zweifeln.

Für Laptop und Handy seines Sohnes hätten sich die Beamten nicht interessiert, klagte der Vater. Er versucht nun auf eigene Faust, die Daten dieser Geräte auszulesen, die sich in dem brennenden Auto befunden hatten. Der Tod von Florian H. beschäftigt den Landtagsausschuss zur rechtsextremen Terrorzelle NSU, weil der 21-Jährige gewusst haben soll, wer die



Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn erschossen hat.

Am Tag seines Todes sollte er noch einmal von den Beamten befragt werden. Den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ werden zehn Morde von 2000 bis 2007 zugerechnet – an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und an Kiesewetter.

Florians Vater kritisierte, die Beamten hätten nach dem Tod seines Sohnes nur zweimal Kontakt zur Familie gesucht. Er bestätigte, dass sein Sohn massive Drohungen aus dem rechtsextremen Bereich erhalten habe, nachdem er aus der Szene ausgestiegen sei. Der Zeuge nährte damit Vermutungen des Rechtsextremismus-Professor Hajo Funke, der glaubt, dass H. möglicherweise in den Tod getrieben, wenn nicht sogar ermordet wurde. Der Vater deutete an, dass sein Sohn wohl wusste, wer hinter dem Mord an Kiesewetter steckt: Florian habe den Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe vor dem Oberlandesgericht München einmal als reine Farce bezeichnet.

Florian hatte nach Aussage seines Vaters wenige Stunden vor seinem Tod einen Anruf bekommen, der ihn zutiefst verstört habe. „Er hat uns nur gesagt: „Ich kann machen, was ich will: Aus der Scheiße komme ich nie wieder raus.“ Der Vater beteuerte, auch schon vor dem 4. November 2011, also vor dem Auffliegen der Terrorzelle, aus Florians Erzählungen vom NSU gehört zu haben. „Für uns war NSU lange bekannt.“ Scharfe Kritik äußerte der Vater an der beim Landeskriminalamt angesiedelten Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus (BIG REX), die Aussteigern aus der rechten Szene helfen soll. Florian habe geklagt, die Beamten hätten nur Informationen über die rechte Szene bei ihm abzapfen wollen. „Er hat nie wirklich Hilfe gekriegt“, sagte auch Florians Schwester.

Der Ausschuss wollte am Nachmittag die frühere Freundin von Florian befragen – in nicht-öffentlicher Sitzung, da sie nach den Worten von Ausschusschef Wolfgang Drexler (SPD) Angst hat. In zwei weiteren Tagen will sich der Ausschuss näher mit dem Obdukti-

onsergebnis und Florians Verstrickungen in der rechtsextremen Szene beschäftigen.

### **Ermittlungsspannen**

Zuvor hielt der FDP-Politiker Hartfrid Wolff der Polizei schwere Versäumnisse bei den Ermittlungen zum Tod der Polizistin Michèle Kiesewetter vor. „Die Ermittlungsspannen der Polizei nach dem Mord sind unglaublich und scheinen sich selbst nach dem Auffliegen des NSU im November 2011 fortzusetzen“, sagte der frühere Obmann im Bundestagsuntersuchungsausschuss zur rechtsextremen Terrorzelle NSU der Deutschen Presse-Agentur.

Die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt sollen die Beamtin 2007 in Heilbronn erschossen haben. Unklar ist, ob sie bewusst ausgewählt wurde oder ob der Anschlag einen beliebigen Polizisten treffen sollte und sie somit ein Zufallsopfer war.

Wolff bezieht sich mit seinen Vorwürfen auch auf den Umgang der Polizei mit Florian H., von dem es heißt, er habe möglicherweise Kiesewetters Mörder gekannt. Der junge Mann starb im September 2013 in einem brennenden Wagen auf dem Stuttgarter Wasen. Die Polizei geht von Suizid aus. „Warum wurde Florian H. nur so sporadisch vernommen?“, fragte Wolff. „Warum hat man sich mit seinem Umfeld nur so wenig beschäftigt?“

Am Tag seines Todes sollte der junge Mann von Beamten befragt werden. Eine erste Aussage bei der Polizei habe Florian H. bereits im Juli 2011 gemacht, sagte Funke kürzlich. „Die Aussagen wurden so ernst genommen, dass ein Zeugenschutzprogramm diskutiert wurde.“

Wolff: „Die Heilbronner Naziszene und die Verbindungen zum NSU sind nach wie vor nicht ausreichend aufgeklärt.“ Der Tod von Florian H. zeige, dass es offensichtlich sehr starke Verbindungen des NSU zur Heilbronner Naziszene gegeben habe – und zwar auch schon lange vor dem Mord an Kiesewetter. „Das grausame Nazi-Netzwerk in Heilbronn ist von der Polizei damals fahrlässig unbeachtet geblieben.“ *red/lsw*

Quelle: *red/lsw, Heilbronner Stimme, 02.03.15,*

URL: <http://www.stimme.de/heilbronn/polizistenmord/archiv/Ominoese-Selbsttoetung-Vorwuerfe-gegen-Polizei:art133317,3312233>

## **Stuttgart/Heilbronn**

### **Familie von Florian H. weist auf Ungereimtheiten hin**

*Florian H. starb im September 2013 in einem brennenden Wagen. Anders als die Ermittler glaubt seine Familie nicht an einen Suizid. Wusste der 21-Jährige zu viel über die Ermordung der Polizistin Kiesewetter? Zudem gibt es die Andeutung über ein Leck bei der Heilbronner Polizei.*

War es Selbsttötung oder doch Mord? Der NSU-Untersuchungsausschuss hat Familienangehörige eines jungen Mannes befragt, der am frühen Morgen des 16. September 2013 in einem brennenden Fahrzeug in Stuttgart starb. Vater und Schwester des 21-Jährigen machten der Polizei am Montag in Stuttgart schwere Vorwürfe und warfen den Ermittlern schlampe Arbeit vor.

Die Beamten seien von Anfang an von einem Suizid ausgegangen und hätten diese These nie wieder infrage gestellt, sagte der Vater von Florian H. Auch Innenminister Reinhold Gall (SPD) hatte vergangene Woche keinen Anlass gesehen, an den Ermittlungsergebnissen zu zweifeln.

Der Tod von Florian H. beschäftigt den Landtagsausschuss zur rechtsextremen Terrorzelle NSU, weil der 21-Jährige gewusst haben soll, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn erschossen hat. Am Tag seines Todes sollte der Aussteiger aus der rechten Szene noch einmal von den Beamten befragt werden. Den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ werden zehn Morde von 2000 bis 2007 zugerechnet - an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und an Kiesewetter.

#### **Leck bei der Heilbronner Polizei?**

Für Laptop und Handy seines Sohnes hätten sich die Beamten nicht interessiert, klagte der Vater. Er versucht nun auf eigene Faust, die Daten dieser Geräte auszulesen, die sich in dem brennenden Auto befunden hatten. Die Schwester deutete an, dass Florian ein Leck in der Heilbronner Polizei vermutet habe, weil seine neuen Handynummern sofort der rechten Szene bekannt gewesen seien. Auch diesen Hinweisen will der Untersuchungsausschuss nun nachgehen.

Florians Vater kritisierte, die Beamten hätten nach dem Tod seines Sohnes nur zweimal Kontakt zur Familie gesucht. Er bestätigte, dass sein Sohn massive Drohungen aus dem rechtsextremen Bereich erhalten habe, nachdem er aus der Szene ausgestiegen sei. Der Zeuge nährte damit Vermutungen des Berliner Rechtsextremismus-Professor Hajo Funke, der glaubt, dass H. möglicherweise in den Tod getrieben, wenn nicht sogar ermordet wurde.

Der Vater deutete an, dass sein Sohn wohl wusste, wer hinter dem Mord an Kiesewetter steckt: Florian habe den Prozess gegen das mutmaßliche NSU-

Mitglied Beate Zschäpe vor dem Oberlandesgericht München einmal als reine Farce bezeichnet. Für die Bundesanwaltschaft sind Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt die Täter.

#### **NSU war Familie bekannt**

Florian hatte nach Aussage seines Vaters wenige Stunden vor seinem Tod einen Anruf bekommen, der ihn zutiefst verstört habe. „Er hat uns nur gesagt: „Ich kann machen, was ich will – aus der Scheiße komme ich nie wieder raus.““ Der Vater beteuerte, auch schon vor dem 4. November 2011, also vor dem Auffliegen der Terrorzelle, aus Florians Erzählungen vom NSU gehört zu haben. „Für uns war NSU lange bekannt.“

Scharfe Kritik äußerte der Vater an der beim Landeskriminalamt angesiedelten Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus („Big Rex“), die Aussteigern aus der rechten Szene helfen soll. Florian habe geklagt, die Beamten hätten nur Informationen über die rechte Szene bei ihm abzapfen wollen. „Er hat nie wirklich Hilfe gekriegt“, sagte auch Florians Schwester.

#### **Reaktionen der Obleute**

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) meinte, wenn die Polizei so mit Florians Eltern und Geschwistern umgegangen sei wie geschildert, sei das nicht akzeptabel. SPD-Obmann Nikolaos Sakellariou zeigte sich vor allem erschüttert über die Vorwürfe gegen „Big Rex“. „Wenn jemand aus der Szene aussteigen will, muss er sich maximal wohlfühlen.“ Der Grünen-Obmann Jürgen Filius stellte fest, dass der Ausschuss wohl ein Stück weit dessen nachholen müsse, was die Ermittler im Fall Florian H. versäumt hätten. Die Frage sei, warum die Ermittler so schnell von einem Suizid ausgegangen seien. „Das kann ich noch nicht nachvollziehen.“

FDP-Obmann Ulrich Goll erklärte, bei ihm habe sich der Eindruck verstärkt, dass Florian H. sowohl von den Ermittlern als auch von der rechten Szene unter Druck gestanden habe. Auch CDU-Obmann Matthias Pröfrock zeigte sich „verwundert“ über den Umgang der Ermittler mit dem Fall Florian H.

An zwei weiteren Tagen will sich der Ausschuss näher mit dem Obduktionsergebnis und Florians Verstrickungen in der rechtsextremen Szene beschäftigen. Dazu werden auch Mediziner und Beamte befragt

Quelle: dpa, Heilbronner Stimme, 02.03./12.03.15,

URL: <http://www.stimme.de/heilbronn/polizistenmord/archiv/Familie-von-Florian-H-weist-auf-Ungereimtheiten-hin;art133317,3317733>

**Stuttgart**

**NSU-Ausschuss: Kannte Florian H. den Mörder von Kiesewetter?**

*Florian H. starb im September 2013 in einem brennenden Wagen. Die Polizei glaubt an Suizid, seine Familie nicht. Wusste der 21-Jährige zu viel über die Ermordung der Polizistin Kiesewetter?*

War es Selbsttötung oder doch Mord? Der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags hat am Montag Familienangehörige eines jungen Mannes befragt, der am frühen Morgen des 16. September 2013 in einem brennenden Fahrzeug in Stuttgart gestorben ist. Der 21-Jährige soll gewusst haben, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn ermordet hat.

Vater und Schwester des 21-Jährigen machen der Polizei schwere Vorwürfe. Sie warfen den Ermittlern schlampige Arbeit vor. Die Beamten seien von Anfang an von einem Suizid ausgegangen und hätten diese These anschließend nie wieder infrage gestellt, sagte der Vater von Florian H. Auch Innenminister Reinhold Gall (SPD) hatte vergangene Woche keinen Anlass gesehen, an den polizeilichen Ermittlungsergebnissen zu zweifeln.

Für Laptop und Handy seines Sohnes hätten sich die Beamten nicht interessiert, klagte der Vater. Er versucht nun auf eigene Faust, die Daten dieser Geräte auszulesen, die sich in dem brennenden Auto befunden hatten. Der Tod von Florian H. beschäftigt den Landtagsausschuss zur rechtsextremen Terrorzelle NSU, weil der 21-Jährige gewusst haben soll, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn erschossen hat. Am Tag seines Todes sollte er noch einmal von den Beamten befragt werden. Den Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ werden zehn Morde von 2000 bis 2007 zugerechnet – an Kleinunternehmern ausländischer Herkunft und an Kiesewetter.

Florians Vater kritisierte, die Beamten hätten nach dem Tod seines Sohnes nur zweimal Kontakt zur Familie aufgenommen. Er berichtete, sein Sohn habe massive

Drohungen aus dem rechtsextremen Bereich erhalten, seit er aus der Szene ausgestiegen sei. Er nährte damit Vermutungen des Rechtsextremismus-Experten Hajo Funke, der glaubt, dass H. möglicherweise in den Tod getrieben, wenn nicht sogar ermordet wurde. Der Vater deutete an, dass sein Sohn wohl wusste, wer hinter dem Mord an Kiesewetter steckt: Florian habe den Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe vor dem Oberlandesgericht München einmal als reine Farce bezeichnet.

Florian hatte nach Aussage seines Vaters wenige Stunden vor seinem Tod einen Anruf bekommen, der ihn zutiefst verstört habe. „Er hat uns nur gesagt: Ich kann machen, was ich will: Aus der Scheiße komme ich nie wieder raus.“ Der Vater beteuerte, auch schon vor dem 4. November 2011, also vor dem Auffliegen der Terrorzelle, aus Florians Erzählungen vom NSU gehört zu haben. „Für uns war NSU seit Langem bekannt.“

Scharfe Kritik äußerte der Vater an der beim Landeskriminalamt angesiedelten Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus, die Aussteigern aus der rechten Szene helfen soll. Florian habe geklagt, die Beamten hätten nur Informationen über die rechte Szene bei ihm abzapfen wollen. „Er hat nie wirklich Hilfe gekriegt“, bestätigte Florians Schwester.

Der Ausschuss hörte am Nachmittag die frühere Freundin von Florian – in nicht-öffentlicher Sitzung, da sie nach den Worten von Ausschusschef Wolfgang Drexler (SPD) Angst hat. In zwei weiteren Tagen will sich der Ausschuss näher mit dem Obduktionsergebnis und Florians Verstrickungen in der rechtsextremen Szene beschäftigen.

Quelle: dpa, Badische Zeitung Online, 03.03.15, URL: <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/nsu-ausschuss-kannte-florian-h-den-moerder-von-kiesewetter--101243883.html>

**Stuttgart**

**Polizei zweifelt nicht an der Suizid-These:**

**NSU-Ausschuss hört Ermittler**

Die Ermittler im Fall des Todes von Florian H., einem Aussteiger aus der rechten Szene, haben vor dem NSU-Untersuchungsausschuss an der Suizid-These festgehalten. „Für mich ist der Fall Florian H. ein sicherer Fall“, sagte der Erste Kriminalhauptkommissar Helmut Hagner vom Polizeipräsidium Stuttgart am Montag. „Es gibt für mich keinerlei Anhaltspunkte, dass

hier irgendjemand etwas von dritter Hand eingebracht hat, gezündet hat, um den Florian H. umzubringen.“

Florian H. war im September 2013 in seinem Auto auf dem Cannstatter Wasen in Stuttgart verbrannt. Am selben Tag hatten ihn Beamte des Landeskriminalamtes befragen wollen. Florian H. soll gewusst haben, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn getötet haben soll. Der Mord wird dem rechts-

extremen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugerechnet. Der Landtagsausschuss soll Kontakte und Aktivitäten des NSU im Südwesten beleuchten sowie die Aufklärungsarbeit der Behörden.

Während das Landeskriminalamt nach Aussage von Hauptkommissar Achim Korge darauf gedrungen habe, stärker in die rechte Szene zu ermitteln, sah sich die Polizei dafür nicht zuständig. „Wir haben denen gesagt, wenn sie etwas wollen, dann sollen sie es tun, aber von uns aus nicht“, sagte Korge. Zumal der zuständige Staatsanwalt im laufenden Todesermittlungsverfahren keine Rechtsgrundlage für die Ermittlungen

gesehen habe. So soll auch der Vorschlag der Polizei, einen Durchsuchungsbeschluss für Florian H.s Zimmer zu erlassen, vom Staatsanwalt abgelehnt worden sein. Zuletzt hatten die Eltern vor dem Ausschuss den Ermittlern schlampige Arbeit vorgeworfen. Die Beamten seien von Anfang an von einem Suizid ausgegangen, sagte der Vater.

Die Polizeiführung hat nach eigener Aussage nichts über die Kontakte des Polizeibeamten Jörg B. und seines Bruders zum Ku-Klux-Klan gewusst. „Das war mir damals nicht bekannt“, sagte Hagner

Quelle: dpa, Badische Zeitung, 10.03.15, URL: <http://www.badische-zeitung.de/nachrichten/suedwest/nsu-ausschuss-polizei-zweifelt-nicht-an-der-suizid-these--print>

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss hilft Polizei bei Suche nach Rechtsextremen

In die Ermittlungen zur rechtsextremen Szene in Baden-Württemberg ist doch noch einmal Bewegung gekommen. Im Zuge des NSU-Untersuchungsausschusses hat die Polizei eine bislang unbekannt Person aus dem rechtsextremen Umfeld jüngst identifiziert. Dabei geht es um einen Mann mit Spitzname „Matze“, mit dem Florian H. nach eigenen Angaben häufiger in der rechtsextremen Szene unterwegs gewesen ist. Dies erklärte ein Beamter der früheren Ermittlungsgruppe Umfeld am Freitag im Landtagsausschuss. In der öffentlichen Sitzung nannte der Kriminalhauptkommissar aber keine Details.

Florian, ein Aussteiger aus der rechtsextremen Szene, war im September 2013 in einem brennenden Wagen in Stuttgart gestorben. Sein Vater hatte angedeutet, dass sein Sohn wohl wusste, wer hinter dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn steckte. Florian habe den Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe vor dem Oberlandesgericht München einmal als reine Farce bezeichnet, solange nicht weitere Personen auf der Anklagebank säßen. Dabei habe Florian auch „Matze“ genannt. Für die Bundesanwaltschaft sind Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt Kiesewetters Mörder.

Der Beamte der früheren Ermittlungsgruppe (EG) Umfeld sagte, es sei lange Zeit nicht gelungen, „Matze“ anhand von Florians Beschreibungen zu identifizieren. Erst eine Information aus dem Ausschuss habe dies ermöglicht. Das Gremium untersucht die Kontakte und Aktivitäten des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) im Südwesten. Die EG Umfeld hatte die Bezüge der Rechtsterroristen durchleuchtet. Anfang 2014 hatte sie ihren Abschlussbericht vorgelegt und erklärt, es seien keine weiteren Ermittlungsansätze vorhanden.

Die Identifizierung von „Matze“ ist auch deshalb von Bedeutung, weil die Beamten Florian als wenig glaubwürdig eingestuft haben. „Diese Information ist wichtig, weil ‚Matze‘ in unterschiedlichen Zusammenhängen genannt worden ist“, sagte der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD). „Jetzt gibt es den ‚Matze‘ tatsächlich.“ Der Ausschuss erwäge, „Matze“, der Florians „Ziehvater“ in der rechten Szene gewesen sein soll, als Zeugen zu laden. CDU-Obmann Matthias Pröfrock hält allerdings sowohl Florian als auch „Matze“ für Randfiguren, die sich „gegenseitig Räuberpistolen erzählt haben.“ „Jetzt gibt es jemanden, der heißt ‚Matze‘, na und?“

Florian soll gegenüber früheren Mitschülerinnen im August 2011 behauptet haben, er könne Kiesewetters Mörder benennen. Er sprach zudem von einem rechtsextremen Treffen im Februar 2010 in Öhringen östlich von Heilbronn, wo der NSU und eine „Neoschutzstaffel“ (NSS) vorgestellt worden seien. Eine Mitarbeiterin des Landeskriminalamtes bestätigte am Freitag im Ausschuss, dass man Florians Angaben überprüft habe. Sie hätten sich aber nicht belegen lassen. Die Rechtsterroristen des NSU waren erst im Herbst 2011 aufgefliegen.

Unterdessen will der NSU-Ausschuss Laptop und Handy von Florian, einem Aussteiger aus der rechten Szene, von einem unabhängigen Gutachter untersuchen lassen. Die Eltern hatten im Ausschuss geklagt, dass sich die Polizei nie für Florians Handy und Laptop interessiert habe. Die Familie will die Geräte nächste Woche dem Ausschuss übergeben, sagte Drexler.

Florians Eltern vertreten die These, dass ihr Sohn in den Tod getrieben oder sogar ermordet wurde. Die Polizei hält hingegen an ihrer Suizid-These fest. Die Eltern hatten schwer Vorwürfe gegen die Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus

(„Big Rex“) erhoben, die Aussteigern aus der rechten Szene helfen soll. Florian habe geklagt, die Beamten hätten nur Informationen über die rechte Szene von ihm haben wollen. Ein Beamter von „Big Rex“ gab sich am Freitag im Ausschuss wortkarg. Er beteuerte, es

sei kein Druck auf Florian ausgeübt worden. Man habe ihn aber aufgefordert, sich an gewisse Spielregeln zu halten. Dabei habe sich nicht „Big Rex“ einer intensiven Betreuung verweigert, sondern Florian selbst.

Quelle: dpa/lsw, Pforzheimer Zeitung, 13.03.15, URL: [http://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg\\_artikel.-NSU-Ausschuss-hilft-Polizei-bei-Suche-nach-Rechtsextremen-\\_arid,1008530.html](http://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel.-NSU-Ausschuss-hilft-Polizei-bei-Suche-nach-Rechtsextremen-_arid,1008530.html)

## Stuttgart

### Ex-Verfassungsschützer bekam angeblich 2003 Hinweis auf NSU

*2003 bekam ein Geheimdienst-Mitarbeiter im Südwesten nach eigenen Worten einen Hinweis zum rechtsterroristischen NSU. Doch dem Tipp wurde keine Bedeutung beigemessen. Ein Fehler – wie sich heute zeigt.*

Der baden-württembergische Verfassungsschutz hat nach Angaben eines früheren Mitarbeiters schon im Jahr 2003 einen Hinweis auf die rechtsterroristische Gruppe NSU bekommen. Ein Informant habe ihm gegenüber den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) genannt und die Mitglieder als Rechtsterroristen bezeichnet, sagte der mittlerweile pensionierte Beamte am Montag vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags in Stuttgart. Die Quelle habe Geld für weitere Informationen zu den Rechtsterroristen verlangt. Doch er und seine Kollegen im Verfassungsschutz hätten den Mann für unglaubwürdig gehalten. Deswegen mache er sich große Vorwürfe.

Hingegen bestritt die damalige Quelle, ein heute 47 Jahre alter Mann, am Montag im Untersuchungsausschuss, 2003 in einem Gespräch mit dem Verfassungsschutzmitarbeiter etwas über eine rechte Organisation oder den NSU erzählt zu haben. „Für mich ist die Frage, wie kommt der auf die Idee, solche Geschichten zu erzählen“, sagte der Mann, der derzeit in Hannover in Haft sitzt. „Es ging bei der Kontaktabstimmung mit dem Verfassungsschutz nicht um Rechtsextremismus“, beteuerte er. Während der 47-Jährige sagte, das damalige Gespräch habe nur 10 bis 15 Minuten gedauert, sprach der 63-Jährige von etwa 4 Stunden.

Der Untersuchungsausschuss untersucht die Kontakte und Aktivitäten des NSU im Südwesten und die Arbeit der Behörden. Dem NSU werden zehn Morde zugeordnet, darunter an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn. Die Rechtsterroristen waren erst im

Herbst 2011 aufgefliegen. Im Mordfall Kiesewetter sind zuletzt neue Spuren aufgetaucht – auch dank des U-Ausschusses. Jetzt vorliegende Zeugenaussagen legen nahe, dass eine ähnlich wie der NSU im Geheimen agierende rechtmilitante Truppe am Mord an der Polizistin beteiligt gewesen sein könnte – die „Neoschutzstaffel“ (NSS), in der ein Mann namens „Matze“ Mitglied gewesen sein soll. Der Ausschuss will „Matze“ in einer der folgenden Sitzungen als Zeugen befragen. Der frühere Verfassungsschutzmitarbeiter sagte, es beschäftige ihn „Tag und Nacht“, dass er im Jahr 2003 einen großen Fehler gemacht habe. Hätte er den Hinweis auf den NSU damals ernst genommen, hätte man die Mordserie vielleicht stoppen können, sagte der 63-Jährige, der erklärte, dass damals auch der Name des NSU-Mitglieds Uwe Mundlos gefallen sei. Zum NSU und zu Mundlos habe er dann keinen offiziellen Vermerk geschrieben, sondern sich nur handschriftliche Notizen gemacht. Im Herbst 2011 habe er dann in der Zeitung über den NSU gelesen. „Da habe ich gewusst: Mein lieber Mann, da haste aber versagt.“ Er habe sich dann an das Bundeskriminalamt gewandt.

Unterdessen erwägt der Untersuchungsausschuss, eine frühere V-Person namens „Krokus“ in ihrer jetzigen Heimat Irland zu befragen. „Wir sind dabei, die rechtlichen Voraussetzungen zu prüfen“, sagte Ausschusschef Wolfgang Drexler (SPD) am Montag. „Krokus“ hatte die Ermittler mit allerlei Informationen auch zum Mordfall Kiesewetter gefüttert, deren Wahrheitsgehalt aber umstritten ist.

Quelle: Bettina Grachtrup/dpa, Heilbronner Stimme, 16.03.15, URL: <http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landtag-Extremismus-NSU-Ex-Verfassungsschuetzer-bekam-angeblich-2003-Hinweis-auf-NSU;art19070,3328246>

Ähnlich: Pforzheimer Zeitung, URL: [http://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg\\_artikel.-Ex-Verfassungsschuetzer-will-2003-Hinweis-auf-NSU-bekommen-haben-\\_arid,1009186.html](http://www.pz-news.de/baden-wuerttemberg_artikel.-Ex-Verfassungsschuetzer-will-2003-Hinweis-auf-NSU-bekommen-haben-_arid,1009186.html)



**Stuttgart**

**Hinweis auf NSU schon 2003?  
Untersuchungsausschuss tagt**

Der baden-württembergische Verfassungsschutz hat nach Angaben eines früheren Mitarbeiters schon im Jahr 2003 einen Hinweis auf die rechtsterroristische Gruppe NSU bekommen. Ein Informant habe ihm gegenüber den „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) genannt und die Mitglieder als Rechtsterroristen bezeichnet, sagte der mittlerweile pensionierte Beamte am Montag vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags in Stuttgart. Die Quelle habe Geld für weitere Informationen zu den Rechtsterroristen verlangt. Doch er und seine Kollegen im Verfassungsschutz hätten den Mann für unglaubwürdig gehalten. Deswegen mache er sich große Vorwürfe: Hätte er den Hinweis auf den NSU damals ernst genommen, hätte man die Mordserie vielleicht stoppen können, sagte der 63-

Jährige, der erklärte, dass damals auch der Name des NSU-Mitglieds Uwe Mundlos gefallen sei.

Der Mann, der ihm den Tipp gegeben haben soll und der derzeit in Hannover in Haft sitzt, bestritt freilich vor dem Untersuchungsausschuss, dem Verfassungsschutzmitarbeiter damals etwas über eine rechte Organisation oder den NSU erzählt zu haben. „Es ging bei der Kontaktabahnung mit dem Verfassungsschutz nicht um Rechtsextremismus“, beteuerte er.

Der Untersuchungsausschuss untersucht die Kontakte und Aktivitäten des NSU im Südwesten und die Arbeit der Behörden. Dem NSU werden zehn Morde zugeordnet, darunter an der Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn.

Quelle: dpa, Badische Zeitung Online, 17.03.15, URL: <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/hinweis-auf-nsu-schon-2003--101928790.html>

Ähnlicher Beitrag auf SWR.de: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/nsu-untersuchungsausschuss-unklare-aussagen-ueber-fruehen-hinweis-auf-nsu/-/id=1622/did=15228948/nid=1622/hf3hov/index.html>

**Stuttgart**

**NSU-Ausschuss: Stuttgarter Kripo droht große Blamage**

*Auf den Fluren des Stuttgarter Polizeipräsidiums herrscht Fassungslosigkeit. Nach Ermittlungspanne bei Feuer-tod eines Neonazi-Aussteigers geraten der Polizeipräsident und zwei Minister unter Druck.*

Auf den Fluren des Stuttgarter Polizeipräsidiums herrscht Fassungslosigkeit. Ausgerechnet bei diesem heiklen Fall eine derart peinliche Panne? Die Ermittlungen um den Feuertod des 21-jährigen Neonazi-Aussteigers Florian H. im September 2013 setzen Stuttgarts Polizeipräsident Franz Lutz schwer unter Druck. Am Freitag kündigte er „eine vorbehaltlose Analyse im eigenen Haus“ an. Er hat auch keine Wahl: Das Innenministerium lässt die Vorgänge von einer internen Revision prüfen.

Innenminister Reinhold Gall (SPD) hat ebenfalls keine Wahl. Er steht ebenso unter Druck wie Parteikollege und Justizminister Rainer Stickelberger. Nicht nur von der Opposition, sondern auch vom Regierungskoalitionspartner, den Grünen, kommen bohrende Fragen. Alexander Salomon, Grünen-Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss, fordert Stickelberger auf, bei der Staatsanwaltschaft mit eisernem Besen zu kehren.

Es droht nichts weniger als eine neue Wattestäbchen-Affäre, nachdem der Polizei schon bei den Ermittlungen um den Mord an der Polizisten Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn eine peinliche Panne unterlief.

Zwei Jahre lang hatte man aufgrund von DNA-Spuren am Tatort nach einer Serientäterin gesucht – die es am Ende gar nicht gab. Die genetischen Fingerabdrücke von verschiedenen Tatorten stammten von einer Mitarbeiterin des Wattestäbchen-Herstellers. Die Spurenläger waren verunreinigt.

Seit Tagen beschäftigt der Tod des 21-jährigen Neonazi-Aussteigers den NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags. Kripo und Staatsanwaltschaft werten den Fall als Suizid, die Angehörigen sprechen von Mord. Politisch brisant ist der Fall deshalb, weil Florian H. bei den Ermittlungen gegen die rechtsextreme Terrorvereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) eine Randrolle spielte.

**Pistole und Machete übersehen**

Und dann, kurz gefasst, das: Am 16. September 2013 – Polizeipräsident Lutz ist seit einem Monat im Amt – geht auf dem Cannstatter Wasen ein Peugeot in Flammen auf, der 21-Jährige aus Eppingen, der noch einen Termin mit dem Landeskriminalamt hatte, kommt ums Leben. Spezialisten für Tötungsdelikte und



Brandermittlungen der Stuttgarter Polizei untersuchen zusammen mit dem LKA den Fall, stellen fest, dass sich der 21-Jährige selbst angezündet hat.

Die Spurensuche ist dabei aber so gründlich, dass im Wagen eine Pistole und eine Machete übersehen werden, ebenso der vermisste Autoschlüssel. Die Gegenstände tauchen erst in diesen Tagen auf, von den Angehörigen des 21-Jährigen offenbar im Wrack gefunden und an Wolfgang Drexler, Vorsitzenden des NSU-Untersuchungsausschusses, übergeben.

Man könnte fragen: Warum hat die Familie diesen Fund so lange verschwiegen? Man kann aber auch

fragen: Was machen Kriminaler eigentlich, wenn sie hinterher nicht mal sagen können, ob sie tatsächlich Pistole und Machete übersehen haben könnten? Dass ein von der Polizei gesuchter Autoschlüssel letztlich im Auto liegt, lässt eines befürchten: Es gab gar keine Spurensicherung. Entsprechend blass ist der Polizeipräsident. Er verspricht „lückenlose Aufarbeitung“, man werde „alles offenlegen“. Es geht um nichts weniger als um den Ruf der Stuttgarter Polizei und die Köpfe von Ministern.

Quelle: Wolf-Dieter Obst, *Stuttgarter Nachrichten*, 23.03.15,

URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-ausschuss-stuttgarter-kripo-droht-grosse-blamage.ec8ca698-c3ce-41e4-b1d3-00ecabfb5004.html>

## April

### Stuttgart

### Schnappatmung in NSU-Gewittern

*Zwischenbilanz: Das Interesse am Untersuchungsausschuss ist groß. Aber nicht jede Debatte dient der Aufklärung.*

Bereits die erste Etappe des Stuttgarter Untersuchungsausschusses hat gezeigt, dass es richtig war, den Rechtsterror des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) mit den Mitteln des Parlaments auf seine Bezüge nach Baden-Württemberg abzuklopfen. Behörden müssen ihr Verhalten rechtfertigen, das Interesse der Öffentlichkeit ist gewaltig, die Spannung steigt. Allerdings kommt es in wachsendem Maße auch zu – häufig: medialer – Schnappatmung.

Der Tod der Zeugin Melissa M., die bei ihrer Befragung nichts Habhaftes zur Arbeit des Ausschusses hatte beitragen können, führte umstandslos zu Spekulationen über einen neuen terroristischen Mord. Zwar erbrachte die Obduktion den Befund einer Lungenembolie, hervorgerufen durch einen eher harmlosen Motorradunfall. Doch die Tatsache, dass die Staatsanwaltschaft Karlsruhe („Wir sind uns der Brisanz des Falls bewusst:“) noch weitere Untersuchungen anstrebte, regte die Fantasie an und evozierte Schlagzeilen, die eine Vergiftung der jungen Frau nahelegten. Prompt forderten die Grünen im Bundestag Personenschutz für NSU-Zeugen.

Im Fall Florian H., mit dem Melissa M. zeitweise liiert war, hatte die Staatsanwaltschaft Stuttgart sehr zügig die Akte geschlossen – zu zügig, tönt es einvernehm-

lich aus dem Untersuchungsausschuss, welcher der Meinung ist, dass die Verankerung des 21-Jährigen in der rechtsextremen Szene einer tieferen Untersuchung wert gewesen wäre. Immerhin hatte es seitens des Verfassungsschutzes Überlegungen gegeben, Florian H. als Informanten zu gewinnen. Im Ergebnis hat sich die von Polizei und Staatsanwaltschaft vertretene Suizid-These im Untersuchungsausschuss jedoch erhärtet, ungeachtet aller peinlichen Behördenpannen, von denen eine Machete und eine Luftpistole künden, die neben anderen Gegenständen bei der kriminaltechnischen Untersuchung des ausgebrannten Wagens übersehen worden waren. Übrig bleibt der Verdacht, Florian H: könnte von seinen früheren Kameraden in der Neonazi-Szene in den Tod getrieben worden sein. An dieser Hypothese arbeitet der Untersuchungsausschuss noch. Dass die CDU jetzt Innenminister Reinhold Gall (SPD) vor den Ausschuss laden will, dürfte indes eher dem heraufziehenden Wahlkampf geschuldet sein als einer wirksamen Aufklärung. Mysteriös bleibt hingegen der Tod des jungen Arthur C., der 2009 in der Heilbronner Gegend neben seinem Auto verbrannte. Ihn hatten schon die Ermittler der Sonderkommission „Parkplatz“ im Visier. Sie gingen der Frage nach, ob Arthur C. identisch ist mit einer

jener Personen, die Zeugen nach dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter flüchten sahen.

Große Aufregung hat auch die in den vergangenen Tagen dargebotene Nachricht hervorgerufen, bis zu zwanzig Polizisten des Landes hätten um Aufnahme beim Ku-Klux-Klan (KKK) nachgesucht. Die Deutsche Presseagentur verbreitete diese Spekulation nach Lektüre eines Zeitungsberichts als publikumswirksame Neuigkeit.

Polizeigewerkschafter zeigten sich entsetzt, die türkische Community zog vor dem Innenministerium zur Mahnwache auf. Tatsächlich aber ist die Meldung bereits zwei Jahre alt. Die einzige öffentlich bekannte Quelle für diesen in der Tat deprimierenden Vorwurf ist Achim Schmid, Ex-Informant des Landesamts für Verfassungsschutz und Gründer des KKK-Ablegers in Schwäbisch Hall. Die Behörden tun dessen Aussagen bisher als Aufschneideri ab, Schmid hingegen variiert sie immer wieder, etwa mit dem spöttischen Hinweis, der Klan habe damals – Anfang der 2000er Jahre – überlegt, einen Polizeibeauftragten zu ernennen, so groß sei der Andrang gewesen. Bei der anderen Gelegenheit sprach Schmid, der sich inzwischen angeblich von seiner rassistischen Vergangenheit distanziert,

von fünf oder sechs Interessenten aus den Reihen der Polizei. Zu Schmid's KKK-Clan gehörte auch der Rechtsextremist Thomas Richter, alias „Corelli“, ein V-Mann des Bundesamts für Verfassungsschutz. Er starb – ebenfalls überraschend – an einer nicht erkannten Diabetes.

In dem Anfang 2014 vorgelegten Bericht der Ermittlungsgruppe Umfeld des Landeskriminalamts findet sich der Hinweis, dass neben den beiden bekannten KKK-Mitgliedern der Polizei drei weitere Beamten im Verdacht stünden, beim KKK mitgemacht zu haben. Dies habe sich aber nicht erhärten lassen. Hier tut sich für den Untersuchungsausschuss ein lohnendes Arbeitsfeld auf. Zu klären wäre die Frage, weshalb die beiden Polizisten, die vom Verfassungsschutz beim KKK ertappt worden waren, so milde davon kamen. Und weshalb es erst so eines mehrmaligen Nachhakens des damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Helmut Rannacher bedurfte, ehe überhaupt gegen die Beamten vorgegangen wurde. Und auch das nur im Schnecken tempo. Womöglich kommt der Ausschuss dann doch noch weiteren rassistisch gesinnten Polizisten auf die Spur.

*Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 04.04.15*

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss im Landtag: Was ist die „Neoschutzstaffel“?

*Der Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags prüft Hinweise auf eine ominöse „Neoschutzstaffel“, die im Raum Heilbronn aktiv gewesen sein soll. Hatte der NSU militante Unterstützer?*

Gab es im Raum Heilbronn eine von den Sicherheitsbehörden unbemerkte, rechtsextremistische Organisation? Der [NSU-Untersuchungsausschuss](#) geht am Montag Hinweisen auf eine „Neoschutzstaffel“ (NSS) nach. Der frühere Neonazi [Florian H.](#) hatte den Ermittlern von so einer Vereinigung berichtet und einen Mann mit Spitznamen „Matze“ als Mitglied benannt. Florian H., der erklärt hatte, er kenne die Mörder der Polizistin Michèle Kiesewetter, starb im Herbst 2013 in einem brennenden Auto in Stuttgart.

„Matze“ konnte erst kürzlich von den Ermittlern identifiziert werden. Er und sein Vater sollen nun als Zeugen vor dem Landtagsgremium aussagen.

#### Welche Rolle spielte „Matze“?

Florian H. hatte den Ermittlern gesagt, er habe mit „Matze“ an einem Treffen in Öhringen bei Heilbronn teilgenommen, bei dem neben der [NSU](#) auch die NSS vorgestellt worden sei. Die Ermittler konnten aber nach eigenen Angaben so ein Treffen im Haus der Jugend nicht verifizieren. Allerdings soll Matzes Vater, ein

Sozialarbeiter, sein Büro im Untergeschoss des besagten Hauses in Öhringen gehabt haben.

Florians Vater hatte vor dem NSU-Untersuchungsausschuss erklärt, sein Sohn habe den Prozess gegen das mutmaßliche NSU-Mitglied Beate Zschäpe vor dem Oberlandesgericht München als reine Farce bezeichnet, solange nicht weitere Personen auf der Anklagebank säßen. Dabei habe Florian auch „Matze“ genannt.

#### Kiesewetter kein Zufallsopfer?

Für die Bundesanwaltschaft sind allerdings Uwe Mundlos und Uwe Bönnhardt Kiesewetters Mörder. Kritiker halten es jedoch für denkbar, dass mehrere Täter am Werk waren und Kiesewetter kein Zufallsopfer des NSU gewesen ist.

Unterdessen bestätigte ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart, das Disziplinarverfahren gegen drei Polizisten wegen möglicher Versäumnisse bei den Ermittlungen im Fall Florian H. laufen.

Die Polizei ging damals sehr schnell von Suizid aus und durchsuchte das ausgebrannte Fahrzeug allen Anzeichen nach nur oberflächlich.

Am Montag will der Präsident des Polizeipräsidiums Stuttgart, Franz Lutz, im NSU-Untersuchungsausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung den Stand der Disziplinarverfahren erläutern. Am Mittwoch äußert sich dazu auch Innenminister Reinhold Gall (SPD) - allerdings im Innenausschuss.

Dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) werden neun Morde an Migranten und die Ermordung Kiesewetters 2007 in Heilbronn vorgeworfen. Der Landtagsausschuss arbeitet die Bezüge des NSU

Quelle: SJR/dpa, 19.04.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-ausschuss-im-landtag-was-ist-die-neoschutzstaffel.d2798ede-c729-4b0b-b2db-84a97409d43f.html>

nach [Baden-Württemberg](#) und mögliches Behördenversagen im Südwesten auf.

Thema am Montag ist auch der Feuertod eines jungen Mannes im Januar 2009 in Neustadt am Kocher (Landkreis Heilbronn). Der 18-Jährige war brennend neben seinem Wagen gefunden worden. Er starb kurz darauf. Im Internet wurde behauptet, dass der Verstorbene Ähnlichkeit mit einem Mann habe, der am Tag des Kiesewetter-Mordes auf der Heilbronner Theresienwiese gesehen worden sei. Die Polizei konnte dies bislang nicht verifizieren. Die Ermittler sollen im Ausschuss aussagen.

## Stuttgart

### Disziplinarverfahren gegen drei Polizisten im Fall Florian H.

*Wegen möglicher Versäumnisse bei den Ermittlungen im Fall des toten Neonazis Florian H. laufen Disziplinarverfahren gegen drei Polizisten. Das bestätigte ein Sprecher des Innenministeriums auf Anfrage der Deutschen Presse-Agentur in Stuttgart.*

Florian H. war im Herbst 2013 in einem brennenden Wagen in Stuttgart gestorben. Die Polizei ging sehr schnell von Suizid aus und durchsuchte das ausgebrannte Fahrzeug damals allen Anzeichen nach nur oberflächlich.

An diesem Montag will der Präsident des Polizeipräsidiums Stuttgart, Franz Lutz, im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags in nicht-öffentlicher Sitzung den Stand der Disziplinarverfahren erläutern. Am Mitt-

woch äußert sich dazu auch Innenminister Reinhold Gall (SPD) – allerdings im Innenausschuss. Der frühere Neonazi Florian H. hatte erklärt, er kenne die Mörder der Polizistin Michèle Kiesewetter, die 2007 in Heilbronn getötet worden war – mutmaßlich vom rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU).sw

Quelle: dpa/lsw, Heilbronner Stimme, 19.04.15,

URL: <http://www.stimme.de/heilbronn/polizistenmord/archiv/Landtag-Rechtsextremismus-NSU-Disziplinarverfahren-gegen-drei-Polizisten-im-Fall-Florian-H;art133317,3353362>

ähnlich im Südkurier: <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/news/Disziplinarverfahren-gegen-drei-Polizisten-im-Fall-Florian-H;art330342,7788820>

## Stuttgart

### Gab es eine rechtsextreme „Neoschutzstaffel“ im Raum Heilbronn?

*Der NSU-Untersuchungsausschuss geht heute Hinweisen auf eine rechtsextreme „Neoschutzstaffel“ (NSS) im Raum Heilbronn nach. Der frühere Neonazi Florian H. hatte den Ermittlern von so einer Vereinigung berichtet und einen Mann mit Spitznamen „Matze“ als Mitglied benannt.*

Florian H., der erklärt hatte, er kenne die Mörder der Polizistin Michèle Kiesewetter, starb im Herbst 2013 in einem brennenden Auto in Stuttgart. „Matze“ konnte erst kürzlich von den Ermittlern identifiziert werden. Er und sein Vater sollen nun als Zeugen vor dem Landtagsgremium aussagen.

Dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) werden neun Morde an Migranten und die Ermordung Kiesewetters 2007 in Heilbronn vorgeworfen. Der Landtagsausschuss arbeitet die Bezüge des NSU nach Baden-Württemberg und mögliches Behördenversagen im Südwesten auf.

Quelle: dpa/lsw, Heilbronner Stimme, 20.04.15, URL: <http://www.stimme.de/suedwesten/nachrichten/pl/Landtag-Rechtsextremismus-NSU-Gab-es-eine-rechtsextreme-Neoschutzstaffel-im-Raum-Heilbronn:art19070.3353804>

Ähnlich im Südkurier: <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/news/Gab-es-eine-rechtsextreme-Neoschutzstaffel-im-Raum-Heilbronn:art330342.7790574>

## Stuttgart

### NSU-Untersuchungsausschuss Zweifel an der Existenz der „Neoschutzstaffel“

*Im NSU-Ausschuss des Landtags wachsen die Zweifel, ob es die gefährliche Neoschutzstaffel tatsächlich gibt, über die sich Florian H. in Prahlereien erging. Es wäre nicht das einzige Märchen.*

Das also soll „Matze“ sein? Ein leises Raunen geht durch die Zuschauerreihen im NSU-Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags. Jener Matthias K., der angeblich Teil einer gefährlichen neonazistischen Gruppe namens „Neoschutzstaffel“ (NSS) war? Am Zeugentisch sitzt ein junges Kerlchen, das nach landläufigen Maßstäben bestenfalls als halbe Portion durchgehen kann. 21 Jahre zählt „Matze“ inzwischen. Beruflich, so sagt er, sei er in der Lagerlogistik tätig, und der rechtsextremen Szene habe er abgeschworen. „Matze“ wurde in den vergangenen Wochen als Kronzeuge für die Existenz der NSS gehandelt, einer Schattenorganisation, die dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) an Gefährlichkeit nicht nachstehe. So hatte das jedenfalls Florian H. geschildert, einer von „Matzes“ früheren Kameraden. Florian H. verbrannte im September 2013 in seinem Auto am Cannstatter Wasen, nur wenige Stunden vor seiner Vernehmung durch Beamte des Landeskriminalamts. Florian hatte zuvor schon der Polizei von „Matze“ erzählt, und dass er durch ihn Mitglied bei der NSS geworden sei. Die Zeugin „Bandini“, eine Freundin von Florian H., schildert „Matze“ in einem von dem früheren V-Mann Alexander Gronbach veröffentlichten Gesprächsprotokoll als relativ ruhigen, aber echten Neonazi.

#### Leichtsinn, Dummheit, Gedächtnisschwund

Allerdings vermochte die Polizei „Matze“ zunächst nicht zu identifizieren. Das ist nun dank des Anstoßes durch den Untersuchungsausschuss gelungen. Indes geben die Einlassungen des jungen Mannes für den Nachweis einer „Neoschutzstaffel“ nichts her. „Matze“ will auf einer Demonstration in Dresden von einem Unbekannten angesprochen worden sein. Wenn er etwas für Deutschland tun wolle, dann solle er sich der NSS anschließen, habe dieser gesagt. Wolfgang Drexler, der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, fragt, was „Matze“ denn über die NSS sagen könne. Antwort: „Sie ist rechts, deutschlandweit, mehr weiß ich auch nicht.“ Drexler hakt nach: Warum er denn Mitglied bei der NSS geworden sei? „Aus jugendlichem

Leichtsinn“, versetzt „Matze“ – und fügt hinzu: „Aus Dummheit.“ Eine halbe Stunde will er in Dresden mit dem Unbekannten geredet haben, aber an Details kann er sich – wie so häufig und wie alle Zeugen aus der rechtsextremen Szene – leider nicht erinnern. Die Ereignisse liegen ja auch vier Jahre zurück. Einmal verliert Drexler die Contenance. Er fährt „Matze“ an: „Leiden Sie an Gedächtnisschwund?“ Zurück aus Dresden gewann „Matze“ umgehend Florian H. als NSS-Mitglied. Dabei blieb es dann aber auch. Florian H. kannte er von der Rechtsextremisten-Szene beim Heilbronner Konferenzzentrum „Harmonie“. Eine Szene, deren Qualität im Untersuchungsausschuss bereits des öfteren Gegenstand von Interpretationsversuchen war. Ein Heilbronner Staatsschützer sprach von einer „Trinkerszene“. Allerdings eine, in der auffällig häufig der Hitlergruß zur Geltung kommt und schwarze Springerstiefel mit weißen Schnürsenkel getragen werden.

#### Alles nur Mitläufer

Florian H. soll „Matze“ gegenüber geprahlt haben, vier Menschen auf dem Gewissen zu haben. Genaueres habe er gar nicht wissen wollen, behauptet „Matze“; er habe die Story auch nicht geglaubt. Auch habe Florian H. erzählt, die Russenmafia wolle Geld von ihm. Von einem Treffen von NSU und NSS in Öhringen – Florian H. hatte darüber der Polizei berichtet – wisse er hingegen nichts. Und ihm habe Florian H. auch nicht erzählt, er wisse, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter in [Heilbronn](#) erschossen habe. Letzteres allerdings steht im Widerspruch zu der Aussage, die „Matze“ jüngst bei der Polizei gemacht hatte. „Ja, hat er“, antwortete er dort auf die Frage, ob Florian angegeben hatte, er kenne die Mörder Kiesewetters.

Die eigentliche Frage ist nun, ob der Untersuchungsausschuss dieses Gespinnst aus Wahrheit und Lüge überhaupt noch entwirren kann. Wie steht es um die Glaubwürdigkeit von Florian H., der behauptet hatte, er kenne die Kiesewetter-Mörder und wisse um eine Rechtsterrorgruppe namens NSS, zugleich aber 2011 schwadronierte, selbst vier Menschen ermordet zu

haben? Florians Vater hatte vor dem NSU-Ausschuss erklärt, sein Sohn habe den NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München als reine Farce bezeichnet, solange nicht weitere Personen auf der Anklagebank säßen. Dabei habe Florian auch „Matze“ genannt. Doch Kiesewetter wurde 2007 ermordet. Damals war „Matze“ noch blutjung. Der Ausschussvorsitzende Drexler sagte, möglicherweise handle es sich nur um Hirngespinnste.

Auch die anderen Zeugen, darunter der bullige Andre H., können sich an ihre Zeit als Rechtsextreme nur in

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 20.04.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-zweifel-an-der-existenz-der-neoschutzstaffel.ad3cc52c-b150-4571-8d01-65c91a408027.html>

## Stuttgart

### Auf dem rechten Auge blind?

NSU: Es sind nicht nur Schlampereien, die die Polizei im Untersuchungsausschuss des Landtags in ein trübes Licht rücken- Drängender noch stellt sich die Frage, ob der Rechtsextremismus als solcher in den Dienststellen überhaupt erkannt wird.

Sehr viel früher als erwartet ist im NSU-Untersuchungsausschuss die Polizei in die Kritik geraten. Dass sie nicht ohne Blessuren davonkommen würde, war zwar bereits abzusehen gewesen, noch ehe das Gremium damit begann, die Aktivitäten des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) in Baden-Württemberg und die Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter aufzuarbeiten. Auf der Agenda des Ausschusses steht die peinliche Wattestäbchenaffäre ebenso wie die Mitgliedschaft von Polizisten beim KKK-Klan (KKK). Wobei in Sachen KKK noch zu verhandeln sein wird, was der Polizei mehr Schaden zufügte: der Umstand, dass sich einige ihrer Beamten zu dem skurrilen Rassenclub hingezogen fühlten – oder die merkwürdig gebremste und lahme Reaktion der Polizeiführung auf dieses skandalöse Treiben.

Dass sich nun bereits das Präludium der Ausschussarbeit zu einem Desaster für die Polizei entwickelte, kam dann doch überraschend. Dabei geht es nicht allein um schlampige Ermittlungsarbeit zum Feuertod des jungen Ex-Neonazis Florian H. am Cannstatter Wasen, die inzwischen in drei Disziplinarverfahren gegen Beamte des Polizeipräsidiums Stuttgart sowie des Landeskriminalamts (LKA) mündete.

Es habe ihn „schiefer der Schlag getroffen“, berichtete der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD), nachdem ihm die Schwester von Florian H. nach der Durchsicht des noch vorhandenen, in der Familie in einer Garage verwahrten Brandautos eine Reihe von bemerkenswerten Gegenständen übereignet hatte. Darunter der Zündschlüssel für den Peugeot, ein Feuerzeug, eine Pistole „Colt“, die sich als Luftdruckpistole

kurzen Strichen erinnern und garantiert nur so, dass ihnen nichts mehr angehängt werden kann. NSS? Keine Ahnung. So lautet durchgängig die Auskunft. Alle bezeichnen sie sich als Mitläufer. Andre H. hatte Florian H. übrigens bei der Polizei wegen Waffenbesitzes angezeigt. Sein Bruder ist bei der Polizei. Andre H. sagt: „Ich habe zu meinem Bruder einen sehr schlechten Kontakt.“ Doch könne er sich an ihn wenden, wenn er im Umgang mit der Polizei Rat benötige.

erwies, eine Machete, ein Handy Samsung Galaxy S1, Bauteile eines weiteren Handys und anderes mehr. Dem LKA-Brandsachverständigen waren diese Beweismittel mit Ausnahme der Machete, die er als „abgerundetes Messer“ verzeichnet haben will, entgangen.

### Nach wie vor gilt der Suizid von Florian H. als wahrscheinlich

Das ist nicht zuletzt deshalb misslich, weil Handys hilfreich bei der Fernauslösung einer Brandexplosion sein können. Und darum ging es ja: ob Florian H. am 16. September 2013 von sich aus den Tod suchte, oder ob der Aussteiger von seinen früheren Neonazi-Kameraden in den Tod geschickt wurde. Nach wie vor gilt ein Suizid als wahrscheinliche Variante. Fraglich ist, ob der zuständige Dezernatsleiter beim Polizeipräsidium Stuttgart im Wissen um die Ermittlungsspannen vor dem Untersuchungsausschuss gesagt hätte: „Für mich ist der Fall Florian H. ein sicherer Fall. Es gibt für mich keine Anhaltspunkte, dass hier irgendjemand etwas von dritter Hand eingebracht hat, gezündet hat oder Ähnliches, um Florian H. umzubringen.“

Höchst irritiert zeigten sich die Abgeordneten im Ausschuss indes auch über längst überwunden geglaubte Mentalitäten bei der Bewertung des Rechtsextremismus. Denkweisen, die etwa der CDU-Obmann Matthias Prüfrock als „Verniedlichung“ anprangert. Bereits zu Beginn der Ausschussarbeit hatte die als Sachverständige geladene Erfurter SPD-Landtagsabgeordnete Dorothea Marx einen Polizisten aus Thüringen mit den Worten zitiert: „Wenn ein Betrunkener mal ein Hakenkreuz an die Wand malt, dann ist das noch kein Rechter.“

Die Verharmlosung eines zumindest latent stets gewaltbereiten Rechtsextremismus als Ausdrucksform alkoholisierter junger Männer, die ihren Platz im Leben



noch nicht gefunden haben, hatte bereits in den 1990er Jahren die Bekämpfung rechtsextremer Gewaltexzesse erschwert. Wenn Neonazis betrunken waren, wenn sie Ausländer jagten, führte dies schnell zu Strafermäßigungen. Dieses Denken galt als überwunden. Aber es lebt, wie im Ausschuss ein Heilbronner Staatsschützer offenbarte. Zwischen dem 58-jährigen Kriminalhauptkommissar Klaus H. und dem bereits erkennbar enervierten Ausschussvorsitzenden Drexler entspann sich folgender Dialog, der sich um die rechte Szene an der Heilbronner Stadthalle „Harmonie“ rankte. Dort hatte sich auch Florian H. oft herumgetrieben.

**Drexler** „Gibt es einen Treffpunkt der Szene an der ‚Harmonie‘ in Heilbronn?“

**Klaus H.** „Da treffen sich Leute, ja.“

**Drexler** „Ja, das ist doch schön. Jetzt endlich kommt es mal. Ja, aber wer trifft sich da?“

**Klaus H.** „Das ist eigentlich eine Trinkerszene. So bezeichne...“

**Drexler** „Keine Rechten?“

**Klaus H.** „...ich das. Und da sind Rechte, Linke, Punks, Emos. Die sind hier auf einem Fleck.“

**Drexler** „Alle auf einem Fleck.“

**Klaus H.** „Ja.“

**Drexler** „Also, das ist nicht ein Rechte-Szene-Treff. So würden Sie das nicht bezeichnen. (...) Also, da gibt es solche. Und wie oft treffen die sich da an der ‚Harmonie‘? Ist das wöchentlich, vierzehntäglich?“

**Klaus H.** „Da sind die täglich.“

**Drexler** „Täglich treffen die sich? Das ist doch aber dann schon eine Szene, zwar durchmischt, wie Sie sagen, mit ein paar anderen, aber...“

**Klaus H.** „Aber keine rechte Szene.“

**Drexler** „Keine rechte Szene?“

**Klaus H.** „Nein.“

**Drexler** „Gut. War denn da der Florian H. – Ach den kennen Sie nicht. Aber ist der Name mal aufgefallen?“

**Klaus H.** „In der einen Anzeige, wo er den Hitlergruß zeigt. Das war ja im Stadtgarten. Das war die Örtlichkeit.“

**Drexler** „Das war an der ‚Harmonie‘. Da hat er den Hitlergruß gezeigt.“

**Klaus H.** „Genau.“

*Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, Nr. 95, 25.04.15.*

**Drexler** „Also gab es da Leute, die den Hitlergruß gezeigt haben. Das doch, würde ich mal sagen, rechts oder eine Szene.“

**Klaus H.** „Nein.“

**Drexler** „Nein?“

**Klaus H.** „Das würde ich so nicht bezeichnen, weil wirklich alles bunt zusammengemischt war.“

### **Die Polizei weiß nur wenig über die rechte Szene in Heilbronn**

Im Folgenden stellte sich heraus, dass der Kriminalhauptkommissar nur dort eine rechte Szene erkennt, wo sich Neonazis fest in Kameradschaften organisieren. So wie im nahen Sinsheim, das aber nicht mehr in seine Zuständigkeit falle. Überhaupt wusste der Beamte wenig über Rechtsextremisten in Heilbronn und deren Treffpunkte zu sagen. Es gebe 20 bis 30 Leute, „die rechtspopulistisches Denken und auch verfassungsfeindliche Gedanken haben.“

Selbst der Hinweis des Grünen-Abgeordneten Alexander Salomon auf den Brandanschlag auf einen türkischen Supermarkt in Neckarsulm 2010 vermochte ihn nicht aus der Reserve zu locken. Die Polizei hatte damals drei junge Männer und eine Frau aus Neckarsulm als Täter ermittelt. Alle vier waren Deutsche, alle hatten Alkohol getrunken. Im Urteil hieß es, sie hätten aus „dumpfer Ausländerfeindlichkeit“ gehandelt.“

Als die Abgeordneten des Untersuchungsausschusses wieder unter sich waren, fragten sie sich, ob durch solche Zeugenaussagen nicht „die polizeiliche Arbeit in Baden-Württemberg insgesamt diskreditiert werden könnte.“ Man beschloss, den Chef von Klaus H. vorzuladen. Aber auch der Kriminalhauptkommissar Klaus B., dessen Auftreten verbindlicher ausfiel, sprach beschönigend von „Rechtspopulisten“, wo die Ausschussmitglieder Rechtsextremisten identifizierten. Auch er meinte, ein innerlich ungefestigter Mensch müsse nicht rechtsextrem sein, nur weil er betrunken vor einer Hakenkreuzfahne posiere. Der Ausschussvorsitzende Drexler erwiderte, solches würde er nicht einmal nach dem Konsum mehrerer Flaschen Whisky tun.

## **Stuttgart**

### **Die Spur der Informantin „Krokus“**

Mord: Petra S. will den Verfassungsschutz 2007 auf den rechtsextremistischen Hintergrund der Tat in Heilbronn hingewiesen haben.

Am kommenden Montag wird sich der Untersuchungsausschuss des Landtags einer wilden Episode aus dem NSU-Komplex annehmen. Sie handelt davon,

Rechtsextremisten hätten sich nach der Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn nach dem Befinden deren Streifenpartner Martin Arnold erkundigt. Dieser lag mit einem Kopfschuss im Krankenhaus. Angeblich interessierte sich nicht nur die Polizei dafür, ob bei Martin Arnold womöglich die Erin-



nerung an die Geschehnisse auf der Heilbronner Theresienwiese wiederkehren würde.

Eine wichtige Aktrice ist „Krokus“, alias Petra S., von 2007 bis 2010 Informantin des Landesamts für Verfassungsschutz. Sie will ihrem Kontaktmann beim Verfassungsschutz (Tarnname Rainer Oettinger) nach dem Anschlag in Heilbronn berichtet haben, die regionale rechtsextreme Szene in Baden-Württemberg versuche, sich mittels einer Krankenschwester ein Bild vom Gesundheitszustand des Polizisten Arnold zu verschaffen. Aber woher hatte sie die brisante Information? Von ihrer Friseurin: Nelly R., fest verwoben im baden-württembergischen NPD-Netzwerk. Beim Plaudern im Friseursalon, auch eine Krankenschwester war mit von der Partie, will „Krokus“ von der Ausspähungsaktion erfahren haben. Umgehend habe sie ihren Kontaktmann beim Verfassungsschutz an ihrem Wissen teilhaben lassen. Doch Rainer Oettinger bestreitet dies. Bereits vom Untersuchungsausschuss des Bundestags zu der Sache befragt, sagte der Verfassungsschützer, inzwischen im Ruhestand: „Das kann ich mit einem ganz klaren und eindeutigen Nein beantworten.“ Was ist also dran an der Information, die erst 2012 in Umlauf kam? Das Problem ist, dass mit den Erzählungen eine Liebesgeschichte verwoben ist. „Krokus“ ist mit einem gewissen Alexander Gronbach verbandelt.

Eine reichlich dubiose, weitgereiste Gestalt, von der es heißt, er sei selbst V-Mann des Landeskriminalamts gewesen. Nach den Unterlagen, die dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss vorliegen, wollte sich „Krokus“ von Gronbach trennen, worauf dieser die Frau erst stalkte, dann als V-Frau des Verfassungsschutzes outete, um sie schließlich mit dem Hinweis, sie befinde sich nun im Visier der rechtsextremistischen Szene, nach Irland zu locken.

Dort leben die beiden noch immer. Eine Rückkehr nach Deutschland ist Gronbach verwehrt, weil ein Haftbefehl gegen ihn vorliegt. Von Irland aus bombardiert er den Untersuchungsausschuss und dessen Umfeld mit Mails. Verfassungsschützer Oettinger bezeichnete Gronbach vor dem Bundestagsausschuss als „extremen Straftäter“, der „Krokus“ zu seiner Marionette geformt habe. Die einstmals zuverlässige, wenn auch nicht wichtige Quelle „Krokus“ habe durch die Verbindung mit Gronbach einen vollständigen Persönlichkeitswandel durchgemacht. Nur so sei zu erklären, dass „Krokus“ behaupte, ihm bereits 2007, vier Jahre vor Bekanntwerden des NSU, von dem rechtsextremistischen Hintergrund des Heilbronner Anschlags erzählt zu haben.

*Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, Nr. 95, 25.04.15.*

## Stuttgart

### NSU-Untersuchungsausschuss: Spur 5036 verläuft im Nichts

*Hatten Rechtsextreme den beim Heilbronner Anschlag 2007 schwer verletzten Polizisten Martin Arnold im Visier? Die Story klingt interessant, ist aber wohl in weiten Teilen erfunden.*

Für einen 62-jährigen Pensionär verfügt Rainer Oettinger über eine erstaunlich junge Stimme; sie klingt hell, wirkt aber unaufgeregt. Seine Ausdrucksweise ist gepflegt, sein Vortrag luzide. Nur sehen kann man den ehemaligen Verfassungsschützer nicht, und auch sein Name ist nur ein „Tarnname“, wie Wolfgang Drexler, der Vorsitzende des NSU-Untersuchungsausschusses, einleitend feststellt. Der Verfassungsschützer korrigiert diskret: Es handle sich um seinen „Arbeitsnamen“. In einem Nebenzimmer, abgeschirmt von den Blicken des Publikums, tritt der Geheime vor die Abgeordneten. Via Lautsprecher wird das Geschehen in den provisorischen Plenarsaal des Landtags übertragen.

Träfen die Vorwürfe zu, die der Untersuchungsausschuss am Montag verhandelt, dann wäre der Verfassungsschützer Oettinger entweder ein Anwärter auf die Mitgliedschaft im Verein der Trottel des Jahrhunderts oder der Repräsentant einer in rechtsextremistische Verbrechen verstrickten Behörde. Oettinger soll nämlich bereits kurz nach dem Heilbronner Polizistenmord

im April 2007 über seine Informantin „Krokus“ Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund der Tat bekommen haben. Bei ihrer dem Dunstfeld der NPD zugehörigen Friseurin Nelly R. in Wolpertshausen (Landkreis Schwäbisch Hall) habe „Krokus“ aufgeschnappt, dass sich Rechtsextremisten für den Zustand des bei dem Anschlag schwer verletzten Polizisten Martin Arnold interessierten. Ein erneuter Mordversuch an dem Polizisten sei nicht auszuschließen. Doch der Verfassungsschützer Oettinger habe – so der Vorwurf – die brisanten Hinweise abgetan.

#### „Dubioser Hinweisgeber“

Allerdings: Die Quelle dieser Vorwürfe ist höchst fragwürdig. Bei dem Hinweisgeber Alexander Gronbach handelt es sich um einen nach Einschätzung des Landeskriminalamts „notorischen beziehungsweise dubiosen Hinweisgeber“, der als Aufschneider und Wichtigtuer bei der Polizei weit über Baden-Württemberg hinaus bekannt sei. Gronbach soll in vielfältige krimi-

nelle Machenschaften verwickelt gewesen sein, in Deutschland liegt ein Haftbefehl gegen ihn vor. Zu beachten ist auch: Gronbach lancierte die „Krokus“-Story erst im Dezember 2011, also nach dem Bekanntwerden des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU). Verfassungsschützer Oettinger bezeichnet Gronbach bei seiner Befragung als „Schwerkriminellen“. Vor allem aber kann er mit einer gewissen Stringenz plausibel machen, dass nicht die Vertuschung, sondern die Aufklärung des Mordes an Michèle Kiesewetter in seinem Interesse liegen musste: „Das wäre eine Sternstunde in meinem Job gewesen.“ Und noch ein Argument fällt ihm zu seiner Entlastung ein: „Wenn ‚Krokus‘, die auch über Kontakte zur Polizei in Schwäbisch Hall verfügte, „so eine heiße Information gehabt hätte, dann hätte sie doch die Polizei angerufen, zumal bei der hohen Belohnung“.

### **Eine verhängnisvolle Affäre**

Ein Kollege vom Staatsschutz der Polizei hatte „Krokus“ dem Verfassungsschützer als Tippgeberin empfohlen. Oettinger war zunächst angetan, „gewitzt“ und „sympathisch“ sei ihm die Frau erschienen. Er übernahm sie als „Auskunftsperson“ und beförderte sie später zur „Informantin“, die im Unterschied zur „Auskunftsperson“ gezielt mit Aufträgen versehen wird. Um die Jahreswende 2010/2011 kam es indes zum Bruch:

„Krokus“ lernte Gronbach kennen, ging eine Verbindung mit ihm ein – und änderte sich nach vielfältigen Aussagen völlig. „Ich habe noch nie jemanden erlebt, der eine derartige Änderung seiner Persönlichkeit erlitt“, sagt Oettinger.

Der wahre Kern der Geschichte liegt wohl tatsächlich im Salon von Nelly R.. Sie präparierte damals für eine Kundin die Hochzeitsfrisur, die als Krankenschwester in der Klinik in Neresheim (Ostalbkreis) arbeitete. Dorthin war der mit einem Kopfschuss verwundete Polizist Arnold verlegt worden. Darüber wurde wohl kurz gesprochen, wie Nelly R. berichtete. Dass die Friseurin mit NPD-Größen wie Alexander Neidlein, heute NPD-Landeschef, und Matthias Brodbeck befreundet und selbst NPD-Mitglied war, beflügelte offenkundig Gronbachs Fantasie.

Nelly R. zeigte im Untersuchungsausschuss eine bemerkenswerte Mischung aus Weinerlichkeit und Aggressivität. Sie fühle sich bedroht, sagte sie – von Gronbach und anonymen Anrufern. Zugleich warf sie dem Ausschuss vor, Vernehmungsprotokolle der Öffentlichkeit zuzuspielen: „Wer ist die linke Bazille hier?“ Am Ende aber buchen die Abgeordneten die Gronbach-/Krokus'-Spur, die beim LKA unter der Nummer 5036 geführt wird, als Irrweg ab. „Den ganzen Komplex können wir auf Null stellen“, sagt Ulrich Goll (FDP).

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 27.04.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-spur-5036-verlaeuft-im-nichts.eecacec1-b5bb-4451-be59-2eb8e24d3bba.html>

## **Stuttgart/Hall**

### **NSU-Ausschuss wertet "Krokus" als unglaubwürdig – Friseurin will HT ausschließen**

*Die Haller Neonazi-Szene stand gestern im Fokus des NSU-Untersuchungsausschusses des Landtags. Es ging um Hinweise der ehemaligen V-Frau „Krokus“ und die Rolle von Nelly R. aus Wolpertshausen.*

Die Friseurmeisterin trägt grün gefärbte Haare. Ihr Gatte, der wie sie für die NPD kandidiert hatte, begleitet die gebürtige Kasachin in den Plenarsaal. Noch bevor Ausschussvorsitzender Wolfgang Drexler (SPD) die Wolpertshausenerin als Zeugin belehren kann, interveniert Nelly R. lautstark. Sie fordert den Ausschluss des Autors dieser Zeilen. Die Berichterstattung im Haller Tagblatt über ihre Bezüge zur NPD und dem Rauswurf ihrer Kinder aus der Waldorfschule seien „nicht tragbar“ und „unseriös“. Nach einer nichtöffentlichen Beratung schmettert das Gremium den Antrag ab. Der Ausschuss tagte generell öffentlich.

Grund für die Vorladung von R. sind Angaben der ehemaligen V-Frau „Krokus“. Sie war unter anderem auf Nelly R. angesetzt, die Kontakte zu Rechtsextremen im Osten und zum Chef des einstigen Haller Ku-

Klux-Klans pflegte. Zu ihren besten Freunden gehören hochrangige NPD-Funktionäre.

Kurz nach dem Polizistenmord 2007 will „Krokus“, die mittlerweile in Irland untergetaucht ist, erfahren haben, dass R. in ihrem Salon eine Krankenschwester über den Gesundheitszustand von Martin A. ausgefragt habe. Es handelt sich um den schwerverletzten Kollegen der getöteten Michèle Kiesewetter. Das will „Krokus“ unmittelbar dem Amt mitgeteilt haben, was ihr Quellenführer bestreitet.

Auch R. widerspricht. Sie habe „Krokus“ als Kundin kennengelernt. Sie sei eine „komische Person“ gewesen. Nachdem „Krokus“ ihren Lebensgefährten Alexander G. kennengelernt hat, sei das Verhältnis eskaliert. Denn dieser habe immer wieder Geld gefordert, weil das Paar etwas gegen R. in der Hand habe. „Das

war so krank und lächerlich. Wir sind nicht zur Polizei, weil wir dachten, dass die uns auslachen.“

Nach Auffliegen des NSU 2011 wandte sich G. mit dem Hinweis zur mutmaßlichen Ausspähaktion an BKA und LKA. Er nannte NPD-Funktionäre aus dem Haller Raum als Mittäter. Die Hinweise hätten keine Substanz, sagt nun Ermittler Jörg A.. Alexander G. sei Behörden als „notorischer und dubioser Hinweisgeber“ bekannt. Zudem sei er „unglaublich und aufschneiderisch“. Seine vermeintlichen Spuren seien ohne Insiderkenntnisse im Internet recherchierbar. Lediglich die Geschichte mit der Krankenschwester habe ein „Quäntchen Wahrheit“. Sie sei ihre Kundin gewesen, bestätigt R.. Beiläufig hätten sie über den schwerverletzten Polizisten gesprochen. Das sagt auch Lilli R. aus, die 2007 in der Klinik beschäftigt war. A. sei auf einer anderen Station gelegen, sie habe keinen Zugang zu seiner Krankenakte gehabt.

Das LKA hat Nelly R. direkt zum Mord befragt. Sie hatte damals gesagt, sie sei an jenem 25. April 2007 in Heilbronn gewesen. Vor dem Ausschuss erklärt R. gestern, das sei falsch. „Ich war schwanger und aufgeregt. Die Meisterschule war montags, der Mord an einem Mittwoch. Das habe ich verwechselt.“

Auf Fragen der Abgeordneten zu ihrer NPD-Zugehörigkeit reagiert R. lautstark. „Zeigen Sie mir

erst, auf welcher Rechtsgrundlage ich das sagen muss.“ Zudem kritisiert sie, dass Aktenvermerke über sie öffentlich geworden sind, vermutet ein Leck im Gremium. „Wer ist die linke Bazille hier?“ Die Parlamentarier lassen sich nicht provozieren.

#### **Matthias Präfrock: Vorwürfe haben sich in Luft aufgelöst**

Sie werten „Krokus“ und ihren Partner nach der Befragung von R. und dem Haller Verfassungsschutzbeamten Rainer O. als unglaubwürdig. Die „massiven Vorwürfe“ hätten sich „in Luft aufgelöst“, so Matthias Präfrock (CDU). Für Jürgen Filius (Grüne) war die Befragung dennoch notwendig. Die Anschuldigungen könne man „nicht im Raum stehen lassen“. Das meint auch Nikolaos Sakellariou (SPD). Die Thesen von G. und „Krokus“ seien haltlos. Immerhin hat die V-Frau 2012 bei einer LKA-Vernehmung selbst behauptet, die Hinweise über die Ausspähaktion seien „Bullshit“.

Für Nelly R. hat diese Geschichte politische Konsequenzen, wie sie am Ende mitteilt. Sie und ihr Mann seien kürzlich aus der NPD ausgetreten. Damit hätten sie den Ausschluss von zwei ihrer Kinder aus der Waldorfschule verhindern wollen – allerdings vergeblich.

Quelle: Thumilan Selvakumaran, Haller Tagblatt/Südwestpresse, 28.04.15,

URL: [http://www.swp.de/schwaebisch\\_hall/lokales/schwaebisch\\_hall/art1188139,3187744](http://www.swp.de/schwaebisch_hall/lokales/schwaebisch_hall/art1188139,3187744)

## Mai

### Stuttgart

#### **NSU-Aufklärung: Ausschuss widmet sich Ku-Klux-Klan**

Der NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag will sich im Juni und Juli mit dem rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan (KKK) befassen. Das Thema stehe in enger Verbindung mit der Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), sagte der Ausschusschef Wolfgang Drexler (SPD) am Dienstag in Stuttgart. Das Gremium will nach Drexlers Worten klären, wie die Strukturen beim KKK waren, wie viele Polizisten Mitglieder waren oder Interesse an einer Mitgliedschaft hatten und wie der Komplex von den baden-württembergischen Behörden aufgearbeitet wurde.

Bis jetzt ist nur bekannt, dass zwei Polizisten 2002 dem KKK in Schwäbisch Hall angehörten. Einer der

beiden war der Gruppenführer der 2007 in Heilbronn erschossenen Beamtin Michèle Kiesewetter. Nach Medienberichten hatten aber weitaus mehr Polizisten Interesse am KKK.

Die ersten Ausschusssitzungen zum Thema Ku-Klux-Klan seien für den 8. Und 12. Juni vorgesehen, sagte Drexler. Zuvor, am 22. Mai, will der Ausschuss zwei ehemalige Leiter der Sonderkommission Parkplatz, die im Fall Kiesewetter ermittelten, und einen federführenden Staatsanwalt befragen. So will der Ausschuss einen Überblick über die Ermittlungen bekommen. „Erst danach kann das Gremium gezielt einzelne Aspekte behandeln und die dafür relevanten Zeugen befragen.“

Der Ausschuss untersucht die Bezüge des NSU nach Baden-Württemberg und mögliches Behördenversagen im Südwesten. Den Rechtsterroristen werden  
*Quelle: dpa, Stuttgarter Zeitung, 06.05.15*

zehn Morde zugerechnet – an neun Migranten und an der Polizistin Kiesewetter.

## Stuttgart

### Rechtsverstöße von V-Mann „Corelli“ gedeckt

*Rechtsterror: Ein Bericht besagt: Der Verfassungsschutz hat Spuren zum NSU ignoriert.*

Ein halbes Jahr lang hat sich der frühere Bundestagsabgeordnete Jerzy Montag durch die Verfassungsschutzakten des V-Mann „Corelli“ gearbeitet. Jetzt hat der Grünen-Politiker einen 300 Seiten langen, als geheim eingestuftem Bericht vorgelegt. Sein Fazit: Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hat Gesetzesverstöße seines langjährigen Top-Spitzels gedeckt und Spuren ignoriert, die zur NSU-Terrorgruppe führen können.

Montag war im Oktober 2014 vom Parlamentarischen Kontrollgremium als Sonderermittler eingesetzt worden. Anlass war der Fund einer 2005 vom V-Mann „Corelli“ an das BfV übergebenen CD mit Fotos und Dokumenten, in deren Begleittext die Begriffe „Nationalsozialistischer Untergrund“ und „NSU“ auftauchen. Das BfV behauptet, die Bezeichnung NSU seinerzeit als nicht relevant eingestuft zu haben.

Die jetzt dem Sonderermittler vom BfV vorgelegten „Corelli-Akten“ widersprechen der offiziellen Darstellung des Bundesamtes offenbar nicht. Montag kommt in seinem Prüfbericht jedenfalls zu dem Ergebnis, dass eine Auswertung der CD mit der Aufschrift NSU durch den Geheimdienst „schlicht unterlassen worden“ sei. Ob das stimmt, lässt sich abschließend kaum beurteilen. Lagen dem Sonderermittler doch nur jene Akten vor, die ihm das Bundesamt zur Verfügung gestellt hatte. Ob die „Corelli“-Akten aber vollständig sind, ist fraglich – nach dem Auffliegen des NSU wurden im BfV viele Akten vernichtet.

*Quelle: für, Stuttgarter Zeitung, 22.05.15.*

In den ihm zugänglich gemachten Unterlagen stieß Montag aber auf einige bemerkenswerte Details. So duldete das BfV offenbar stillschweigend Rechtsverstöße seines Spitzels, etwa wenn „Corelli“ auf den von ihm betreuten Internetseiten Bilder mit Hakenkreuzen präsentierte. Interessant auch ein Fund während einer Hausdurchsuchung bei „Corelli“: die Kampfschrift „Der Weg vorwärts“, in dem Kampfzellen propagiert werden, die Anschläge auf Migranten ausüben sollen. Für seine 18 Jahre währende V-Mann-Tätigkeit bekam der 2012 abgeschaltete „Corelli“ insgesamt knapp 300 000 Euro Spitzellohn, inklusive Sonderprämien für von der Polizei beschlagnahmte Computer.

Einen Hinweis auf Kontakte von „Corelli“ zum NSU oder entsprechende Berichte von ihm fand Montag in den Akten nicht. Dafür aber eine auffällige Formulierung, mit der der Neonazi in Staatsdiensten 2006 einen Beitrag in einem Internetforum abschloss: „Heute ist nicht alle Tage...“, heißt es dort. Ein Zitat aus der Comic-Serie „Der rosarote Panther“, das auch der NSU in dem im gleichen Jahr produzierten Bekennervideo benutzt. Für Petra Pau, Obfrau im damaligen NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages, lässt der Bericht viele Fragen offen: „Wir haben immer gesagt, dass der Fall Corelli nur einer von zahlreichen Komplexen ist, die ein neuer NSU-Untersuchungsausschuss aufklären muss“, sagt die Linken-Politikerin, „daran hat sich mit dem Bericht nichts geändert – im Gegenteil.“

## Stuttgart

### Differenzen über ein Phantombild

*U-Ausschuss. Staatsanwalt und Ermittler bewerten nach dem Polizistenmord Zeugenangaben unterschiedlich.*

Der Anschlag auf die Polizisten Michèle Kiesewetter und Martin Arnold am 25. April 2007 gehört zu den zentralen Themen des NSU-Untersuchungsausschusses des Stuttgarter Landtags. Doch gerade bei diesem Verbrechen, das der Generalbundesstaatsanwalt den beiden Rechtsterroristen Uwe Mundlos und

Uwe Böhnhardt zur Last legt, sind sich die Abgeordneten nicht mehr so sicher, etwas Erhellendes beitragen zu können. Seit einem Besuch des Tatorts Anfang Mai erscheinen ihnen Spekulationen, in denen Mundlos und Böhnhardt nicht als Täter oder zumindest nicht als Alleintäter geschildert werden, weniger plausibel.

Als Ersatzermittler aber sind die Parlamentarier ohnehin nicht gefragt, das wissen sie, auch wenn manche detailversessene Frage etwa zum Auffindort von ausgedrückten respektive abgebrannten Zigarettenkippen mitunter das Gegenteil nahelegt. Aufgabe des Untersuchungsausschusses ist es vielmehr, die Arbeit der Behörden zu bewerten: Wurden alle Ermittlungsansätze ausgeschöpft? Gab es Denkblockaden oder sachfremde Einflüsse? Klappte die Zusammenarbeit zwischen den Behörden?

Letzteres wurde seit dem Auffliegen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) und dem Bekanntwerden der mutmaßlichen Urheberchaft am Heilbronner Polizistenmord immer wieder infrage gestellt. Bei diversen Anlässen soll es zwischen der Sonderkommission Parkplatz und dem federführenden Staatsanwalt Christoph Meyer-Manoras zu Konflikten gekommen sein. Das gilt vor allem für die Veröffentlichung von Phantombildern, die auf Zeugen zurückgehen, die von den Ermittlern als bedeutsamer eingestuft wurden als von der Staatsanwaltschaft. In dem Anfang von Innenminister Reinhold Gall (SPD) vorgestellten Bericht der Ermittlungsgruppe Umfeld heißt es: „Es lagen verschiedene Zeugenaussagen zu Personen mit Blutflecken an der Kleidung und zur Wahrnehmung von Schüssen vor. Hierauf angefertigte Phantombilder wurden von der Polizei als tatrelevant erachtet und eine Öffentlichkeitsfahndung angeregt, die vom zuständigen Staatsanwalt abgelehnt wurde.“ Von Martin Arnold, der einen Kopfschuss wie durch ein Wunder überlebte, stammt ein Phantombild, das die Ermittler veröffentlichen wollten, was der Staatsanwalt aber verhinderte. Arnold sagte nach seiner Genesung, er habe im Rückspiegel einen der Täter auf das Polizeiauto zugehen sehen.

Indes: Frank Huber, der erste Leiter der Sonderkommission Parkplatz, schildert am Freitag vor dem Untersuchungsausschuss die Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft als eng. Die Nichtveröffentlichung sei „in der Sonderkommission nicht strittig“ gewesen. Huber bekräftigt: „Ich kann das voll vertreten.“ Und was die Zeugen angeht, die blutverschmierte Personen im Umfeld des Tatorts gesehen haben, da winkt Huber resigniert ab: Die Hinweise hätten nicht zusammen gepasst. „In der Gesamtschau war alles nicht

schlüssig.“ Axel Mögelin, der dritte Leiter der Sonderkommission Parkplatz, kritisiert den Staatsanwalt nicht, stellt aber die unterschiedlichen Positionen der Ermittler da.

Das Opfer Martin Arnold habe sich immer besser an die Tat erinnert. Man habe die Situation nachgestellt, es sei durchaus möglich, dass Arnold im Rückspiegel eine Person beobachten konnte. Mit dem mit Arnolds Hilfe erstellten Phantombild habe man zunächst und intern gearbeitet, dann beim Staatsanwalt beantragt, das Phantombild zu veröffentlichen. Dem habe der Staatsanwalt nach Einholung eines psychiatrischen Gutachtens nicht zugestimmt. Auch der Polizist Arnold wollte keine Veröffentlichung. Er habe Angst, sagte er. Huber wie Mögelin strengen sich vor dem Untersuchungsausschuss sehr an, um zu zeigen, dass die Polizei wirklich alles getan habe, um die Tat aufzuklären – trotz des „Rückschlags“ durch die Fehlspur der „unbekannten weiblichen Person“ (uwP), die auf verschmutzte Wattestäbchen der Spurensicherung zurückging. Kritik fand in der Vergangenheit die Tatsache, dass ein E-Mail-Konto von Michèle Kiesewetter bei dem US-Provider Yahoo nicht überprüft worden war. Die Ermittler ließen dieses Konto außen vor, nachdem eine erste Anfrage mit der Antwort beschieden wurde, ohne formelles Rechtshilfeersuchen gehen gar nichts. Ex-Chef Huber rechtfertigt sich mit dem Hinweis, Kiesewetters Laptop sei gar nicht internetfähig gewesen. Außerdem sei niemand in Kiesewetters Umfeld das Mail-Konto bekannt gewesen.

Dem widerspricht der CDU-Abgeordnete Matthias Pröfrock unter Hinweis auf Freundinnen Kiesewetters. Huber sagt, „auf der Basis der damaligen Informationen würde ich heute wieder so entscheiden.“ Pröfrock fragt auch nach acht Nachrichten eines SMS-Servicecenters, die am Tattag auf Kiesewetters Handy aufliefen. Dies bleibt vorerst unbeantwortet.

Huber wie auch Mögelin beteuern: „Belastbare Hinweise auf einen rechtsextremistischen Hintergrund gab es vor dem 4. November 2011 nicht.“ Das war der Tag, an dem Böhnhardt und Mundlos nach einem Banküberfall tot im Wohnmobil in Eisenach aufgefunden wurden. Huber sagt, eine Verbindung zu den Ceska-Morden sei nicht zu erkennen gewesen.

*Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, Nr. 117, 23.05.15.*



## Juni

### Stuttgart

#### NSU-Ausschuss: Ku-Klux-Klan im Visier

*Mindestens zwei Polizisten waren Mitglieder beim Ku Klux Klan in Schwäbisch Hall. Einer davon war später der Vorgesetzte der 2007 ermordeten Beamtin Kiesewetter. Zufall? Der NSU-Ausschuss nimmt das nun unter die Lupe.*

Der Ku Klux Klan und seine Verbindungen zur baden-württembergischen Polizei stehen von Montag an im Mittelpunkt des NSU-Untersuchungsausschusses im Landtag. Das Gremium will unter anderem zwei Beamte befragen, die im Jahr 2002 Mitglieder in dem rassistischen Geheimbund in Schwäbisch Hall waren. Einer der beiden war später der Gruppenführer der 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter.

Die Bundesanwaltschaft schreibt den Mord dem rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zu. Der Ausschuss will klären, wie viele Polizisten Interesse an einer Mitgliedschaft beim KKK hatten, wie die Strukturen waren und wie die baden-württembergischen Behörden mit dem Thema umgingen.

#### Wie viele Polizisten waren wirklich im KKK?

Zuletzt hatten die „Stuttgarter Nachrichten“ berichtet, dass sich sogar zehn bis zwanzig Polizisten um die Aufnahme im Ku Klux Klan (KKK) bemüht haben sollen. Das Innenministerium hat aber für diese Behauptung bislang keine Belege gesehen. Die Zeitung bezog sich auf Achim S., den damaligen Chef des Geheimbundes. Seine Ehefrau soll am Montag im Ausschuss befragt werden. Achim S. selbst hält sich derzeit in den USA auf. Er sei zwar bereit, vor dem Gremium auszusagen, sagte Ausschusschef Wolfgang Drexler. Allerdings wolle S. derzeit die USA nicht verlassen – mit der Begründung, dass er sich gerade um eine Einbürgerung bemühe, sagte ein Landtagssprecher.

Die beiden Beamten kamen relativ glimpflich davon, als ihre KKK-Mitgliedschaft bekannt wurde – damals stellte noch die CDU den Innenminister. Der Jüngere der beiden – Kiesewetters Gruppenführer – bekam nach Angaben des Innenministeriums eine Zurechtweisung, was keine echte Disziplinarmaßnahme darstellt.

#### Keine Folgen für den aktiven Dienst

Bei dem älteren Beamten sei die Untersuchung so lange hinausgezögert worden, dass er für seine KKK-

Mitgliedschaft nur noch gerügt werden konnte, sagte ein Sprecher von Innenminister Reinhold Gall (SPD). Damit hatten die dubiosen Aktivitäten für beide keine Folgen für ihren aktiven Dienst.

Aber: Wie kommen baden-württembergische Beamte überhaupt auf die Idee, dem KKK beizutreten? Das will der Ausschuss nach den Worten des Vorsitzenden Drexler untersuchen. Ein Schwerpunkt wird dabei auch die Rolle des früheren V-Mannes („Vertrauensmannes“) für den Bundesverfassungsschutz namens „Corelli“ sein, der ebenfalls damals beim KKK war.

„Corelli“ hat im Fall der rechten Terrorzelle NSU insgesamt eine undurchsichtige Rolle gespielt. 2014 war „Corelli“, der zu diesem Zeitpunkt in einem Zeugen-schutzprogramm war, tot gefunden worden. Gutachter hatten als Todesursache einen Zuckerschok infolge einer unerkannten Diabetes-Krankheit festgestellt.

#### Insgesamt vier Sitzungen

Der KKK-Komplex wird den Untersuchungsausschuss nach Drexlers Worten in insgesamt vier Sitzungen beschäftigen. Danach will das Gremium den Schwerpunkt auf den Kiesewetter-Mord verlagern. Nebenbei beschäftigt sich der Ausschuss auch weiterhin mit dem Fall des toten ehemaligen Neonazis Florian H., der behauptet hatte, er kenne Kiesewetters Mörder.

Das Gremium wartet darauf, dass die Familie des Toten einen Camcorder und einen Laptop übergibt. Ihr Anwalt Yavuz Narin sagte der Deutschen Presse-Agentur, er werde der Familie vorschlagen, einen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Ausschuss zur Übergabe der Geräte zu schließen. Darin solle ausdrücklich festgehalten werden, dass die Familie über den weiteren Umgang mit den Geräten informiert wird. Ein Handy von Florian H. ist hingegen noch verschwunden.

Der Ausschuss untersucht die Bezüge des NSU nach Baden-Württemberg und mögliches Behördenversagen im Südwesten. Den Rechtsterroristen werden zehn Morde zugerechnet - an neun Migranten und an Kiesewetter.

Quelle: SIR/dpa, Stuttgarter Nachrichten, 03.06.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-ausschuss-ku-klux-klan-im-visier.538feb6-401d-461e-82b3-b6770d30d109.html>



## Thüringen/Stuttgart

### Feuerwehrmänner zweifeln Darstellung der Polizei an

*NSU-Untersuchung. Aussagen von Zeugen vor dem Thüringer Landtag legen die Manipulation von Spuren nahe.*

Nach dem Brand des Wohnmobils, in dem am 4. November 2011 die Leichen der mutmaßlichen NSU-Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt gefunden wurden, sind offenbar massiv Spuren manipuliert worden. Das legen die Aussagen von Feuerwehrleuten nahe, die am Donnerstag im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags befragt wurden. Außerdem wurde die Feuerwehr von der Polizei daran gehindert, das Fahrzeug vollständig zu löschen. Die Zeugen waren als Erste am Brandort und hatten einen Blick ins brennende Fahrzeug werfen können. Sie sind bisher nie von Ermittlern vernommen worden.

Als erste Zeugen traten drei Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Stregda auf. Stregda ist ein Eisenacher Ortsteil, in dem Mundlos und Böhnhardt sich am 4. November 2011 nach dem Überfall auf die Sparkasse mit ihrem Wohnmobil versteckt hatten. Die Feuerwehrleute gaben an, dass sie beim Eintreffen am Fahrzeug damit beauftragt wurden, die noch geschlossene Seitentür des brennenden Wohnmobils mit Wasser zu kühlen, damit sie geöffnet werden kann. Als die Tür offen war, hätten sie Beine und Füße einer Person gesehen, die ihrer Beschreibung nach auf dem Rücken lag. Auf den später von der Tatortgruppe der Polizei angefertigten Fotos aus dem Wageninneren ist hingegen die Leiche Böhnhardts zu sehen, die auf dem Bauch im Gang des Fahrzeugs lag. Auch ist die Lage des Körpers auf dem Boden so, dass die Feuerwehrleute von außerhalb des Wohnmobils Füße und Unterschenkel des Toten nicht hätten sehen können.

Eine später von der Polizei angefertigte Tatortskizze, auf der die Lage der beiden Leichen im Wohnmobil eingezeichnet wurde, konnten die Zeugen vor dem Ausschuss auch nicht bestätigen. „Wenn die Leiche im Gang so dagelegen hätte, hätten wir ihre Füße und Unterschenkel gar nicht sehen können“, sagte ein Feuerwehrmann.

Als ungewöhnlich bezeichneten es die Zeugen auch, dass die Polizei ihnen das Löschen des Feuers und

die Bergung der dort liegenden Personen unmittelbar nach dem Öffnen der Tür strikt untersagt hatte. Normalerweise gehe Menschenrettung in solchen Situationen vor, sagte ein Zeuge. Man habe nicht wissen können, ob die Person, deren Beine man sehen konnte, nicht noch am Leben sei. „Aber ein Polizeibeamter sagte uns, als die Tür geöffnet wurde, wir dürften nicht weiter löschen, um keine Spuren zu verwischen“, sagte der Zeuge. Er habe den Eindruck gehabt, dass die Polizei schon gewusst habe, dass die Personen im Fahrzeug tot seien.

Ein anderer Feuerwehrmann sagte aus, ihm sei die ungewöhnlich hohe Zahl von Zivilbeamten aufgefallen, die sich am Brandort befunden haben. Sie seien mit ihrem Fahrzeug etwa eine Viertelstunde nach der Alarmierung eingetroffen. Zu dem Zeitpunkt hätten sich dort zwei uniformierte Streifenpolizisten und „zwischen fünf und zehn Zivilbeamte“ befunden. Auch der Chef des Einsatzleitdienstes der Eisenacher Berufsfeuerwehr bestätigte, dass die Polizei frühzeitig das Kommando am Brandort übernommen habe. Den Feuerwehrleuten sei ein Betreten des Wohnmobils strikt untersagt worden. Selbst eine Nachkontrolle, mit der üblicherweise nach möglichen Glutnestern im Inneren des Wohnmobils gesucht wird, sei vom Einsatzleiter der Polizei untersagt worden. Als das Wohnmobil abtransportiert wurde, sei deshalb extra eine Feuerwehr mitgefahren, um bei einem möglichen Aufflammen des Brandes sofort eingreifen zu können.

Der Einsatzdienstleiter bestätigte, dass die Polizei die Speicherkarte der Kamera beschlagnahmt hatte, mit der die Feuerwehr ihren Einsatz dokumentierte. Auf der Speicherkarte hätten sich auch Aufnahmen aus dem Inneren des Wohnmobils befunden. Erst viel später habe die Polizei diese Speicherkarte zurückgegeben. „Sie war allerdings leer, die darauf befindlichen Aufnahmen sind gelöscht worden“, sagte der Beamte aus. Bis heute ist nicht bekannt, wo diese Aufnahmen verblieben sind.

*Quelle: Andreas Förster, Stuttgarter Zeitung, 05.06.15*

## Stuttgart

### NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags:

#### Blutschwur in weißer Kutte

*Was treibt einen Polizisten zum Ku-Klux-Klan? Er sagt: Interessante Vorträge über das Christentum. Bleibt die Frage, ob ihm die Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags in Stuttgart das abnehmen werden.*

Die Kutten kamen aus den USA, um die 50 Euro sollen sie gekostet haben, und der Titel, mit dem sich Steffen B. beim Ku-Klux-Klan (KKK) seinerzeit schmückte, war ebenfalls dem großen Vorbild jenseits des Atlantiks abgeschaut: Grand Knighthawk. Damit füllte der heute 39-Jährige aus Schwäbisch Hall die Funktion des KKK-Sicherheitsbeauftragten aus. Er sollte darauf achten, dass die Kuttentruppe nicht gestört wurde, wenn sie sich mal wieder in Burgverliesen oder auch nur im Keller von Achim Schmid trafen, dem Anführer des European White Knights of the Ku-Klux-Klan (EWK KKK). Knapp 20 Personen werden der Rassistentengruppierung zugerechnet.

Achim Schmid hat sich inzwischen von seiner rechtsradikalen Vergangenheit zumindest nach außen hin distanziert. Er lebt in den Vereinigten Staaten, strebt die US-Staatsbürgerschaft an und kann deshalb nach eigenen Angaben das Land derzeit nicht verlassen. Die Vernehmung durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags soll deshalb demnächst per Videoschaltung bewerkstelligt werden. Statt seiner tritt Steffen B. am Montag vor den Ausschuss. Die Hände ineinander gelegt, den Blick zur Decke gerichtet, maulfaul. So sitzt er vor den Abgeordneten, eine schwere, zottelbärtige Gestalt. „Man war halt jung“, sagt er zu seinem Treiben bei den Kapuzenträgern und später bei der NPD. „Man“ habe sich aber nicht groß was zu Schulden kommen lassen. Mit den Leuten vom Ku-Klux-Klan verhielt es sich laut Steffen B. so: Wenn es „menschlich gepasst“ hat, dann war man willkommen.

#### **Absichtsvolles Verschweigen**

Im Plenarsaal liegt an diesem Tag der Dunst der Lüge – oder jedenfalls des absichtsvollen Verschweigens. Alles ist ja schon so lange her, puh. Da fällt das Erinnern schwer. Aber weshalb Mitglied werden ausge-

rechnet beim Ku-Klux-Klan? Schwere Frage, findet der Polizeihauptmeister Jörg W., der 2001/2002 Klanmitglied war. Er war über einen Kollegen an die Truppe geraten. Dessen Bruder war eben Steffen B., der Knighthawk. Auch der Polizist Jörg W. lässt in Körperhaltung und mangelnder Aussagebereitschaft erkennen, dass er sich durch die Abgeordneten eher belästigt fühlt. Er habe überhaupt „keine Motivation“ zu dem Auftritt vor dem Ausschuss, sagt er patzig. „Ich bin schon so oft befragt worden.“ Zu seiner Mitgliedschaft bei den Kapuzenträgern weiß er im Kern nur beizutragen, dass sie blöd war.

Was aber außer einer rassistischen Einstellung treibt einen Menschen zum Klan? Nun ja, windet sich der Polizist Jörg W. vor dem Ausschuss, der Klanchef Achim Schmid habe sehr interessante Vorträge über das Christentum gehalten. Das Aufnahmeitual allerdings sei schon etwas merkwürdig gewesen: mit verbundenen Augen in die Runde der Kuttenträger geführt zu werden und einen Blutschwur zu leisten, der aus einem Fingerabdruck mit dem eigenen Blut bestand. Der Grünen-Abgeordnete Jürgen Filius hält dem Polizisten ein Flugblatt vor, das KKK-Chef Achim Schmid verfasst haben soll. Es zeigt einen dunkelhäutigen Mann und eine weiße Frau. „Rassenvermischung? Nein danke“, steht darauf. Der Polizist bestätigt, das Plakat zu kennen. In welcher Weise das Flugblatt mit dem Christentum zu vereinbaren sein soll oder mit dem Artikel drei des Grundgesetzes, der eine Benachteiligung wegen der Hautfarbe verbietet, das weiß er nicht zu sagen. Neben Jörg W. war auch dessen Kollege Timo H. beim Ku-Klux-Klan. Timo H. war Bereitschaftspolizist in Böblingen wie auch die in Heilbronn ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter.

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Nachrichten 08.06.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-des-landtags-blutschwur-in-weisser-kutte.504df370-6d1e-4038-8df4-64691fefb42f.html>

## **Stuttgart**

### **Befragung zum Ku Klux Klan**

*Zwei Polizisten aus dem Südwesten stehen vor dem NSU-Ausschuss Rede und Antwort*

Der Untersuchungsausschuss des Landtags zu den Umtrieben des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) durchleuchtet die Verbindungen von baden-württembergischen Polizisten zum rassistischen Ku Klux Klan (KKK). Das Gremium will an diesem Montag zwei Beamte befragen, die 2002 de, Geheimbund in Schwäbisch Hall angehörten. Einer der beiden war später der Gruppenführer der 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter.

Die Bundesanwaltschaft schreibt den Mord an Kiesewetter dem rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ zu. Der Ausschuss will klären, wie viele Polizisten Interesse an einer Mitgliedschaft beim KKK hatten, wie die Strukturen waren und ob der Ku Klux Klan etwas mit der Terrorzelle NSU zu tun hatte. Die baden-württembergischen Sicherheitsbehörden sehen bislang keine direkten Verbindungen zwischen den Gruppen und auch keine Belege für die Behauptung.

tung, dass der KKK-Gründer Achim S. eine Kontaktperson des NSU-Trios sei.

Der Ku Klux Klan wurde 1865 in den Südstaaten der USA gegründet. Er gilt als rassistische Bewegung mit starken antisemitischen Zügen. Die Gruppe „European White Knights oft he Ku Klux Klan – Realm of Germany“ entstand im Jahr 2000 in Baden-Württemberg. Die Sektion bestand nach Angaben der Sicherheitsbehörden aus etwa 20 Mitgliedern aus acht Bundesländern. Ende 2002 soll sich die Gruppe nach und nach aufgelöst haben.

Die beiden Polizisten aus Baden-Württemberg, die zeitweise Mitglieder in der Sektion waren, kamen ohne

Disziplinarmaßnahmen davon. Kiesewetters späterer Gruppenführer wurde zurechtgewiesen. Bei seinem Kollegen konnte die Mitgliedschaft nur noch gerügt werden, da eine Frist abgelaufen war.

Dubios bleibt aber die Rolle eines früheren V-Mannes für den Bundesverfassungsschutz namens „Corelli“, der zeitweise Mitglied beim KKK war und eine undurchsichtige Rolle im Fall der Terrorzelle NSU gespielt hat. 2014 wurde „Corelli“, der zu diesem Zeitpunkt in einem Zeugenschutzprogramm war, tot aufgefunden. Nach Angaben von Gutachtern starb er an den Folgen einer unerkannten Diabetes.

*Quelle: dpa, Stuttgarter Nachrichten, 08.06.15.*

## Stuttgart

### **Ku-Klux-Klan und Kiesewetter-Mord: Ermittler sehen keinen Zusammenhang**

*Im NSU-Prozess gibt es laut den Ermittlern keinen Zusammenhang zwischen dem Ku-Klux-Klan und dem Mord an Michèle Kiesewetter.*

Der Polizist Jörg W. erscheint mit seinem Anwalt im NSU-Untersuchungsausschuss. Das hat seinen Grund: Der heute 45 Jahre alte Beamte war um die Jahreswende 2001/2002 Mitglied bei einer Sektion des rassistischen Ku-Klux-Klans (KKK) in Schwäbisch Hall. Vor dem Gremium im Stuttgarter Landtag versucht der Polizist am Montag aber, seine Nähe zum dubiosen Geheimbund herunterzuspielen. Über seine „Blödheit“ mache er sich heute selber Gedanken. Und der KKK sei für ihn nur ein „Kasperleshaufen von acht Leuten“ gewesen.

Vor rund drei Jahren war der Skandal aber groß: Damals wurde bekannt, dass mindestens zwei baden-württembergische Polizisten dem KKK angehörten – und einer von ihnen war später der Vorgesetzte der Polizistin Michèle Kiesewetter, die 2007 mutmaßlich vom rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) in Heilbronn ermordet wurde. Seitdem wird darüber gerätselt, ob der KKK etwas mit Kiesewetters Mord zu tun gehabt haben könnte. Die Ermittler in Baden-Württemberg sehen keinen Zusammenhang – der NSU-Ausschuss will dem aber noch einmal genauer nachgehen.

#### **Jörg W. tut sich schwer mit Erklärungen**

Am Montag treibt die Abgeordneten vor allem die Frage um, warum Polizisten sich in einem Bund engagieren, der bekannterweise rassistisch ist. Jörg W. tut sich schwer mit Erklärungen. Er nennt das Mystische als Grund, die Bibelauslegungen – und die Möglichkeit, Frauen kennenzulernen. Das nehmen ihm die Abge-

ordneten nicht ab. Schließlich gab es im KKK Schwäbisch Hall nur zwei Frauen. Das mit den christlichen Werten habe sich interessant angehört, versucht Jörg W. zu erklären. Auf die Frage, welche Berührungen er denn mit dem Christentum habe, sagt er aber: „Davor keine und danach keine mehr.“

Will der Polizist mit alledem nur von einer rassistischen Einstellung ablenken? Die Abgeordneten halten ihm Zeugenaussagen vor, in denen es heißt, Jörg W. habe fremdenfeindliche Tendenzen und ein Problem mit dunkelhäutigen Menschen. Ein Abgeordneter schwenkt ein Flugblatt, das KKK-Chef Achim S. verfasst haben soll. Es zeigt einen schwarzen Mann und eine weiße Frau. „Rassenvermischung? Nein danke“, steht darauf - und die Aufforderung „Sei ein Mann und komm' zum Klan“. Jörg W. gibt zu, das Blatt zu kennen – selber rechtsradikales und fremdenfeindliches Gedankengut zu vertreten, bestreitet er aber. Jörg W. absolvierte ein Aufnahmeitual im KKK – an einer Burg im Norden Baden-Württembergs. Die Mitglieder tragen dabei Kutten, die aus den USA stammten. Das Neumitglied wird mit verbundenen Augen hineingeführt, erklärt, die Ziele des KKK vertreten zu wollen. Es wird aus der Bibel zitiert – das Neumitglied ritzt sich in den Finger und bezeugt die Mitgliedschaft mit dem blutigen Fingerabdruck. Warum der Klan überhaupt Polizisten aufnahm, obwohl die Beamten ja auch ein Sicherheitsrisiko hätten sein können, bleibt am Montag unklar.

### **Keine Disziplinarmaßnahmen für Beamte**

Vor dem Ausschuss gibt Jörg W. an, er sei nur wenige Wochen Mitglied im KKK gewesen – von Ende 2001 bis Anfang 2002. Der frühere Klanchef Achim S. behauptet, die Mitgliedschaft habe viel länger gedauert. Insgesamt hätten sich 10 bis 20 Polizisten für den Geheimbund interessiert – eine Behauptung, die am Montag kein Zeuge im Untersuchungsausschuss zu untermauern vermag. Allerdings legt die Befragung eines Polizisten aus der Ermittlungsgruppe Umfeld, die die Bezüge des NSU nach Baden-Württemberg durchleuchtet hat, den Verdacht nahe, dass man diesem Hinweis auch nicht besonders intensiv nachging.

Rätselhaft ist bislang auch, warum die zwei Beamten, die KKK-Mitglieder waren, relativ glimpflich davonkamen. Nach Angaben des Innenministeriums bekamen sie damals – da hatte noch die CDU die Ressortführung inne – keine Disziplinarmaßnahmen.

Der KKK in Schwäbisch Hall löste sich nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden Ende 2002 auf. Klanchef Achim S. soll bereits davor mit der Verbandskasse durchgebrannt sein. Er hält sich heute in den USA auf und will sich einbürgern lassen. Ob er sich dort auch beim Ku-Klux-Klan engagiert, ist bislang nicht bekannt.

Quelle: SIR/dpa, Stuttgarter Zeitung, 08.06.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.ku-klux-klan-und-kiesewetter-mord-ermittler-sehen-keinen-zusammenhang.e350357d-69b2-4324-bcdd-9d651ad99ba3.html>

## **Stuttgart**

### **NSU-Ausschuss zu Ku-Klux-Klan-Polizisten: Das Ministerium blieb viel zu lange untätig**

*Zwei Polizisten beim Ku-Klux-Klan: Für die Polizeiführung im Landesinnenministerium war das noch kein Grund für zupackendes Handeln. Am Freitag beschrieb der Ex-Landespolizeipräsident seine zähe Aufklärungsarbeit.*

Was soll man dazu noch sagen? Wolf Hammann weiß es auch nicht. Dabei fehlt es dem Ministerialdirektor des Integrationsministeriums und früheren Landespolizeipräsidenten wahrlich nicht an Beredsamkeit. Wenn Hammann einmal redet, dann hält ihn so schnell niemand mehr auf. Auch nicht im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags, der sich am Freitag mit den Aktivitäten von mindestens zwei Polizisten beim Ku-Klux-Klan beschäftigt.

Mit schwäbischen Timbre preist der 60-Jährige die baden-württembergische Polizei: eine „Bürgerpolizei“ hat er vor Augen, einen Hort „gefestigter Persönlichkeiten“, bestens geschult und keinesfalls durchsetzt von einem „institutionellen Rassismus“ – eine Bundestagsabgeordnete hatte das böse Wort bei ihrem Auftritt vor dem Ausschuss aufgebracht. Aber natürlich, das räumt Hammann ein, gibt es auch bei dieser tollen Polizei schwarze Schafe.

So wie Jörg W. und Timo H., die in den Jahren 2001/2002 beim Ku-Klux-Klan (KKK) in Schwäbisch Hall mitmachten. Der Punkt, bei dem dann aber auch einem Hammann die Worte nicht mehr so flott von den Lippen flutschen, kreist um die disziplinarische Aufarbeitung dieses Sachverhalts durch die Polizeiführung. Die verlief nämlich in einer Weise, die skandalös zu nennen ist. „Können Sie sich das erklären“, fragt der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler nach. Jörg Hammann antwortet mit nur noch einem Wort: „Nein.“

### **Verblasste Erinnerung, kaum Schriftliches**

Hammann war von 2009 bis 2013 Landespolizeipräsident und von Innenminister Reinhold Gall (SPD) beauftragt, das offenkundige Desinteresse der Polizeiführung an dem Umstand, dass Beamten Mitglied bei einem Rassenklub waren, wenigstens im Nachhinein zu erhellen. Das Ergebnis macht ratlos. Hammann schildert die Mühen seiner Aufklärungsarbeit. Schriftliches gab es kaum mehr, die Akten zu den Disziplinarverfahren waren bereits gelöscht, die Beteiligten bis hinauf zur Polizeiführung im Landespolizeipräsidium konnten sich kaum mehr oder gar nicht erinnern. Klar ist nur, dass die beiden Beamten billig davonkamen. Beiden blieb eine echte Disziplinarstrafe erspart. „Ich habe mich auch sehr gewundert“, sagt Wolf Hammann.

Timo H. erhielt eine „Zurechtweisung“, obwohl er noch Polizeianwärter war und aus dem Dienst hätte entfernt werden können. Hammann berichtet vor dem Untersuchungsausschuss, man habe den Ausflug von Timo H. in die Welt der Kuttenträger und brennenden Kreuze als „jugendlichem Ausdruck mangelnder Reife“ bewertet und nicht als „Ausdruck einer Gesinnung“. Das Verfahren gegen Jörg W. wurde wegen Verfristung eingestellt, der Polizist kam mit einer Rüge davon, obwohl es laut Hammann bei ihm bereits einen Vorfall mit körperlichem Übergriff in einer Gaststätte gegeben habe. Das Innenministerium aber blieb also lange untätig, bis die Sache im Fall von Jörg W. quasi verjährt war. Die Chronologie gestaltet sich so: Am 31. Mai

2002 informierte Helmut Rannacher, seinerzeit Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz, das Innenministerium über das Treiben der beiden Polizisten beim Klan. Allerdings bat er die Polizei zunächst um Zurückhaltung, weil sein Amt noch operativ tätig sei.

Die Verfassungsschützer nannten damals drei weitere Klan-Interessenten in den Reihen der Polizei, gegen welche die Vorwürfe aber nicht belegbar seien. Für den 1. Juli 2002 ist noch ein vertraulicher Vermerk des Landespolizeipräsidiums verbürgt, mit dem die Spitze des Innenministeriums (Minister war damals Thomas Schäuble, CDU) informiert wurde.

### **15 Monate lang passierte gar nichts**

Im September 2002 teilte der Verfassungsschutz der Polizei mit, sie könne nun die Klan-Polizisten ansprechen und ihnen direkt auf den Zahn fühlen. Doch es geschah nichts. 15 Monate lang. „Da ist in der Tat nichts passiert“, räumt Hammann auf Vorhalt des Aus-

schussvorsitzenden Drexler ein. Am 22. Dezember 2003 hakte der Verfassungsschutz bei der Polizei nach. Auf dem Computer des Klan-Chefs Achim S. seien Fotos gefunden worden, welche die Polizisten mit Fahnen und KKK-Zeichen im Hintergrund zeigten. Im Januar 2004 forderte das Landespolizeipräsidium den ersten Bericht der Verfassungsschützer aus dem Jahr 2002 nochmals an, weil er im eigenen Haus nicht mehr auffindbar sei. Und erst 2004 wurden die beiden Polizisten dann mit den Vorwürfen konfrontiert. 2005 erfolgte dann die „schwache disziplinarische Ahndung“ (Hammann).

Aber mit den Disziplinarverfahren ist es laut Hammann ohnehin so eine Sache. Eine echte Ahndung sei nach der Rechtsprechung der Obergerichte nur möglich, wenn das Vergehen eines Beamten strafrechtlich relevant sei. Dies gelte nicht für die Mitgliedschaft beim Ku-Klux-Klan.

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 12.06.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-ausschuss-zu-ku-klux-klan-polizisten-das-ministerium-blieb-viel-zu-lange-untaetig.8f4346ff-67d7-46ad-b256-9791a6e29498.html>

## **Stuttgart**

### **Ex-Landespolizeipräsident: Kein struktureller Rassismus**

*Der ehemalige Polizeipräsident Wolf Hammann hat vor dem NSU-Untersuchungsausschuss dem Bild einer rassistisch geprägten Polizei widersprochen. „Ich habe die feste Überzeugung und Hoffnung, dass es in der Polizei keinen strukturellen Rassismus gibt – das wäre furchtbar“, sagte der derzeitige Amtsleiter im Integrationsministerium am Freitag in Stuttgart.*

Er sei allerdings überrascht gewesen, dass ihm bei einer Umfrage nach Bekanntwerden der Mitgliedschaft zweier Beamter im rassistischen Geheimbund Ku Klux Klan insgesamt 25 rechtsextreme Vorkommnisse gemeldet worden seien. Die SPD-Obfrau im ehemaligen Untersuchungsausschuss des Bundestages, Eva Högl, hatte von einem strukturellen Rechtsextremismus in der Polizei gesprochen.

Im Gremium geht es um Verbindungen zwischen der Polizei und dem rassistischen Geheimbund. Im Jahr 2002 waren zwei Polizisten Mitglieder in der Organisa-

tion in Schwäbisch Hall. Einer der beiden war später der Gruppenführer der 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter. Die Bundesanwaltschaft schreibt den Mord dem rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zu.

Der Ausschuss untersucht die Bezüge des NSU nach Baden-Württemberg und mögliches Behördenversagen im Südwesten. Den Rechtsterroristen werden zehn Morde zugerechnet – an neun Migranten und an Kiesewetter.

Quelle: dpa, Südwest Presse, 12.06.15, URL: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/suedwestumschau/Ex-Landespolizeipraesident-nbsp-Kein-struktureller-Rassismus:art1157835,3261694>



## Juli

### Stuttgart

## Ku-Klux-Klan und Verfassungsschutz: Falsche Aussagen für die Polizei

*Um ihren V-Mann im KKK abzuschalten, brauchten die Geheimen 19 Monate. Dann tauchten sie ab: „Keine Erkenntnisse zum KKK im Raum Schwäbisch Hall.“*

Observationen, Telefonüberwachung, Internetauswertung – „alle nachrichtendienstlichen Mittel“ hätten Baden-Württembergs Verfassungsschützer zum Jahrtausendwechsel eingesetzt, erzählte Bettina Neumann den Abgeordneten des Untersuchungsausschusses in Berlin. Die Oberregierungsrätin leitete von 1993 bis 2011 das Referat Rechtsextremismus/Auswertung des Nachrichtendienstes. Der war, erzählte die Geheime den Bundestagsrechercheuren, „damals schon ziemlich beunruhigt“.

Aus gutem Grund: 1998 habe ihr Dienst im Internet erste Hinweise gefunden, dass sich im Südwesten ein Ku-Klux-Klan (KKK) gebildet habe. Im Frühjahr 1999 alarmierte die Schwäbisch Haller Polizei den Verfassungsschutz: Ein Rechtsextremist fühlte sich von Kapuzenmännern bedroht – und nannte Namen der Maskierten. Auch den von Achim Schmid, der seit 1994 als V-Mann den baden-württembergischen Verfassungsschützern aus der rechten Szene berichtete.

Nach der Polizeimeldung aus dem Kochertal schrillten die Alarmglocken bei den Agenten in Stuttgart: „Man weiß ja, was sich dahinter verbirgt, was das ist, diese extreme antisemitische, rassistische Einstellung“, berichtete Referatsleiterin Neumann den Politikern am 18. April 2013 in Berlin. Sie versicherte: „Wir haben natürlich versucht, das Ganze weiterhin aufzuklären.“

Mit fragwürdigem Erfolg: Ausgerechnet Schmid, der Spitzel der Nachrichtendienstler, gründete offiziell am 1. Oktober 2000 seinen eigenen Ku-Klux-Klan in Schwäbisch Hall. Mit anderen Worten: Der von Neumann geschilderte Einsatz aller „nachrichtendienstlichen Mittel“ hatte mehr als anderthalb Jahre keine Gewissheit über das Treiben der als „nachrichtentenehrlich, aber unzuverlässig“ eingestuften Vertrauensperson gebracht.

Der damalige LfV-Präsident, Helmut Rannacher, berichtete den NSU-Untersuchern des Bundestages gar, seine Behörde habe „eigentlich“ während der Existenz von Schmidts Rassistentruppe bis zum Herbst 2002 „von keiner Seite Hinweise erhalten, dass es zu Straf-

taten oder gar Gewalttaten von dieser Gruppierung her gekommen ist“. Die Anzeige des sich bedroht fühlenden Rechtsextremisten verschwieg Rannacher .

Stattdessen erweckte er bei den Politikern den Eindruck, sein Amt habe entschlossen gehandelt, wenn es um die Kapuzenmänner ging: Als die Gründung der KKK-Sektion Schmidts bekannt wurde, so beteuerte der Pensionär, sei „wenige Tage später die Abschaltung“ des V-Mannes erfolgt – 19 Monate nach dem ersten Hinweis auf Schmidts KKK-Zugehörigkeit durch die Polizei.

### Schmid gab damals in den Neonazis-Bands Höllenhunde und Celtic Moon den Frontmann

Nicht der einzige Fingerzeig: Am 7. September 2000 sendeten LKAler eine weitere Andeutung auf eine Klan-Gruppe an den Verfassungsschutz. Die Mitteilung enthielt fünf Namen, darunter auch wieder den Schmidts.

Umso verwunderlicher ist der Entwurf einer E-Mail des Verfassungsschutzes vom 14. November 2001, den Referatsleiterin Neumann unterschrieb. Dem Verfassungsschutz „liegen derzeit keine Erkenntnisse zu Ku-Klux-Klan-Aktivitäten im Raum Schwäbisch Hall vor“, informierte die Geheimdienstlerin das Landeskriminalamt.

Deren Ermittler fragten am 18. Oktober 2001 an, was die Verfassungsschützer zu „vereinzelte aufgetauchten Hinweisen zu KKK-Aktivitäten im Raum Schwäbisch Hall“ wüssten? Dabei beschrieben sie nebenbei recht treffend den inzwischen abgeschalteten Spitzel Schmid: „Einer der Führer soll in einer Band spielen, die auch bei Veranstaltungen der rechten Szene mitmacht.“ Schmid gab damals in den Neonazis-Bands Höllenhunde und Celtic Moon den Frontmann. In einem Detail hatte ein Informant den anfragenden Polizisten Falsches berichtet: Schmidts Bands hatten ihren Sitz nicht in Nürnberg, sondern in Schwäbisch Hall. Clemens Binninger, Böblingens CDU-Mann im Bundestag, vertrat oft die These, der Verfassungsschutz

habe mit dem KKK einen Honigtopf aufgestellt, an dem sich Rechtsextreme sammeln sollten. Es stellt sich

zumindest die Frage, warum die Geheimen die Polizei nicht wahrheitsgemäß und umfassend informierten.

Quelle: Franz Feyder, *Stuttgarter Nachrichten*, 01.07.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.ku-klux-klan-und-verfassungsschutz-falsche-aussagen-fuer-die-polizei.254929d7-88c3-4f74-b423-e5548769a9c6.html>

## Stuttgart

### NSU-Untersuchungsausschuss: Streit um die Akten

*Abgeordnete beklagen, dass das Innenressort bei der Herausgabe von Akten zu restriktiv verfare. Viele Passagen seien geschwärzt. Das erschwere die Aufklärungsarbeit. Und schon naht die Landtagswahl.*

Es bleibt nicht mehr viel Zeit für den NSU-Untersuchungsausschuss. Bis Weihnachten soll die Beweisaufnahme abgeschlossen sein, dann muss der Abschlussbericht geschrieben werden, ehe die Landespolitik vollends in der Wahlschlacht versinkt – im März 2016 wird ein neuer Landtag gewählt. Den Mitgliedern im Ausschuss zum Rechtsterrorismus ist es deshalb wichtig, die Tausende von Aktenstücken effizient bearbeiten zu können.

Doch inzwischen mehren sich die Klagen der Abgeordneten, genau dies sei nicht möglich. Die Dokumente lägen nur in Papierform, nicht elektronisch vor, zahlreiche Textstellen seien geschwärzt, über die Herausgabe einzelner Akten müsse mühevoll gefeilscht werden. Er habe den Eindruck, sagt der CDU-Obmann Matthias Pröfrock, dass „die richtige Balance zwischen Transparenz und Geheimhaltung nicht gewahrt“ werde.

Anders als etwa die NSU-Ausschüsse in Nordrhein-Westfalen und Thüringen stehen den Abgeordneten in Stuttgart die Akten nicht benutzerfreundlich in Bits und Bytes zur Verfügung. In Erfurt hingegen, so berichtet die Ausschussvorsitzende Dorothea Marx (SPD), „haben wir alle 7000 Aktenstücke in elektronischer Form bekommen“. Es sei möglich, mit Suchbegriffen zu arbeiten, das Ausschusssekretariat erstelle Inhaltsverzeichnisse. Ein großer Aufwand, zweifellos. „Aber man muss wissen, was einem die Aufklärung wert ist.“ In Nordrhein-Westfalen erhält der NSU-Ausschuss das Material sogar in doppelter Ausführung, in Papier – wie auch in elektronischer Form.

#### Mit Papier und Bleistift nicht zu bewältigen

Jürgen Filius, der Grünen-Obmann im Stuttgarter Untersuchungsausschuss, hält ein solches Verfahren für angezeigt: „Wenn wir in dieser Legislatur fertig werden möchten, müssen wir die verbleibende Zeit effizient nutzen“, sagt er. „Die Aktenberge werden wir nicht mit Papier und Bleistift bewältigen.“ An diesem Montag will der Ausschuss darüber befinden, ob er beim Innenministerium die Akten in elektronischer Form anfordert. Das Ressort von Minister Reinhold Gall (SPD) verweist

indes auf den Aufwand, den das Einscannen der Unterlagen erfordere. Und man befürchtet, dass die Akten „Füße bekämen“, wenn sie mit einem Mausklick weitergeleitet werden könnten. Eine Sorge, der sich auch der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) nicht verschließt.

Dessen Thüringer Kollegin Dorothea Marx hält dagegen: Auch elektronische Akten ließen sich so markieren, dass bei einer Weitergabe ersichtlich sei, wer der Missetäter sei. Die Abgeordneten unter den „Generalverdacht“ der Durchstecherei zu stellen, hält sie für „eine Ungeheuerlichkeit“. In Nordrhein-Westfalen gibt es für Dokumente, die als geheim eingestuft sind, einen Leseraum mit Computern. In Thüringen unterliegen ohnehin nur wenige Akten einer strengen Geheimhaltung. „Was nützen uns geheime Dokumente, die wir geheim beraten und dann in einen Abschlussbericht schreiben, der ebenfalls geheim ist“, sagt Dorothea Marx.

#### Viele Namen sind geschwärzt

In Stuttgart klassifizierte das Innenministerium, so der Vorhalt der Kritiker, die Akten flächendeckend als Verschlussache, als vertraulich oder gar als geheim – sogar Protokolle des Bundestags-Untersuchungsausschusses, die öffentlich ohne Weiteres zugänglich sind. Die Sachwalter des Innenressorts im Ausschuss erklären sich demnach zwar bereit, im Einzelfall Aktenstücke herabzustufen, um die in ihnen thematisierten Sachverhalte etwa bei Zeugenvernehmungen abfragen zu können.

Doch dies, sagen die Kritiker, sei stets mit Diskussionen verbunden – und die Zeit verstreiche. „Bis das im Einzelfall geklärt ist, gehen wieder drei Wochen ins Land“, stöhnt der CDU-Abgeordnete Pröfrock. Der Mailverkehr der Behörden werde regelmäßig als Verschlussache eingestuft, so dass die Abgeordneten damit nicht öffentlich arbeiten könnten, moniert er. „Das hat Methode.“ Auch würden Namen von Personen geschwärzt, die in der Öffentlichkeit schon längst bekannt oder gar, wie der frühere Ku-Klux-Klan-Anführer Achim Schmid, in Interviews Stellung bezo-

gen hätten. Übel stößt im Ausschuss auch auf, dass das Innenressort Aktenanforderungen abwehre, indem es behaupte, die zugrunde liegenden Beweisbeschlüsse des Ausschusses seien nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckt.

Abgeordnete verweisen darauf, dass Behörden nicht die Entscheidung überlassen werden kann, welche

Akten die Abgeordneten bekommen, wenn der Ausschuss die Arbeit just dieser Behörden überprüfe. Der Ausschussvorsitzende Drexler sagt, einen „großen Konfliktfall habe es noch nicht gegeben“. Jürgen Filius aber meint: „Die Abgeordneten sind keine Bittsteller, der Legislative gebührt der Vorrang.“

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 06.07.15, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-im-land-streit-um-die-akten.accd4771-1dc0-412c-9d70-6c02a1d367c9.html>

## Stuttgart

### NSU-Untersuchungsausschuss: Verdacht auf Vertuschung

*Im Fall der beiden Polizisten beim Ku-Klux-Klan sollte „nicht in die Breite ermittelt“ werden. Die Aussage eines Polizeiführers löst bei den Abgeordneten im NSU-Ausschuss Irritationen aus. Sollte die peinliche Angelegenheit vertuscht werden?*

#

Man kann das ja verstehen, dass Polizisten sich schwer tun mit der Erinnerung an ihre Ku-Klux-Klan-Mitgliedschaft, auch wenn sie direkte beamtenrechtliche Sanktionen nicht mehr befürchten müssen. Liegt ja schon anderthalb Jahrzehnte zurück, die peinliche Geschichte. Doch je länger die Zeugenvernehmung des Polizeihauptmeisters Timo H. währt, desto ungehaltener werden die Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses. Wie schon jüngst Jörg W. bleiben auch die Antworten des Timo H. vor dem Gremium erkennbar taktisch motiviert: nur nichts preisgeben, was auf eine rechtsradikale Einstellung schließen ließe.

Jörg W. und Timo H. sind jene beiden Polizisten, von denen sicher gesagt werden kann, dass sie von 2001/2002 bei einer Ku-Klux-Klan-Gruppe (KKK) in Schwäbisch Hall mitgemacht hatten – inklusive eines Aufnahme-rituals mit rassistischen Sprüchen und Daumenabdruck mit dem eigenen Blut. Aber natürlich bekennen sich die beiden nicht als Rassisten. Jörg W. hatte bei seiner Vernehmung vor dem Parlamentsausschuss angegeben, ihn hätten die christlichen Erbauungsreden des Klan-Chefs Achim Schmid angezogen. Timo H. sagt, ihm sei es darum gegangen, menschlichen Anschluss zu finden. Das löst bei den Abgeordneten Erstaunen aus. Kontakte ließen sich doch auch bei einem Sportverein finden, da müsse man doch keinem Rassistenklub beitreten. Ja, antwortet Timo H., aber er habe damals 21 Jahre gezählt und sei halt noch unreif gewesen.

#### Leute mit weißen Mützen

Timo H. sagt, Jörg W. habe ihn dabei haben wollen. Und er sei seinem Freund W. „hinterher gedackelt wie ein Hündchen“. Vom Ku-Klux-Klan habe er keine so genaue Vorstellung gehabt, „was man vom Fernsehen her halt kennt: Leute mit weißen Mützen“. Timo H.

stellte seinen Kollegen und damaligen Freund Jörg W. als denjenigen dar, der ihn zum Klan gelockt habe. Der Grünen-Abgeordnete Jürgen Filius hakt nach: „Wie kamen Sie zum Ku-Klux-Klan?“

Timo H.: „Über den Kollegen Jörg W.“

Filius: „Aber man muss doch auch empfänglich sein für so etwas?“

Timo H.: „Wie meinen Sie das?“

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) hält ihm die Aussage von Jörg W. entgegen, Timo H. habe sich damit gebrüstet, zu seiner Verwandtschaft habe auch der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß gezählt. Timo H. bestreitet dies.

Und der CDU-Abgeordnete Matthias Pröfrock fragt Timo H., ob es ihn nicht „kalt den Rücken hinunter gelaufen“ sei, als er bei der Aufnahme in den Klan schwören musste, dass er seit Generationen keine jüdischen Vorfahren habe. Der Polizist antwortet darauf, das Problem damals nicht erkannt zu haben. Timo H. tritt vor dem Ausschuss auf wie ein junger Investmentbanker: schwarzer Anzug, weißes Hemd, schwarze dicke Brille und ein schwarzer Hipsterbart.

Am Morgen hatte Yvonne Fischer ausgesagt, die Ex-Frau des Klan-Anführers Achim Schmid. Sie erinnert sich an Timo als „ruhigen und netten“ Menschen, mit dem sie normal reden konnte. Die anderen im Klan seien eher „proletentechnisch unterwegs“ gewesen. Ihren Ex-Mann Achim Schmid beschreibt sie als „völlig durchgeknallt“. Weil er sie ständig mit Schlägen traktiert habe, sei sie ins Frauenhaus geflohen. „Nennt mich Gott“, habe Achim S. gesagt.

#### Rätselhafte Anweisung

Timo H. kam, nachdem seine KKK-Mitgliedschaft vom Verfassungsschutz im Zuge einer Abhöraktion aufgedeckt worden war, mit einer Zurechtweisung davon, obwohl er noch Beamter auf Probe war. Der damalige

Dienstvorgesetzte von Timo H. bei der Bereitschaftspolizei sagt, er habe den Vorgang erst Mitte 2004 auf den Schreibtisch bekommen. Vom Polizeibereitschaftspräsidium sei die Anweisung ergangen, „nicht die Breite zu ermitteln“. Angeblich wegen der doch schon Jahre zurückliegenden Abhöraktion des Verfas-

sungsschutzes. Eine genauere Begründung bleibt er schuldig. Im Ausschuss wird nun gerätselt, ob die Mitgliedschaft der Polizisten beim KKK vertuscht werden sollte, um den Ruf der Polizei nicht zu beschädigen.

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 06.07.2015, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-verdacht-auf-vertuschung.f2d8bfbf-edf3-43a4-8e9d-1785ea6a4830.html>

## Stuttgart

### Erkenntnisse über den Ku-Klux-Klan nicht verwertet:

### Geheimdienst täuschte Unwissenheit über die Kapuzentruppe vor

*Der NSU-Untersuchungsausschuss untersucht die Bezüge der rechtsextremistischen Terrorzelle nach Baden-Württemberg – am Montag ging es wieder um den Ku-Klux-Klan*

Dass der baden-württembergische Ku-Klux-Klan schon im März 1999 im Amt bekannt war, erfuhr Verfassungsschützer „Harald Schaffel“ erst vor drei Wochen durch unsere Zeitung. Dabei hätte den Geheimen diese Information schon vor 16 Jahren brennend interessiert.

Denn damals traf er sich regelmäßig mit seinem V-Mann Achim Schmid – dem späteren Chef der „European Knights of Ku-Klux-Klan“ (EWK KKK): „Mindestens einmal pro Woche“, hätten sich seit 1994 der Führungsoffizier und sein Spitzel getroffen, weiß dessen Ex-Frau. Bei den Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses kritisierte der inzwischen pensionierte Agent mit dem Tarnnamen „Schaffel“: „Hätten die Operativen das damals schon gewusst, wäre in der Informationsbeschaffung früher etwas in Gang gekommen.“

Daran, dass etwas in Gang kommt, schienen die Nachrichtendienstler zu Beginn der 2000er Jahre nicht wirklich interessiert zu sein. Über ihr Wissen zum Ku-Klux-Klan informierten die Analysten des Dienstes offenbar die Kollegen nicht. Deren Aufgabe ist es, Informationen wie die von V-Leuten zu beschaffen. Diese fließen dann wieder zurück an die sogenannten Auswerter.

#### Rechtsextremist führte die Polizei an der Nase herum

Denen wurde im März 1999 der schriftliche Auftrag gegeben, „mit der Polizei Verbindung“ zu halten. Der Grund: Wenige Wochen zuvor hatte ein Rechtsextremist bei der Polizei in Schwäbisch Hall angezeigt, dass er, seine Lebensgefährtin und deren Kind von Mitgliedern des KKK bedroht würden. Die Zeugenaussage faxten die Ermittler an den Verfassungsschutz.

Der führte die Polizei damals offenbar an der Nase herum. Als Beamte des Landeskriminalamts am 7.

September 2000 schriftlich bei den Inlandsgeheimen nachfragten, ob dort Erkenntnisse über den KKK vorlägen, antworteten die Verfassungsschützer fünf Tage später: „Dem LfV Baden-Württemberg liegen keine Erkenntnisse über einen Ku-Klux-Klan Zusammenschluss bzw. über Aktivitäten dieser Gruppierung in Baden-Württemberg vor.“

Verwunderlich ist das vor allem, weil ebenfalls an jenem 7. September die Polizeidirektion Winnenden dem Nachrichtendienst einen Hinweis kabelte. In dem wurde ein weiteres Mal ein Zusammenhang zwischen der Kapuzentruppe und Achim Schmid hergestellt. Auch dieser Hinweis wurde V-Mann-Führer „Schaffel“ vorenthalten. Sein Schützling Schmid, erzählte dessen Ex-Frau Yvonne F. im Untersuchungsausschuss, sprach davon, zu „seinem Onkel“ zu gehen, wenn sich Informant und Geheimdienstler trafen: Die beiden, berichtete der Geheime, plauderten über die NPD und die rechtsextremistische Musikszene.

Auch über die Gruppe „Noie Werte“, mit deren Musik die mutmaßlichen Rechtsterroristen des NSU die erste Version ihres Paulchen-Panther-Bekennervideos vertonten. Gitarrist Andreas Graupner verdächtigte die Polizei, enge Kontakte zu Zschäpe, Böhnhardt und Mundlos zu haben. Die Ermittler hatten im Handy des NSU-Unterstützers Andre Emiger die Telefonnummer Graupners gefunden. Im November 2000 schaltete der Verfassungsschutz seinen bezahlten Spitzel Achim Schmid wegen dessen Mitgliedschaft beim EWK KKK ab.

Das hielt die Geheimen jedoch nicht davon ab, ein weiteres Mal gegenüber der Polizei völlige Unwissenheit über die Maskierten des KKK vorzutäuschen. Im Herbst 2001 baten die Landeskriminalisten ein weiteres Mal um Informationen. Der Inlandsgeheimdienst beschied am 14. November ein weiteres Mal: „Uns

liegen derzeit keine Erkenntnisse zu Ku-Klux-Klan-Aktivitäten im Raum Schwäbisch Hall vor.“

Verwunderlich sind die Aussagen aus einem Grund: Vor dem NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestag beteuerte die zuständige Referatsleiterin Bettina Neumann im April 2013, der Verfassungsschutz sei 1998 im Internet auf den KKK aufmerksam geworden. Danach habe ihr Dienst mit „allen nachrichtendienstli-

chen Mitteln“ versucht, Informationen über den Maskierten zu bekommen.

Eine Darstellung, die im Widerspruch zu dem steht, was V-Mann-Führer „Harald Schaffel“ jetzt den Parlamentariern berichtete. Der Pensionär erinnerte sich daran, dass der KKK bis 2001, „ein Prüffall gewesen“ sei. Da habe man hauptsächlich nur in Zeitungen nach Artikeln über den KKK gesucht, weil „wir da ja nur in öffentlichen Quellen suchen durften.“

*Quelle: Jessica Schmucker, Franz Feyder, Sven Ullenbruch, Stuttgarter Nachrichten, 07.07.2015, Nr. 153, S. 6*

## Stuttgart

### Polizisten beim Ku-Klux-Klan:

### Der NSU-Ausschuss hat einen schlimmen Verdacht

*Sollte die Mitgliedschaft von Polizisten beim Ku-Klux-Klan unter den Teppich gekehrt werden? Der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags hegt einen schlimmen Verdacht.*

Es war nur ein Satz, aber er reichte aus, um die nach stundenlanger Zeugenbefragung zermürbten Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses zu elektrisieren: Er habe die Order gehabt, „schnell und sensibel, aber nicht in die Breite zu ermitteln“. Das sagte Ernst H., ein leitender Polizeidirektor im Ruhestand, der im Jahr 2004 bei der Bereitschaftspolizei Böblingen die unangenehme Aufgabe übertragen bekommen hatte, das Disziplinarverfahren gegen Timo H. zu führen. Gegen jenen jungen Polizisten also, der zusammen mit seinem Kollegen Jörg W. 2001/2002 für einige Monate Mitglied im Ku-Klux-Klan gewesen war. Nicht in die Breite ermitteln? Wieso eigentlich, wo doch die Frage im Raum stand, was Polizisten auf die abstruse Idee bringt, einem Rassistenverein beizutreten? Wäre es da nicht angezeigt gewesen, die Umgebung dieser Beamten auf rechtsradikale Strömungen innerhalb des sensibelsten Teils der Staatsgewalt, des Sicherheitsapparats, abzuklopfen? Der Umgang der Polizeiführung mit der Ku-Klux-Klan-Affäre irritiert die Abgeordneten des Landtagsausschusses ohnehin schon gewaltig. Denn die beiden Klan-Polizisten waren bereits im Jahr 2002 im Rahmen einer Abhöraktion des Verfassungsschutzes aufgefliegen, bei einer G-10-Maßnahme also, wie es im Behördendeutsch heißt. Es dauerte aber zwei Jahre, bis gegen die Beamten disziplinarrechtlich vorgegangen wurde. Abgeschlossen wurden die Verfahren erst 2005. Die Tatbestände waren da schon verjährt.

#### Nicht das „kleine Opfer schlachten“

Ernst H., seinerzeit Dienstvorgesetzter von Timo H., berichtete, er habe die Klan-Mitgliedschaft damals auch als „äußerst bedenklich“ empfunden. Im Fall von Timo H. sei sogar die Entlassung aus dem Dienst

Thema gewesen, doch dafür habe es rechtlich keine Möglichkeit gegeben, auch wenn der junge Mann noch nicht Beamter auf Lebenszeit gewesen sei. Außerdem habe er in Timo H. nur einen naiven, ansonsten tadellosen Mitläufer gesehen, der von seinem älteren Kollegen Jörg W. angestiftet worden sei. Man habe doch „das kleine Opfer nicht schlachten“ und den Anstifter quasi verschonen können, gegen den wegen abgelaufener Verjährungsfristen nichts mehr zu machen gewesen sei. Die Anweisung, nicht in die Breite zu ermitteln, habe er im Übrigen vom Chef der Bereitschaftspolizei erhalten. Als Begründung führte Ernst H. an, es sollte nicht öffentlich werden, dass die Erkenntnisse aus einer G-10-Maßnahme stammten.

Aber diese Erklärung stellte die Abgeordneten nicht zufrieden. Denn es trifft zwar wohl zu, dass die Verfassungsschützer bei der erstmaligen Unterrichtung des Innenministeriums darum baten, die inkriminierten Polizisten wegen laufender operativer Maßnahmen zunächst nicht vor Mitte September 2002 mit den Vorwürfen zu konfrontieren. Aus einer handschriftlichen Notiz ergibt sich aber, dass die Verfassungsschützer am 16. September 2002 mitteilten, nun könnten „Sicherheitsgespräche“ mit den Polizisten geführt werden.

#### Breite Kritik im Ausschuss

Es geschah aber nichts. 15 Monate lang. Im Dezember hakten die Verfassungsschützer erneut nach, um dann im Januar 2004 nochmals dasselbe Schreiben an das Landespolizeipräsidium zu senden, das sie schon im Juni 2002 abgeschickt hatten, das aber im Innenministerium „nicht mehr auffindbar“ gewesen sei. Und auch dann wurde so lange gezögert, bis am Ende für Timo H. nur eine Zurechtweisung herauskam, für seinen



Gefährten Jörg W. vom Polizeipräsidium Stuttgart eine Rüge.

Bei dem Ausschussvorsitzenden [Wolfgang Drexler](#) (SPD) drängt sich der Eindruck auf, „dass das Ablaufen von Fristen kein Zufall war, sondern dadurch stärkere Disziplinarmaßnahmen verhindert“ werden soll-  
Quelle: Reiner Ruf, *Stuttgarter Zeitung*, 08. 07.2015, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.polizisten-beim-ku-klux-klan-der-nsu-ausschuss-hat-einen-schlimmen-verdacht.087eb8d6-61a5-402f-aedc-429b2cf2ac10.html>

ten. Die SPD-Abgeordnete Rita Haller-Haid sagte: „Der Verdacht dass bagatellisiert wurde, liegt schon nahe.“ Der CDU-Abgeordnete Matthias Pröfrock monierte: „Beide Disziplinarverfahren waren mangelhaft.“ Ulrich Goll (FDP) kritisierte: „Das geht nicht, was da gelaufen ist.“

## Stuttgart

### Ermittlungen zu NSU-Umfeld stocken

*Terror: Es gibt bisher keine konkreten Hinweise auf weitere Mittäter.*

Bei ihren Ermittlungen zu weiteren Mitgliedern und Unterstützern der rechten Terrorgruppe NSU kommt die Bundesanwaltschaft offenbar kaum voran. So sind zwar inzwischen mehr als 100 Personen von den Ermittlern vernommen worden; ein konkreter Tatverdacht gegen bestimmte Personen ergab sich bislang jedoch nicht, wie aus der Antwort auf eine parlamentarische Anfrage der Linken hervorgeht.

Deren Bundestagsfraktion wollte von der Bundesregierung wissen, welche Ergebnisse das sogenannte Strukturermittlungsverfahren im NSU-Komplex bislang erbracht hat. Mit dem seit mehreren Jahren laufenden Verfahren will die Bundesanwaltschaft Hinweise auf weitere, bisher unbekannte Mittäter oder Mitwisser des NSU erhalten.

Der Bundesregierung zufolge sind im Zuge dieses Verfahrens bislang 112 Personen als Zeugen vernommen worden, darunter eine Person in Polen sowie drei V-Personen des Verfassungsschutzes. Befragt wurden auch mehrere Mitarbeiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, darunter drei Verbindungsführer von Nazi-Spitzeln und drei Referatsleiter. Zudem wurden drei Durchsuchungen durchgeführt. Zwei davon standen im Zusammenhang mit dem überraschenden Tod des früheren Verfassungsschutzagenten Thomas R. alias „Corelli“ im April 2014.

Die letzte Durchsuchung führte die Bundesanwaltschaft Anfang Februar 2015 in Lübben durch. Dennoch gibt es offenbar aus Sicht der Ermittler keine Indizien dafür, dass der NSU weitere Mitglieder oder Unterstützer als die bislang bekannten Personen hatte.

Allerdings stellt sich die Frage, wie ernsthaft die Bundesanwaltschaft bestimmten Spuren nachgeht. So musste das Bundesinnenministerium in einer Frage-

stunde des Bundestages kürzlich eingestehen, dass der Kölner Neonazi und V-Mann Johann H. bislang weder von der Bundesanwaltschaft noch vom Bundeskriminalamt (BKA) vernommen worden sei. Dabei hatte die damalige Chefin des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen, Mathilde Koller, in einem Schreiben an die Bundesanwälte 2012 auf die Ähnlichkeit ihres Spitzels H. mit einem Tatverdächtigen aus der NSU-Anschlagserie hingewiesen.

Die Ähnlichkeit bezog sich auf eine Phantomzeichnung, die im Zusammenhang mit dem Bombenanschlag auf ein Lebensmittelgeschäft in der Kölner Probsteigasse 2001 entstanden war. Die Bundesanwaltschaft schreibt die Tat den mutmaßlichen NSU-Mitgliedern Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt zu, obwohl die iranische Betreiberfamilie keinen der beiden später als die Person identifiziert hat, die seinerzeit eine mit einer Bombe präparierte Christstollendose in ihrem Geschäft zurückgelassen hatte.

Ihre Täterbeschreibung mündete vielmehr in das Phantombild, das eine frappierende Ähnlichkeit mit dem bis heute nicht befragten V-Mann Johann H. aufweist.

Die Linken-Abgeordnete Martina Renner, Mitglied im Innenausschuss des Bundestags, nannte es „nicht nachvollziehbar“, dass H. bislang weder vom BKA noch vom Generalbundesanwalt vernommen wurde. Wenn Ermittlungen jedoch nur halbherzig betrieben werden, sei dies ein verheerendes Signal. In der Neonaziszene herrsche inzwischen ein „hoher Grad an Selbstbewusstsein und Gewissheit“, dass über die fünf Angeklagten in München hinaus kaum jemand für die Unterstützung des NSU zur Rechenschaft gezogen werden wird.

Quelle: Andreas Förster, *Stuttgarter Zeitung*, 16.07.2015, Nr. 161

**Stuttgart**

## **NSU-Untersuchungsausschuss: Polizei und Verfassungsschutz im Clinch**

*Weshalb kamen die Ku-Klux-Klan-Polizisten nach den disziplinarischen Ermittlungen so billig davon? Polizei und Verfassungsschutz schieben sich gegenseitig die Verantwortung zu.*

Zwei Polizisten heuern beim Ku-Klux-Klan (KKK) an, lassen obskure Aufnahme-rituale über sich ergehen, werden enttarnt – und kommen disziplinarisch mit einem milden Rüffel davon: wie kann das sein? Das ist eine der wichtigeren Fragen, mit denen sich der Untersuchungsausschuss Rechtsterrorismus beschäftigt. Bei der jüngsten Sitzung am Freitag spielten sich Verfassungsschutz und Polizei gegenseitig den Schwarzen Peter zu. Der frühere Landespolizeipräsident Erwin Hetger sagte: „Wenn ich die Aufsicht über das Landesamt für Verfassungsschutz gehabt hätte, und bis 1992 war das so, dann wäre das anders gelaufen.“ Ex-Verfassungsschutzpräsident Helmut Rannacher hingegen ließ seine Verwunderung über die ausbleibende Reaktion der Polizeiführung auf die KKK-Aktivitäten zweier ihrer Beamter erkennen. Mehrmals habe er nachgehakt. Dass das Landespolizeipräsidium zwischenzeitlich das erste Informationsschreiben des Verfassungsschutzes verschlammte, nannte er ein „Detail“, das darauf hindeute, „wie das möglicherweise betrieben worden“ ist.

### **Schwarzer Peter bei der Polizei**

Tatsache ist: Ende Mai 2002 informierte Rannacher den Kollegen Hetger, dass zwei Polizisten bei einem Ableger des KKK in Schwäbisch Hall mitmachten. Drei weitere Polizisten hätten Verbindungen zu den Kuttenträgern. Allerdings stammten die Informationen aus zunächst noch geheimhaltungsbedürftigen nachrichtendienstlichen Operationen. Im September 2002 ließen die Verfassungsschützer das Landespolizeipräsidium wissen, dass nun mit den beiden KKK-Polizisten „Sicherheitsgespräche“ geführt werden könnten.

Für Verfassungsschutzpräsident Rannacher lag der Ball damit im Feld des Landespolizeipräsidiums. Ob dieses Disziplinarverfahren einleitete, sei nicht mehr seine Sache gewesen. Das Problem: Erst im Mai 2004 veranlasste die Polizeispitze disziplinarische Schritte – nach 15 Monaten Untätigkeit. Böse, böse Polizei.

Aus Sicht des damaligen Landespolizeipräsidenten Hetger stellt sich der Sachverhalt indes anders dar. Natürlich habe er sich über die KKK-Polizisten schrecklich empört. „Dass ich an der Decke war, muss ich nicht einfach betonen.“ Und ganz klar: „Unter berufsethischen Gesichtspunkten ist die Nähe zu rassistischen und antisemitischen Geheimbünden nicht mit dem Polizeiberuf vereinbar.“ Hetger zeigte sich im Ausschuss nicht bereit, den ihm von den Verfassungs-

schützern zugeordneten Schwarzen Peter auch anzunehmen.

Er bestätigte, vom Verfassungsschutz über die KKK-Umtriebe der beiden Polizisten informiert worden zu sein, jedoch nicht in beweiskräftiger, also gerichtsfester Form. „Wir konnten nicht nachweisen, dass sie rassistisch agiert haben“, sagte Hetger vor dem Ausschuss. Mehrmals habe er Rannacher um zusätzliches Material gebeten. „Ich wollte ein Exemplar statuieren“, versicherte Hetger. Der Abgleich der Einlassungen Rannachers vor dem Stuttgarter Untersuchungsausschuss wie auch vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestags mit den Aussagen Hetgers ergibt: Beide nehmen jeweils für sich in Anspruch, beim anderen nachgehakt zu haben, um die Aufklärung voranzutreiben. Dies aber mit wenig befriedigendem Ergebnis.

### **Schwarzer Peter beim Verfassungsschutz**

So viel ist aber klar: Erst im Dezember 2003 erhielt die Polizei Fotomaterial, das die Polizisten mit KKK-Fahnen und anderen Emblemen zeigt. Jetzt waren für Hetger disziplinarische Schritte möglich. Da war aber schon viel Zeit ins Land gegangen. Deshalb die Frage an Verfassungsschutzchef Rannacher: Warum hatte denn die Auswertung des beim Klan gefundenen, die Polizisten belastenden Materials so lange gedauert? Rannachers lakonische Antwort: Es sei viel zu tun gewesen.

Indes: Im Dezember 2003 verfügte die Polizei also über beweiskräftiges Material. Wieso aber dann erst im Mai die Anweisung zu disziplinarrechtlichen Ermittlungen. Hetger ist das schleierhaft, zumal allen Beteiligten damals entging, dass die Vorwürfe gegen die Polizisten zu diesem Zeitpunkt schon verjährt waren.

Abwegig sei allerdings der Verdacht, die Polizei habe irgendetwas vertuschen wollen. Bei der letzten Ausschusssitzung hatte ein früherer Beamter der Bereitschaftspolizei gesagt, man habe die Anweisung erhalten, „nicht in die Breite zu ermitteln“. Dies sei ihm über den Chef der Bereitschaftspolizei vermittelt worden. Dahinter vermutete der Beamte die Polizeiführung im Innenministerium. Ex-Landespolizeipräsident Hetger reagierte gereizt: „Wenn der jetzt so Dummheiten durch die Welt redet...“ Für seine Beamten im Landespolizeipräsidium lege er die Hand ins Feuer.

Unterdessen hält das Tauziehen um Beweismittel zum früheren Neonazi Florian H. an. Der Ausschuss zieht eine Beschlagnahme in Erwägung, wie Ausschusschef Wolfgang Drexler (SPD) sagte. Es geht um Datenträger, welche die Familie H. dem Politikwissenschaftler

Hajo Funke übergeben haben soll. Funke will über den Verbleib der Geräte keine Auskunft geben. Er beruft

sich auf das Zeugnisverweigerungsrecht, das er als Publizist habe.

Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 17.07.2015, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-polizei-und-verfassungsschutz-im-clinch.e67edf22-428f-4c96-880b-422012666d81.html>

## Stuttgart

### Ausschuss rügt Schlamperei

*Bei der Aufklärung des Feuertods eines Neonazis hat es weitere Schlampereien der Polizei gegeben. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart übergab dem NSU-Ausschuss des baden-württembergischen Landtags die Namen von 14 weiteren Zeugen und aus dem ausgebrannten Auto einen Speicherchip mit umfangreichen Kommunikationsprotokollen von Florian H. Wegen der Pannen laufen bereits Disziplinarverfahren gegen drei damals zuständige Polizisten.*

Der Neonazi Florian H. war im September 2013 in seinem Auto neben dem Stuttgarter Volksfestgelände verbrannt, just an dem Tag, an dem er beim Landeskriminalamt einen Verhörtermin hatte. Der Rechtsextremist hatte sich zuvor gebrüstet, er kenne die Mörder der 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter. Sehr schnell kam die Polizei zu dem Ergebnis, Florian H. habe Selbstmord begangen. Die Familie bezweifelt das bis heute.

#### „Gravierende Mängel“

Der NSU-Ausschuss des Landtags stieß auf viele Ungereimtheiten in der Polizeiarbeit. „Es hat gravierende Mängel gegeben“, kritisierte gestern CDU-Obmann Matthias Pröfrock. Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) berichtete, der Staatsanwaltschaft seien „wesentliche Informationen vorenthalten worden“. Die Polizei hätte dem Ausschuss von Anfang an die 14 Zeugen mitteilen müssen, die erst jetzt bei den Nachermittlungen benannt wurden. Einer davon sei ein Landschaftsgärtner, der angab, das Auto des Neonazis sei eine Stunde vor der Explosion noch bewegt worden. Das sei neu, erläuterte Drexler. Und es passt schlecht zum Befund der Rechtsmedizin, dass Florian H. Betablocker geschluckt hatte.

Erst bei der Nachkontrolle im Auftrag des Ausschusses fiel auch eine Speicherkarte auf, die mit dem Armatu-

renbrett des Wracks verklebt war. Die Analyse förderte 2000 Seiten Chatprotokolle aus der Zeit vor dem Tod von Florian H. zutage, die gerade ausgewertet werden. Dagegen hat die neuerliche Überprüfung des Autos durch einen Brandsachverständigen keine Hinweise auf Beteiligung von Dritten erbracht. „Fremdeinwirkung ist nahezu auszuschließen“, fasste Pröfrock den Befund zusammen. Dazu passe, dass Florian H. am Abend vor seinem mutmaßlichen Selbstmord fünf Liter Benzin in einem Ersatzkanister gekauft hat, obwohl sein Auto mit Bioethanol betankt wurde.

Letzte Sicherheit könnte das Handy des Toten geben, das die Familie dem Terrorismusexperten Hajo Funke zur Überprüfung überlassen hatte. Doch der Forscher behauptet, er habe weder das Telefon noch eine im Auto gefundene Festplatte. Unstrittig ist, dass Familie H. ihm im Mai mehrere Gegenstände aus dem Auto zur Auswertung übergeben hatte. Der Ausschuss schaltet jetzt die Staatsanwaltschaft ein.

Die gegenseitige Wertschätzung zwischen Funke und Ausschuss ist inzwischen zu einer Fehde geworden. Die Grünen-Abgeordnete Petra Häffner warf ihm gestern vor, er „fahre eine mediale Kampagne für sein neues Buch“. Ein Aufklärungsinteresse könne sie nicht mehr erkennen. Drexler erinnerte Funke an die Rechtslage: „Strafrechtlich ist das Unterschlagung.“

Quelle: Peter Reinhardt, Mannheimer Morgen/Fränkische Nachrichten, 21.07.2015, URL: <https://www.fnweb.de/nachrichten/ausschuss-rugt-schlamperei-1.2346129>

## Stuttgart/NSU

### Neuer Fund im Auto von Florian H.

*Im ausgebrannten Wagen des Ex-Neonazis entdeckt die Polizei jetzt auch noch eine Speicherkarte.*

Der Fall Florian H. ist jederzeit für Ungereimtheiten gut. Das hat sich am Montag im NSU-Untersuchungsausschuss erneut gezeigt. In nicht-öffentlicher Sitzung beschäftigten sich die Abgeordneten mit dem aktuellen Zwischenbericht der Staatsanwaltschaft zum Feuertod des jungen Ex-Neonazis, der behauptet hatte, er kenne die Mörder der Polizistin Michèle Kiesewetter. Der damals 21-Jährige war im September 2013 in seinem Auto verbrannt. Die Familie des jungen Mannes geht von Mord aus, Polizei und Staatsanwaltschaft schlossen die Todesfallermittlungen seinerzeit mit dem Befund ab, es handle sich um einen Suizid. Zu dieser Interpretation neigen auch die Abgeordneten. Ein von der Staatsanwaltschaft beauftragter Brandsachverständiger fand in dem neu aufgerollten Verfahren keine Spuren, die auf einen Fremdzündungsmechanismus hindeuteten.

Allerdings wurden jetzt bereits zum zweiten Mal im Wagen Beweismittel gefunden, die die Polizei bei ihren Ermittlungen unmittelbar nach dem Tod von Florian H. übersehen hatte. Zunächst war durch den Untersuchungsausschuss offenbar geworden, dass die Polizei in dem Kleinwagen eine Schreckschusspistole, eine Machete, einen Schlüsselbund und ein Feuerzeug übersehen hatte. Jetzt wurde mittels einer Röntgenanalyse eine Mikro-Speicherkarte entdeckt. Die Karte war beim Brand mit der Ablage am Handschuhfach des Autos verschmolzen. Dennoch konnte die Karte nach Angaben des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler ausgelesen werden. Die Daten umfassen demnach etwa 2000 Druckseiten, darunter umfangreiche Chat-Protokolle, die noch ausgewertet werden müssen. Leider endet die auf der Karte gespeicherte Kommunikation einen Monat vor dem Tod von Florian H.

Für umso wichtiger halten es die Abgeordneten, endlich an eine Festplatte und ein Handy zu kommen, die im Umkreis des Beraters der Familie H., des emeritierten Berliner Politikwissenschaftlers Hajo Funke, verschwunden sind. Funke hatte sich der Familie H. als Ratgeber und Mentor angedient. Vor allem von dem

Handy erhofft sich der Ausschussvorsitzende Drexler Informationen über die letzten Stunden im Leben des Florian H. Unter anderem geht es um einen Anruf am Vortrag des Todes, der Florian nach Angaben seiner Eltern in große Unruhe versetzt hatte. Über den Verbleib der Gegenstände will Funke, der sich auf ein Zeugnisverweigerungsrecht als Publizist sowie auf die Wissenschaftsfreiheit beruft, keine Auskunft geben. Dies habe er den „Experten“ in seinem Umkreis zugesichert, die sich mit der Geräte befassen.

Dieses Verhalten stößt im Ausschuss inzwischen auf Befremden. Funke, der sich in der Vergangenheit einen Ruf als kundiger Extremismusforscher erarbeitete, gilt den Abgeordneten nun als überdrehter Selbstdarsteller. Ihr Vorwurf: Funke halte dem Ausschuss mangelnden Aufklärungswillen vor, behindere aber selbst die Arbeit des Gremiums. Der Ausschussvorsitzende Drexler sagte am Montag: „Funke hat ein Verschwiegenheitsrecht, aber ob die Geschichte glaubhaft ist, die er erzählt, ist eine andere Frage. Ich glaube sie nicht.“

Der Ausschuss überlässt die Suche nach Handy und Festplatte nun der Staatsanwaltschaft. Im Besitz der Familie H. befinden sich noch ein Camcorder und ein Laptop, um die sich der Ausschuss auch schon seit Wochen bemüht. Außerdem befasste sich der Ausschuss mit den Aussagen des bei dem Heilbronner Polizistenanschlag 2007 überlebenden Beamten Martin Arnold, der vor dem Ausschuss selbst nicht auftrat. Stattdessen berichtete jene Psychologin, die den Polizisten unter Hypnose befragt hatte.

Bei dem Anschlag hatte Arnold einen Kopfschuss erlitten. Dennoch kehrte seine Erinnerung zumindest teilweise zurück. Phantombilder, die mit Arnolds Hilfe angefertigt wurden, ließ die Staatsanwaltschaft, gestützt auf ein nervenärztliches Gutachten, nicht gelten. Brisant daran: Die Phantombilder zeigen nicht Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, bei denen die Waffen von Arnold und Kiesewetter gefunden wurden.

*Quelle: Reiner Ruf, Stuttgarter Zeitung, 21.07.2015, Nr. 165, S. 5*

## Stuttgart

### Ein rechter Waffenbruder

*Den Kirchheimer Neonazi Markus Frntic identifizierten ostdeutsche Geheime 1996 als Ku-Klux-Klan-Chef. Der Stuttgarter Deutsch-Kroate war führender Kopf des „Blood & Honour“-Netzwerkes – und unterhielt Kontakte zu Helfern der mutmaßlichen Rechtsterroristen um Beate Zschäpe.*

Für die Neonazis muss es ein Riesenspaß gewesen sein: Bei einer Nachtwanderung durch Mecklenburg-Vorpommern seien in weißen Kutten maskierte Kameraden aus Bayern mit Fackeln aus dem Gebüsch gesprungen und hätten ihre spazierenden Gesinnungsgenossen erschreckt. „Eine Mordsgaudi“, erzählt der Spitzel bayrischen Verfassungsschützern. Etwa zur selben Zeit kabletten deren mecklenburgischen Kollegen einen ebenso geheimen wie alarmierenden Bericht an die Geheimen Baden-Württembergs: Am 30. September 1996 warnten sie den Südwest-Dienst vor einer „Ku-Klux-Klan Gruppe aus Stuttgart“, die von Markus Frntic angeführt werde.

Es ist in den Akten nicht erkennbar, dass die Geheimdienstler diesem Hinweis auch nur Beachtung schenkten. Ihr damaliger Präsident konnte sich kürzlich im Landtag auch gar nicht an den geheimen Vermerk erinnern: Offiziell beginnt deren Wissen um die Rassistentruppe erst im Herbst 1998. Dabei war und ist Frntic den Spähern in Stuttgart bestens bekannt. Nicht nur, weil vor der Haustür 45 Jahre alten Deutsch-Kroaten in Kirchheim am Neckar ein bulliger Bundeswehrtransporter steht. Dessen amtliches Kennzeichen offenbart die Gesinnung seines Besitzers: Die „14“ für die „14 Worte“ des US-amerikanischen Rechtsterroristen David Lane wird mit der „88“ für den achten Buchstaben des Alphabets kombiniert: „HH – Heil Hitler“. Es ist ein beliebtes Zahlenspiel der Neonaziszene. Zu dessen führenden Köpfen gehört Markus Frntic.

Der mischt seit den 1990er Jahren Frntic bei „Blood & Honour“ (B&H) mit. Der deutsche Slogan „Blut und Ehre“ war auf den Koppelschlössern von Hitlerjungen eingraviert, später auch auf deren Fahrtenmessern. Im Raum Stuttgart bildete sich eine Keimzelle der Neonazitruppe. Die hatte sich international agierendes Netzwerk vor allem ein Ziel gesetzt: Konzerte rechter Musikgruppen zu organisieren, diese Musik zu produzieren und zu vertreiben.

#### **Markus Frntic baute „Blood & Honour“ im Südwesten auf**

Gleichzeitig wollten sie eine „politische Kampfgemeinschaft“ aufbauen und riefen zum „Rassenkrieg“ auf. Den sollte, sind sich sowohl die Juristen der Opfer wie auch die Ankläger der Bundesanwaltschaft im Münchener NSU-Verfahren einig, den Kampf sollte der bewaffnete Arm der B&H führen, die Gruppe „Combat 18“.

Dazu passt, dass zahlreiche „Blood and Honour“-Mitglieder die mutmaßlichen Terroristen des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) unterstützten. Sie halfen Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt 1998 dabei, in Chemnitz unterzutauchen. Jan Werner, Chef von „Blood & Honour Sachsen“, versuchte, über den V-Mann des brandenburgischen Verfas-

sungsschutzes Carsten Szczepanski eine Waffe für das NSU-Trio zu besorgen.

Markus Frntic kümmerte sich währenddessen darum, „Blood & Honour“ im Südwesten aufzubauen. Er leitete die „Sektion Württemberg“. Wie stark er sich mit der Ideologie der Gruppe identifiziert, lässt sich auf seinem Bauch lesen. Dort ließ sich Frntic in großen Lettern die Namen „Blood & Honour“ und „Adolf Hitler“ tätowieren. In der Szene verschaffte sich immer wieder Respekt: Frntic, der Sohn einer deutschen Mutter und eines kroatischen Vaters, hat beste Kontakte in die Kreise von Faschisten und Kriminellen in Kroatien.

Am 12. September 2000 verbot der Bundesinnenminister die „Blood & Honour Division Deutschland“. Otto Schily (SPD) wies der Gruppe nach, dass sie gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung kämpfte. Bis heute rotten sich Neonazis weltweit im Netzwerk „Blood & Honour“ zusammen. Die Organisation, 1987 in Großbritannien gegründet, verbreitete sich in wenige Jahre weltweit. Der verbotene deutsche Ableger gehörte mit über 200 Mitgliedern zu den größten. Fahnder des thüringischen Landeskriminalamts (LKA) rechneten 1999 auch die mutmaßlichen NSU-Terroristen Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe zum „harten Kern“ dieses Netzwerks.

#### **Ein Foto zeigt Frntic zusammen mit Marcel Degner**

In einer internen Analyse hielt ein Beamter des Bundesamts für Verfassungsschutz fest, dass der Neonazi-Szene nach dem Verbot „der maßgebliche Veranstalter von Konzerten rechtsextremistischer Skinhead-Musik“ weggebrochen sei. Daraufhin sei es zu „Ersatzhandlungen“ in Nachbarländern und in Klubhäusern von Rockerbanden gekommen. Auch Markus Frntic hatte schon neun Monate vor dem Vereinsverbot einen Weg gefunden, dieses zu umgehen: Seine Kameraden sammelte er in einer neuen Struktur unter dem Namen „Furchtlos und Treu“.

Die 15 Mitglieder luden zu Feiern in eine Scheune in Brackenheim-Meimsheim bei Heilbronn ein. „Bis zu 50 Szeneangehörige nahmen an Skinfeiern teil“, beobachteten Staatsschützer der Polizei. Die beobachteten auch eine Gedenkveranstaltungen für die Waffen 17. SS-Panzer Grenadierdivision „Götz von Berlichingen, die Frntic und Co. auf der „Götzenburg“ in Jagsthausen organisierten. Ermittler des LKA erkannten 2001 in den Württembergern zwar nur einen „lockeren Personenzusammenschluss“ und „keine gefestigten Strukturen“. Frntics badischen B&H-Kameraden in Karlsruhe attestierten die Kriminalen aber schon zuvor, dass ihre „Kommunikation nach innen und außen auf einem hohen Niveau“ stattfände: „Aufgrund äußerst konspirativer Vorgehensweise liegen kaum Erkenntnisse vor“.



Dafür aber über eine Vermischung beider Südwest-Gruppen. Zu einem Rechtsrock-Konzert im elsässischen Mossey am 6. Februar 1999 marschierten die vereinigten Baden-Württemberger B&Hler auf. Frntic und der Waldbronner Roland S. fungierten gar als Sicherheitsdienst. Außer Frntic identifizierten die Beamten damals Neonazis aus Sinsheim und Eppingen als „Führungspersonen“ der furchtlosen Treuen.

Die sind bundesweit bestens vernetzt. Ein Foto zeigt Frntic zusammen mit Marcel Degner. Der Mann aus Gera war der bundesweit zuständige Kassenwart von B&H. Ermittler verdächtigen ihn, im November 1999 Geld für die abgetauchten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe gesammelt zu haben. zumal Degner bis Ende der 90er Jahre unter dem Tarnnamen „Hagel“ Thüringens Geheimdienstlern als wichtigster Spitzel unter den Neonazis reportierte. Die Berichte über die Treffen mit Degner sind verschwunden. Nur ein Report von 158 ist noch da. Auch Thomas Starke ist auf dem Bild mit Frntic zu sehen. Der Informant der Berliner Polizei

und zeitweilige Geliebte Zschäpes versteckte das Trio, als das 1998 abtauchte.

Nur 133 Kilometer trennen deren damaligen Unterschlupf in Chemnitz vom ostsächsischen Bautzen. Dort fiel im September 2003 Polizisten der Computer eines Neonazis in die Hände, der sich selbst getötet hatte. Auf der Festplatte: Bilder, auf denen Frntic und Kameraden der „Furchtlos und Treu Sektion Schlesien“ mit Waffen posierten. Ermittler fanden im Januar 2004 in deren Wohnungen 500 Gramm Sprengmasse, fünf Meter Sprengschnur, Übungshandgranaten und 2500 Schuss Munition; bei Frntic nur ein Plastikgewehr und einen durchbohrten Gewehrlauf. Der Rechtsradikale vom Neckar kam davon. Bis heute zeigt sich „Furchtlos und Treu“ mit Pistolen und Gewehren. Die Kameraden reisen mit Frntic nach Österreich zu Treffen kroatischer Faschisten. Dort tragen sie T-Shirts mit dem Aufdruck: „Deutsch-kroatische Waffenbrüder“.

Quelle: Franz Feyder, Sven Ullenbruch, *Stuttgarter Nachrichten*, 24.07.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.ku-klux-klan-ein-rechter-waffenbruder.63787154-6f5f-4a70-8107-915179b118d1.html>

## Stuttgart

### Ringens um Phantombild Nummer sieben

*Phantomspur, Phantombilder, Phantompostfach: zum Heilbronner Polizistenmord hat der NSU-Untersuchungsausschuss viele Fragen. Der zuständige Staatsanwalt sieht sie beantwortet.*

Für Christoph Meyer-Manoras ist der Fall geklärt. Er habe „keine begründeten Zweifel“, sagt der Staatsanwalt am Freitag vor dem NSU-Untersuchungsausschuss, dass Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt am 25. April 2007 die Polizistin Michèle Kiesewetter töteten und deren Kollegen Martin Arnold per Kopfschuss schwer verletzten. Meyer-Manoras ist für den Untersuchungsausschuss des Landtags ein interessanter Zeuge: Er hat die Ermittlungen nach dem Anschlag auf die Polizisten auf der Heilbronner Theresienwiese geleitet; ihm werden in der Öffentlichkeit immer wieder Vorhaltungen gemacht, nicht alle Ermittlungsansätze ausgeschöpft zu haben.

Beispiel Phantombilder: Staatsanwalt Meyer-Manoras hat wenig Vertrauen in das menschliche Erinnerungsvermögen. „Der Zeuge ist das schlechteste Beweismittel“, sagt er, was ein bisschen mutig ist für einen Staatsanwalt, der jahrelang der Phantomspur einer unbekannteren weiblichen Person hinterher jagte; einer DNA-Spur, die zu einer Verpackerin von Wattestäbchen, die von der Polizei bei der Spurensicherung eingesetzt werden, führte. Aber wahrscheinlich hat er Recht. Polizei praktiker wissen um die Tücken von Zeugenaussagen, Staatsanwalt Meyer-Manoras kennt die Literatur zur Beweispsychologie. In der Regel sind DNA-Spuren zuverlässiger.

#### Unzuverlässige Zeugenaussagen

14 Phantombilder wurden im Laufe der Ermittlungen angefertigt, beredt legt der Staatsanwalt dar, weshalb er den Erinnerungen der Zeugen misstraut. Nicht weil die Zeugen schwindelten, nein, das nicht – mit Ausnahme von „VP 22“, einem Zeugen, welchem die Polizei aus obskuren Gründen Vertrauensschutz gewährt hatte. „Der wollte nur Geld“, sagt Meyer-Manoras. Den anderen Zeugen sei das Bemühen um Mithilfe bei der Aufklärung des Falls nicht abzusprechen, doch leider seien die Angaben so widersprüchlich – mal dunkle Haare, mal helle Haare, mal schmale Figur, mal breit wie ein Bodybuilder –, dass damit wenig anzufangen gewesen sei. Das gelte auch für Phantombilder, welche die Polizei mit Hilfe dieser Zeugen angefertigt habe, die aber nicht offiziell veröffentlicht wurden.

Das wichtigste dieser Phantombilder, jenes mit der Nummer sieben, geht auf Aussagen von Martin Arnold zurück. Er überlebte den Anschlag knapp, langsam kehrte auch seine Erinnerung zurück. Erst an den Tag, dann auch an die Tat. Wobei Letzteres umstritten ist. Der Polizist gab an, wahrgenommen zu haben, wie sich die Täter von hinten näherten. Die Türen des Dienstwagens seien geschlossen gewesen, die Fenster geöffnet. Kiesewetter und Arnold hatten etwas

gegessen, nun rauchten sie. Auf der Basis von Arnolds Aussagen wurde ein Phantombild erstellt. Was dieses Bild so interessant macht: Es zeigt weder Mundlos noch Böhnhardt, keinen der beiden mutmaßlichen NSU-Mörder. Damit wäre die Überzeugung der Generalbundesanwaltschaft, Mundlos und Böhnhardt seien die Täter in Heilbronn, in Frage gestellt.

### **Panische Angst**

Staatsanwalt Meyer-Manoras verweist aber auf die Wissenschaft, auf Gutachter und behandelnde Ärzte: Arnolds Kopfverletzungen seien derart, dass dieser sich unmöglich an die Tat erinnern könne. Damit sei das Phantombild wertlos, eine Veröffentlichung auch aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen. Eine Veröffentlichung von Phantombildern sei nur dann zulässig, wenn diese „mit überwiegender Wahrscheinlichkeit einen Beschuldigten zeigten“, sagt Meyer-Manoras. Vier Stunden vernahm er das Anschlagsopfer Arnold. Der Staatsanwalt berichtet vor dem Untersuchungsausschuss, der Polizist habe seine Erinnerungen verteidigt: „Ich bin mir ganz sicher.“ Arnold habe aber auch „panische Angst“ vor einer Veröffentlichung gehabt. „Dann wandere ich aus“, soll er gesagt haben. Denn: Wenn Mundlos und Böhnhardt nicht die Täter waren, dann waren es andere, die noch lebten und ein Interesse hegen könnten, den überlebenden Polizisten zum Schweigen zu bringen. Später distanzierte sich Arnold von seinen Aussagen. Staatsanwalt Meyer-Manoras verweist indes darauf, dass die Phantombilder in mehreren Medien veröffentlicht worden seien – ohne Ergebnis. Nur Spekulationen seien dabei herausgekommen. „Ich beglückwünsche mich noch heute,

die Phantombilder nicht veröffentlicht zu haben“, sagt der Staatsanwalt. Eigene Fehler kann er nicht erkennen. Zur Trugspur der unbekanntenen weiblichen Person berichtet er, aus kriminalistischer Sicht seien ihm früh Zweifel gekommen, doch die Wissenschaft habe versichert, die Spur sei sicher.

Auch dass er ein E-Mail-Konto Kiesewetters links liegen ließ, bedauert er nicht wirklich – allenfalls wegen der Kritik, die ihm das später eintrug. Um an den Mail-Account heranzukommen, hätte es eines Rechtshilfersuchens an die USA bedurft. Doch die Kontakte mit den USA seien eine Einbahnstraße: „Wenn die etwas von uns wollen, stehen sie schon da, und wir müssen springen.“ Umgekehrt sei es schwieriger.

### **Die Bilanzterroristen vom NSU**

In der Bewertung des Heilbronner Anschlags folgt Meyer-Manoras dem Generalbundesanwalt: Mundlos und Böhnhardt haben auf die Polizisten geschossen. Schließlich wurden 2011 bei ihnen die Waffen der Polizisten gefunden. Der Anschlag galt Kiesewetter und Arnold als Repräsentanten des Staates. Mundlos und Böhnhardt „hatten vor, Polizisten bei sich bietender Gelegenheit anzugreifen, zu töten, und sich ihre Waffen anzueignen.“ Dieses Szenario sei ihnen am 25. April 2007 geboten gewesen. Meyer-Manoras sagt, Mundlos, Böhnhardt und Beate Zschäpe hätten aus seiner Sicht geplant, so lange wie möglich Taten zu begehen und sich dann umzubringen, um „ihre Bilanz der Öffentlichkeit zu präsentieren und möglichst großen Schrecken zu verbreiten.“

Quelle: Reiner Ruf, *Stuttgarter Zeitung*, 24.07.2015, URL: <http://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.mord-an-der-polizistin-mich-le-kiesewetter-ringen-um-phantombild-nummer-sieben.7f67d75a-72ad-426d-a130-8776265b0d7f.html>

## **August**

### **Stuttgart/Heilbronn**

### **V-Leute in der rechten Szene:**

### **Grüne würden gerne auf Spitzel verzichten**

*Unter linken Politikern ist der Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes umstritten. Innenminister Reinhold Gall (SPD) hält sie aber für unverzichtbar. Grünen-Landeschef Hildenbrand würde am liebsten auf solche Spitzel verzichten.*

Die Grünen stellen den Einsatz von V-Leuten des Verfassungsschutzes in der rechten Szene infrage.

Grünen-Landeschef Oliver Hildenbrand forderte in der „Heilbronner Stimme“ (Dienstag), auf sie zu verzichten.

Innenminister Reinhold Gall (SPD) halte aber den Einsatz von Vertrauensleuten (V-Leuten) für unverzichtbar. Hingegen hat die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen aus dem Versagen des Verfassungsschutzes bei der Mordserie des rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) die Lehre gezogen, keine V-Leute mehr einzusetzen.

„Thüringen hat aus meiner Sicht die richtigen Konsequenzen gezogen“, sagte Hildenbrand der Zeitung. „Wir müssen den Schritt auch in Baden-Württemberg ernsthaft in Erwägung ziehen.“ V-Leute sind Verbindungs- oder auch Vertrauenspersonen von Nachrichtendiensten. Sie sind keine hauptberuflichen Ermittler, sondern Spitzel, die als Verräter angeworben werden und aus ihrer extremistischen oder kriminellen Gruppe Informationen liefern – meist gegen Bargeld.

#### **Strobl verteidigt Einsatz von V-Leuten**

CDU-Landeschef Thomas Strobl verteidigte den Einsatz von V-Leuten. „Wo immer es geht, wollen die Grünen den Verfassungsschutz schwächen“, sagte er zu Hildenbrands Äußerung. „Wir leben in einer Zeit, in der es islamistische Terroranschläge mitten in Europa

gibt, in der die Terrororganisation IS Angst und Schrecken verbreitet.“ Hildenbrands Forderung sei wirklichkeitsfremd und unverantwortlich.

Hingegen bezeichnete Hildenbrand V-Leute als „gekaufte Spitzel“ und „äußerst zwielichtige und dubiose Gestalten“. „V-Leute im rechtsextremen Bereich sind und bleiben Rechtsextreme. Für mich ist es unerträglich, dass bekennende Verfassungsfeinde als V-Leute vom Staat finanziert werden“, meinte er. „Der Einsatz von V-Leuten in der rechten Szene hat sich als nutzlos und gefährlich erwiesen.“ Einen Nachweis, dass V-Leute weiter gebraucht würden, gebe es nicht.

Grünen-Innenexperte Uli Sckerl sagte, in Baden-Württemberg seien unter CDU-Innenministern im Zusammenhang mit dem NSU haarsträubende Fehler gemacht worden. Der NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag arbeitet das Thema gerade auf. Daraus müssten Konsequenzen beim künftigen Umgang mit V-Leuten gezogen werden. „Ein „Weiter so“ kann es auch bei uns nicht geben“, so Sckerl. Wenn der Ausschuss seinen Abschlussbericht vorgelegt habe, solle über den künftigen Umgang von V-Leuten im Rechtsextremismus beraten werden.

Quelle: SIR/dpa, Stuttgarter Nachrichten, 04.08.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.v-leute-in-der-rechten-szene-gruene-wuerden-gerne-auf-spitzel-verzichten.67f53773-ee1-478a-89c4-79b5fb1e79b2.html>  
Ähnlicher Beitrag: Mannheimer Morgen, 04.08.2015, URL: <http://www.fnweb.de/nachrichten/kunftig-ohne-v-leute-1.2365842>

## September

### **Stuttgart**

#### **NSU-Untersuchungsausschuss: Staatsanwälte sollen gegen Abgeordnete ermitteln**

*Die Staatsanwaltschaft Stuttgart will gegen die Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses ermitteln. Der Vorwurf: Geheimnisverrat.*

Die Staatsanwaltschaft will wegen des Verdachts des Geheimnisverrats gegen Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags, ihre Mitarbeiter und Vertreter des Innenministeriums ermitteln. Das geht aus einem Brief des Landtagspräsidenten an das Parlament hervor. Darin bittet Wilfried Klenk, die Volksvertreter mögen die Staatsanwälte ermächtigen, die Ermittlungen aufzunehmen. Dem liegt ein Artikel unserer Zeitung zugrunde.

Wir berichteten am 13. Juli über die Befragung eines Verfassungsschützers durch den NSU-Untersuchungsausschuss. In der „geheim“ eingestuftem Sitzung hatte

der frühere – V-Mann-Führer über die Zusammenarbeit des Geheimdienstes mit dem Ex-Anführer der International Knights of Ku-Klux-Klan (IK KKK), Achim Schmid, ausgesagt. Der –V-Mann-Führer hatte dabei eingeräumt, wäre ihm damals die Mitgliedschaft seines Spitzels in der Kapuzentruppe bekannt gewesen, hätten deutsche Nachrichtendienste deutlich eher angefangen, den KKK zu beobachten. Der V-Mann-Führer hatte erst im Juni in unserer Zeitung von schon damals vorliegenden Hinweisen auf diese Mitgliedschaft gelesen.

Um zu enttarnen, wie Informationen über diese Sitzung in die Öffentlichkeit gelangten, hätten Mitarbeiter des Innenministeriums das Justizministerium „um Prüfung gebeten, ob ein Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Verletzung einer besonderen Geheimhaltungspflicht einzuleiten ist“, sagte der Sprecher des Innenministeriums. Diese Mitarbeiter haben vor allem Abgeordnete des Landtags im Verdacht. Strafrechtler

befürchten, dass die Ermittlungen auch auf unsere Zeitung ausgeweitet werden könnten. Der Sprecher des Deutschen Journalistenverbandes, Hendrik Zörner, sprach von einem „unglaublichen Vorgang“, in dem das verfassungsrechtlich geschützte Verhältnis von Journalisten zu ihren Informanten „kriminalisiert wird“.

Quelle: Franz Feyder, *Stuttgarter Nachrichten*, 09.09.2015,

URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-staatsanwaelte-sollen-gegen-abgeordnete-ermitteln.354fe9b2-73ed-4418-8840-6ecc3cba94e7.html>

## Stuttgart

### **NSU-Untersuchungsausschuss: Familie H. will gegen U-Ausschuss vorgehen**

*Der Anwalt der Familie H. hat angekündigt, rechtliche Schritte gegen den NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags einzuleiten. Die Familie vertraut dem Gremium nicht, weil es zu eng mit den Sicherheitsbehörden vernetzt sei.*

Der Anwalt der Familie des Ex-Neonazis Florian H., Yavuz Narin, kündigt an, rechtlich gegen den NSU-Untersuchungsausschuss des baden-württembergischen Landtags vorgehen zu wollen: „Familie H. hat mich ausdrücklich gebeten, alle rechtlichen Mittel gegen das rechtswidrige Verhalten der Ausschussmitglieder auszuschöpfen“, sagte Narin unserer Zeitung. Zugleich widersprach er der Darstellung des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler (SPD), die bei einer Durchsuchung der Wohnung der Familie H. am Freitagvormittag gesuchten Gegenstände befänden sich im Gewahrsam Narins. Das hätten Familienmitglieder nach Rücksprache mit dem Juristen behauptet. „Die Gegenstände befinden sich weder in meinem Gewahrsam, noch haben meine Mandanten dies den durchsuchenden Beamten gegenüber behauptet. Diese Behauptungen sind frei erfunden“, sagte Narin. Die Eltern H.s seien entsetzt, dass die beiden Durchsuchungsbeschlüsse gegen die Familie am Vortag sowie am zweiten Todestag ihres Sohnes erwirkt wurden. Falsch sei zudem die Darstellung, Narin habe ihnen den Kontakt zum Untersuchungsausschuss verboten: „Wir selbst lehnen ohne jedwede Anordnung von Dritten den Kontakt zu den Abgeordneten ab“, erklärte die Familie.

#### **Die Familie vertraut dem Gremium nicht**

Sie vertraue dem Gremium nicht, weil dieses zu eng mit den Sicherheitsbehörden vernetzt sei. „Alleine in dieser Woche wurde bekannt, dass durch vertrauliche Informationen des Ausschusses ein Disziplinarverfahren gegen einen Polizeibeamten eingeleitet und ein Zeuge des Untersuchungsgremiums von Ermittlern des Bundeskriminalamtes (BKA) vernommen wurde“, sagte Yavuz Narin. Dies zeige, dass sich „Mitglieder des Ausschusses offenbar als verlängerter Arm des Innenministeriums verstehen“. Der Ausschuss betreibe eine „Scheinaufklärung in Sachen NSU“.

Vertreter des Innenministeriums hatten die E-Mail eines Polizisten, der sich vertraulich an den Ausschuss gewandt hatte, zum Anlass genommen, ein inzwischen eingestelltes Disziplinarverfahren gegen den Beamten einzuleiten. Zudem hatte Drexler in dieser Woche eingeräumt, dass ebenfalls Ministeriale des Innenresorts Informationen einer nicht-öffentlichen Befragung eines früheren V-Mannes des Landesamtes für Verfassungsschutz an Ermittlungsbehörden weitergegeben hatten. Der Ex-Spitzel war darauf von Kriminalen des BKA vernommen worden.

Quelle: Franz Feyder, *Stuttgarter Nachrichten*, 18.09.2015,

URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-untersuchungsausschuss-familie-h-will-gegen-u-ausschuss-vorgehen.9aa22ff9-727d-4772-a3dc-eae5a6d02671.html>

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss: Geräte von Florian H. bleiben verschwunden

*Der U-Ausschuss hat die Wohnung der Familie von Florian H. nach dem verschwundenen Laptop und dem Camcorder aus dem Auto des Mannes durchsuchen lassen. Die Familie weigert sich, die Geräte dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.*

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags hat auf der Suche nach Geräten des in seinem Fahrzeug verbrannten Ex-Neonazis Florian H. die Wohnung der Familie durchsuchen lassen. Aber weder der gesuchte Laptop noch der Camcorder aus dem zerstörten Auto seien dabei gefunden worden, teilte der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) am Freitag in Stuttgart mit und bestätigte damit einem Bericht der „Südwest Presse“. Sie befänden sich nach Angaben der Familie im Gewahrsam von deren Rechtsanwalt. Die Familie weigere sich kategorisch die vom Aus-

schuss schon länger nachgefragten Gegenstände herauszugeben, die die Polizei bei der Bergung des Fahrzeugs übersehen hatte.

Florian H. war im September 2013 in einem Wagen auf dem Stuttgarter Wasen verbrannt - kurz bevor er von der Polizei vernommen werden sollte. Der junge Mann hatte zuvor erklärt, er kenne die Mörder der 2007 in Heilbronn ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter – mutmaßlich vom rechtsterroristischen „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU).

Quelle: red/dpa, Stuttgarter Nachrichten, 18.09.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt-nsu-ausschuss-stuttgart-geraete-von-florian-h-bleiben-verschwunden.636ea446-3e4a-434c-bb16-821f29e6e7ca.html>

## Stuttgart

### NSU-U-Ausschuss in Stuttgart: Überraschung bei Zeugenaussagen

*Zum Mordfall Michèle Kiesewetter haben weitere Zeugen im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags ausgesagt. Der Ausschussvorsitzende reagierte bei einer Aussage verblüfft.*

#### Zwei Männer und blutverschmierte Hände

Acht Jahre nach dem Mord an der Polizistin in Heilbronn gibt es noch immer viele Fragen: Wie stichhaltig sind die Angaben der Zeugen, wie hat die Polizei sie damals vernommen, und können sie noch Neues zur Aufklärung beisteuern? Darum geht es im U-Ausschuss in teils mühseliger Kleinarbeit.

Die Zeugenbefragung am Montag brachte ein neues Detail ans Licht, das wichtig sein könnte: Ein Ehepaar, das am Tattag einen Mann beobachtet hatte, der vor einem Polizeihubschrauber wegzulaufen schien, berichtete von einer zweiten Person im Heilbronner Wertwiesenpark. Diese Aussage ist neu. Der Mann sei schwarz gekleidet gewesen und habe einen schwarzen Rucksack getragen. Auch dieser Mann sei wegelaufen.

Der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD) reagierte erkennbar verblüfft auf die weitere Aussage der Frau, sie habe den schwarz gekleideten Mann auf einem Foto wiedererkannt – zumindest sei die Ähnlichkeit zum Foto sehr groß gewesen. Dieses Foto habe die Polizei ihr vor drei bis vier Monaten vorgelegt. Auch dass die Polizei der Frau erneut eine Lichtbildmappe gezeigt hatte, sorgte im Ausschuss für Erstaunen. Der NSU-Untersuchungsausschuss will jetzt wissen, um welches Foto es sich handelt.

#### Polizei erstellt Phantombild – Staatsanwalt lehnt Ermittlungen ab

Ein anderer Zeuge hatte zuvor seine Beobachtung nach dem Mord an Kiesewetter geschildert. Er habe am Neckarufer eine Frau und zwei Männer gesehen, einer davon habe blutverschmierte Hände gehabt, die er sich im Fluss gewaschen habe. Der Zeuge habe die drei noch gefragt, ob sie Hilfe benötigten. Dabei sei ihm aufgefallen, dass die Frau außergewöhnlich grüne Augen gehabt habe.

Der frühere Leiter der Sonderkommission Parkplatz, Axel Mögelin, sagte, man habe mit den Angaben des Zeugen ein Phantombild von der Frau erstellt und zusammen mit der Hypothese, dass die drei beobachteten Personen etwas mit dem Kiesewetter-Mord zu tun haben könnten, dem Staatsanwalt vorgelegt. Der habe aber weitergehende Ermittlungen in die Richtung abgelehnt.

#### Attentat auf Kiesewetter und ihren Kollegen 2007

Die Polizistin Michèle Kiesewetter war am 25. April 2007 in Heilbronn ermordet worden. Ihr Kollege überlebte schwer verletzt. Die Bundesanwaltschaft schreibt die Tat den Rechtsterroristen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zu. Es gibt Zweifel an der Annahme der Bundesanwaltschaft, dass Kiesewetter ein Zufallsopfer war und die NSU-Mitglieder Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt die Polizistin allein töte-



ten. Aus diesem Grund befragt der NSU-Ausschuss mehrere Zeugen. Außerdem untersucht der Ausschuss

die Bezüge des NSU nach Baden-Württemberg und mögliches Behördenversagen.

Quelle: SWR.de, 28.09.2015, URL: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/nsu-u-ausschuss-in-stuttgart-ueberraschung-bei-zeugenaussagen/-/id=1622/did=16225662/nid=1622/uiigfu/index.html>

Ähnlicher Beitrag: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-ausschuss-zu-kiesewetter-mord-zeuge-sah-mann-mit-blutverschmierten-haenden.830ddb0-e153-40b9-8a27-17df60c2b61a.html>

## Oktober

### Stuttgart/NSU-Ausschuss

#### Staatsanwalt wird zum Psychologen

*Politiker hegt Zweifel an der Qualität eines Gutachtens – Der leitende Ankläger im Heilbronner Polizistenmord bewertete die Erinnerungsfähigkeit eines Überlebenden.*

Das Beweismittel 2.9.70 ist grau, die Ränder seiner Taschen sind schwarz, und es kann von Menschen getragen werden, die Größe XL über ihre Beine ziehen. Gefunden hat man die Trainingshose der Marke Identec im November 2011 in Zwickau in der Ruine eines Hauses in der Frühlingsstraße. In dem, so sind Staatsanwälte der Bundesanwaltschaft überzeugt, lebten unerkannt Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe. Deren Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) soll zehn Menschen erschossen haben – im April 2007 in Heilbronn auch die Polizistin Michèle Kiesewetter.

Deren Blutspuren fanden Forensiker als „wenige bräunlich-rote, punktförmige Anhaftungen“ im unteren Bereich beider Hosenbeine. Damit – glauben Ermittler – könnte ein weiteres Indiz dafür erbracht werden, dass Böhnhardt und Mundlos die 22-Jährige ermordet haben. Zumal die bei der Bluttat in Heilbronn Kiesewetter und ihrem schwer verletzten Kollegen Martin Arnold entwendeten Dienstwaffen in dem Wohnmobil gefunden wurden, in dem sich die beiden Neonazis am 4. November 2011 in Eisenach erschossen. Und die beiden Pistolen, mit denen in Heilbronn auf die beiden Polizisten geschossen wurde, fanden sich im Brandschutt genau des Zwickauer Hauses, das Beate Zschäpe in Brand setzte. In einem Zimmer fand sich die graue Jogginghose.

#### Zweifel am Gutachten

Das Utensil untersuchte eine Biologin des Bundeskriminalamts. Sie fand an der Innenseite der Hose ein 31 Millimeter langes Haar, das ohne Zweifel Uwe Mundlos zuzuordnen ist. Zudem fanden sich in der Oberschenkeltasche des rechten Hosenbeins zwei gebrauchte

Papiertaschentücher, die molekulargenetisch analysiert wurden. Auch hier besteht für die Wissenschaftlerin kein Zweifel, dass „die untersuchten Anhaftungen“ von Mundlos stammen. Ein in der Hose gefundenes Haar von Uwe Böhnhardt könne „auf jeden erdenklichen Weg dorthin gekommen sein“, sagte die Forensikerin den Abgeordneten des NSU-Untersuchungsausschusses.

Ihr Kollege, der inzwischen pensionierte Tübinger Rechtsmediziner Heinz-Dieter Wehner, untersuchte die Blutspuren Kiesewetters an der Trainingshose. Sein Ergebnis: dass „die Hose bei dem dynamischen Prozess dabei war“ Anders ausgedrückt: Als Kiesewetter erschossen wurde, stand jemand mit dieser Hose bekleidet so nahe an dem Streifenwagen auf der Theresienwiese, dass kleine Blutröpfchen auf die Hose spritzten. Allerdings, sagte Wehner, heiße dies nicht, dass „der Hosenträger auch den Schuss abgegeben hat“. Vorstellbar sei auch, dass er nur neben dem Schützen gestanden habe. Während diese Schlussfolgerungen für alle Parlamentarier nahelegen, dass sich Mundlos am Tatort in Heilbronn befand, bewerten sie die Aussagen der Mediziner unterschiedlich, der verletzte Arnold könne sich nicht mehr an die Tat erinnern.

Während der Befragung durch die Politiker sagte ein Gutachter aus, er habe unmittelbar vor seinem Gespräch einen Brief des damals die Untersuchungen leitenden Staatsanwalts Christoph Meyer-Manoras bekommen, in dem der sich zur Erinnerungsfähigkeit Arnolds auslasse. Für den Grünen Jürgen Filius kommen auch deshalb Zweifel an der Qualität des Gutachtens auf. Zudem gab Pathologe Wehner zu Protokoll, dass Psychologen Erinnerungsreste wieder hervorho-

len könnten. Ermittler sind überzeugt, dass dies bei Arnold geschehen ist. Nach dessen Angaben war ein Phantombild gefertigt worden, das nie zur Fahndung

genutzt wurde – weil Arnolds Erinnerungen von Meyer-Manoras angezweifelt wurden.

Quelle: Franz Feyder, *Stuttgarter Nachrichten*, 05.10.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-ausschuss-staatsanwalt-wird-zum-psychologen.b73d5bed-1203-45ca-8cb2-e2756bec9e77.html>

## Stuttgart

### Nationalsozialistischer Untergrund: „Corelli“ und die Polizisten

*V-Mann Thomas Richter enthüllt dem Verfassungsschutz, es habe weitere Polizisten gegeben, die sich für rassistische Umtriebe Interessierten. Der Geheimdienst enthält dem Untersuchungsausschuss Akten dazu vor. Die, argumentieren die Agenten, hätten nichts mit dem Auftrag der Parlamentarier zu tun.*

Offenbar haben sich mehr Polizisten als bislang bekannt für eine Mitgliedschaft im rassistischen Geheimbund Ku-Klux-Klan (KKK) interessiert. Das zumindest geht aus Unterlagen des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) hervor, die unserer Zeitung vorliegen. Aus denen ergeben sich Hinweise des V-Mannes „Corelli“ an seinen Führungsoffizier im deutschen Inlandsgeheimdienst auf einen Polizeibeamten mit dem Vornamen „Frank“. Dessen Nachnamen sowie Funktion allerdings, konnte der spitzelnde Neonazi Thomas Richter seinem sogenannten V-Mann-Führer nicht nennen. Auch die Nachforschungen der baden-württembergischen Polizei führten bislang augenscheinlich zu keinem Erfolg.

Des Weiteren erwähnt der im vergangenen Jahr an einer bis dahin unerkannten Diabetes verstorbene Informant eine Stuttgarter Drogenfahnderin mit Vornamen „Katrin“. Die Polizistin habe mindestens an einem Treffen der Schwäbisch Haller Kapuzentruppe teilgenommen. Sie habe eine „klare Abneigung gegen Schwarze“ gehabt. Richters Information wurde durch den Sicherheitschef des KKK, Steffen B., bestätigt. Die genaue Identität dieser Beamtin wurde bislang nicht ermittelt.

Fraglich ist, ob es sich bei der Frau um die Polizistin Katrin F. handelt, die bereits durch den NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages vernommen wurde. F. hatte allerdings bei ihrer Befragung ausgesagt, sie sei weder bei der Drogenfahndung eingesetzt worden, noch sei sie rassistisch. Vielmehr habe sie zusammen mit einem Kollegen, dem Bruder Steffen B.s, und ihrem damaligen Ehemann den Klanchef Achim Schmid in dessen Haus besucht. Ihr Mann interessierte sich dabei für eine Mitgliedschaft bei den Vermummten.

#### Mindestens sieben Akten vorenthalten

Bei denen stülpte auch ein Vorgesetzter der im April 2007 in Heilbronn erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter den weißen Spitzhut über. Schmid hatte mehrfach in Interviews gesagt, seiner Erinnerung nach

hätte es „zehn bis 20 Polizisten gegeben, die sich vom Hörensagen für den Klan interessierten“. Schmid's Äußerungen waren bislang immer als Prahlerei abgetan worden – auch weil ihm seine früheren Kumpanen in ihren Aussagen vor dem Untersuchungsausschuss widersprachen.

Thomas Richter galt den Geheimen als „Topquelle“ in der Neonazi-Szene. Um ihn zu schützen, gründeten Verfassungsschützer des Bundes und des Landes Baden-Württemberg im Jahr 2002 eine gemeinsame Arbeitsgruppe. Auch das geht aus Unterlagen hervor, die unserer Zeitung vorliegen. Sie spürte besonders einem Maulwurf in den Reihen der Südwest-Nachrichtendienstler nach, der Informationen über eine Telefonüberwachung Schmid's an den Ku-Kluxer weitergab.

Mindestens sieben Akten zu den Kapuzenmännern enthielt Baden-Württemberg's Verfassungsschutz den Landtagsaufklärern vor. Aus ihnen geht hervor, dass der Geheimdienst bereits 1994 – also sehr viel früher als bislang eingeräumt - Hinweise auf eine KKK-Gruppe im Land hatte. Das Amt teilte in einem Schreiben an den Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler (SPD) mit, die „Dokumente beinhalten zunächst keine Hinweise, die auf eine Beteiligung des EWK KKK an Straftaten des NSU hindeuten“.

#### Innenminister wies Vorwürfe bisher zurück

Der Innenminister Reinhold Gall (SPD) wies bisher Vorwürfe scharf zurück, sein Haus habe dem Untersuchungsausschuss des Bundestages Akten nur unvollständig aushändig. In ihrem Brief verweisen die Verfassungsschützer jetzt zudem darauf, dass „die Aktenstücke nicht Bestandteil der Aktenzulieferung des LfV an den Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages“ waren.

Verwunderlich ist, dass sich beispielsweise zwar in den Akten aus Rheinland-Pfalz und Bayern Hinweise auf den Göppinger Neonazi und mutmaßlichen Waffenbeschaffer Alexander Larass befinden. Aus denen geht hervor, dass an einer Konferenz in Mainz Anfang

der 2000er Jahre auch Beamte aus Südwest-Sicherheitsbehörden teilnahmen. Aus Baden-

Württemberg wurde jedoch kein einziges Dokument dazu an die Untersuchungsausschüsse geliefert.

Quelle: Franz Feyder und Sven Ullenbruch, *Stuttgarter Nachrichten*, 19.10.2015,

URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nationalsozialistischer-untergrund-corelli-und-die-polizisten.dff300cc-c947-4992-af56-5a937666c1f0.html>

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss zum Polizistenmord: Irritation über Diensttausch

*Die getötete Polizistin Michèle Kiesewetter hatte ihren Dienst am Mordtag auf Wunsch von einem Kollegen übernommen. Dies erfuhr der NSU-Untersuchungsausschuss bei seiner Zeugenbefragung am Montag im Landtag.*

Irritiert hat der NSU-Untersuchungsausschuss auf die Aussage des Beamten reagiert, der 2007 am Mordtag den Dienst mit der Polizistin Michèle Kiesewetter tauschte. Er habe der Kollegin auf ihren Wunsch hin seine Schicht überlassen, sagte der 35 Jahre alte Mann am Montag in Stuttgart. Nach dem Tod Kiesewetters teilte er seinen Vorgesetzten davon nichts mit, weil er keine psychologische Betreuung bekommen wollte. „Ich habe es einfach nicht für wichtig erachtet“, sagte er über den Tausch. Die Beamtin wurde damals in Heilbronn erschossen – mutmaßlich von Mitgliedern

der rechtsextremen „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU).

„Heute rätseln wir über die Situation, war es Zufall oder nicht?“ sagte der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD). Natürlich sei der Wechsel eine wichtige Information gewesen.

Der Ausschuss untersucht die Beziehungen des NSU zum Südwesten. Dem NSU werden zehn Morde zugeordnet – an neun Migranten und an Kiesewetter. Es gibt aber Zweifel an der Annahme der Bundesanwaltschaft, dass Kiesewetter ein Zufallsopfer der Rechtsterroristen war und der NSU keine Mittäter hatte.

Quelle: red/dpa/lsw, *Stuttgarter Nachrichten*, 19.10.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-ausschuss-zum-polizistenmord-irritation-ueber-diensttausch.b5a43fc2-a079-464e-92db-6aa8a0b4bc2d.html>

## Stuttgart

### NSU-Ausschuss: Grünen-Obmann warnt vor rechter Gewalt gegen Flüchtlinge

*Jürgen Filius, Grünen-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss im Landtag, hat nach den Brandanschlägen auf Unterkünfte vor der zunehmenden Gewaltbereitschaft aus der rechten Szene gegen Asylsuchende gewarnt.*

Von Altheim bis Remchingen, von Weissach bis Wertheim: Die Orte im Land wechseln, doch die Nachrichten wiederholen sich dieser Tage. Unbekannte setzen geplante Flüchtlingsheime in Brand. Sie legen Feuer, wo Asylbewerber eine Zuflucht finden sollen. Gebäude brennen herunter zu Ruinen. Die Polizei stößt am Tatort nicht selten auf Brandbeschleuniger wie Benzin. Fremdenfeindliche Motive wollen die Ermittler häufig nicht ausschließen. Erst am Dienstag legten Unbekannte in einem leerstehenden Gasthaus in Remseck bei Stuttgart ein Feuer – direkt nebenan leben 50 Flüchtlinge.

Das Bundeskriminalamt (BKA) warnt vor verschärfter Agitation der rechten Szene gegen Flüchtlinge und ihren Helfern, wie die „Süddeutsche Zeitung“ sowie der NDR und der WDR berichten. Die Behörde zählte nach eigenen Angaben in diesem Jahr 576 Straftaten gegen Asylunterkünfte, hinter 523 steckten rechtsmotivierte

Täter. Bundesweit wurden 2015 bislang 46 Brandstiftungen registriert. 2014 waren es 6.

#### Liste der Angriffe wird immer länger

Die Liste der Angriffe wird auch im Südwesten jede Woche länger. Das Innenministerium zählte dieses Jahr bereits 35 Übergriffe auf Unterkünfte (Stand: 9. Oktober), „von der Farbschmiererei bis zur Brandstiftung“, berichtet Sprecher Andreas Schanz. Im ganzen vergangenen Jahr waren es 21.

Die Ermittler tun sich schwer. Hinweise gehen in Rauch auf. Von den Tätern fehlt meist jede Spur. Diese Woche meldeten die Beamten einen Erfolg: Ein 42-jähriger Mann aus dem Enzkreis sitzt wegen des Brandanschlags auf ein geplantes Flüchtlingsheim in Remchingen seit Montag in Untersuchungshaft. Der Mann ist vorbestraft – aber nicht wegen rechtsextremistischer Umtriebe.

### **Polizei: Zwei Drittel Ersttäter**

Zwei Drittel dieser Täter sei bisher noch gar nicht polizeilich in Erscheinung getreten, berichtet der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPOlG), Rainer Wendt. „Ein eher trauriger Befund“, sagt Wendt. „Das heißt ja, dass die Bereitschaft der Gewalt schon fast in der Mitte der Bevölkerung angekommen ist.“ Stecken hasserfüllte Einzeltäter hinter all den Flammen? Oder handelt es sich gar um organisierte Gewalt einer rechtsextremen Zelle?

„Es spricht sehr viel dafür, dass das in einer im Hintergrund gebündelten Aktion von statten geht“, meint jedenfalls Jürgen Filius (Grüne), der Grünen-Obmann im Landtags-Untersuchungsausschusses zur rechtsextremen Terrorzelle NSU. „Brände legen ist ein ganz markantes Zeichen für Rechtsradikalismus.“ Verfassungsschützer haben auch die Verbrechen der NSU jahrelang nicht erkannt. Organisationen wie die NPD würden die Stimmung mit Hetze zumindest anheizen, warnt Filius. „Personen fühlen sich angesprochen und lassen Worten Taten folgen.“

### **Ab wann wird die Gewalt zum Terrorismus?**

Die Sicherheitsbehörden geben sich da sehr viel zurückhaltender. „Bisher gibt es keine Anhaltspunkte dafür, dass organisatorische Strukturen deutlich geworden sind“, sagt Schanz. „Aber natürlich können wir es nicht ausschließen.“ Auch Wendt erkennt bisher keine Anzeichen von organisierter rechter Gewalt. „Aber das muss uns nicht beruhigen, es gibt trotzdem Anlass, hochwachsam zu sein.“

Ähnlich äußern sich die Stuttgarter Staatsanwaltschaft und das Landesamt für Verfassungsschutz. „Die The-

men „Asyl“ und „Zuwanderung“ stellen jedoch grundsätzlich relevante Themen für Rechtsextremisten dar, die durch die aktuell steigenden Zahlen von Asylsuchenden durch die Öffentlichkeit verstärkt wahrgenommen werden“, teilen die Verfassungsschützer mit. Terror wolle Menschen einschüchtern und isolieren, sagt Filius. „Das ist leider eine Saat, wo ich große Sorge habe, dass sie aufgeht.“ Die Sicherheitsbehörden müssten deshalb aus dem NSU-Versagen lernen und ganz genau hinsehen. Der Landtag schaue den Verfassungsschützern zudem mit einem parlamentarischen Kontrollgremium bald stärker auf die Finger. „Wir brauchen eine wehrhafte Demokratie“, fordert Filius.

### **Politik muss Krise in den Griff bekommen**

Die Politik müsse den Flüchtlingskrise in den Griff bekommen, warnt Wendt. „Wenn die Politik vermitteln kann, dass sie die Krise beherrscht, werden auch Gewalt, Unsicherheit und Hassmails nachlassen.“ Doch die Politik fährt bisher weiter auf Sicht. Werden auch weiter Flüchtlingsheime brennen?

Die Polizei gibt bei den Brandanschlägen meist an, sie wolle einen fremdenfeindlichen Hintergrund nicht ausschließen. Doch wieso sonst sollte jemand ein Heim für Asylbewerber anzünden? Die Beamten sichern sich damit ab, erklärt Gewerkschaftschef Wendt. In der Beziehung zog man offenbar bereits Lehren aus dem NSU-Skandal: „Das ist aus NSU erlernt worden, dass man sich neutralerer Begriffe bedient – um eine zu frühe Festlegung in eine bestimmte Ermittlungsrichtung zu vermeiden.“

Quelle: red/dpa, Stuttgarter Nachrichten, 22.10.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-ausschuss-gruenen-obmann-warnt-vor-rechter-gewalt-gegen-fluechtlinge.4b1ed76e-14b3-4de1-8578-8d6528b387d3.html>

## **Stuttgart**

### **NSU-Ausschuss: Neue Zeugen zum Mord an Polizistin Kiesewetter**

*Der Mord an der Heilbronner Polizistin Michèle Kiesewetter liegt achteinhalb Jahre zurück, jetzt sind laut NSU-Ausschuss zwei neue Zeugen aufgetaucht. Ein Zeuge will mit seinem Handy Videoaufnahmen am Tatort gemacht haben.*

Ein neuer [NSU-Untersuchungsausschuss](#) des Landtags soll nach der Wahl im März die bisherige Arbeit fortsetzen. Das sagte der Chef des Gremiums Wolfgang Drexler (SPD) am Freitag in Stuttgart. Grund für dieses in der Landtagsgeschichte erstmalige Vorgehen sei, dass noch offene oder neue Fragen zu der Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zu klären seien. Dem NSU werden zehn Morde zugeordnet, darunter der an der Polizistin Michèle Kiese-

wetter im April 2007. Zu diesem Fall sind unterdessen zwei neue Zeugen aufgetaucht.

Das seit Anfang dieses Jahres arbeitende Gremium werde dem Plenum des Landtags empfehlen, für die Fortsetzung der Ausschussarbeit in der neuen Legislaturperiode zu plädieren, sagte Drexler. Entscheiden muss das aber das neue Parlament. Je nach Ausgang der Abstimmung könnten dort neue Abgeordnete arbeiten.

Quelle: red/dpa, Stuttgarter Nachrichten, 30. Oktober 2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-ausschuss-neue-zeugen-zum-mord-an-polizistin-kiesewetter.c7aad626-42d8-4fe2-956e-25ebbf7ddc96.html>  
Ähnlicher Beitrag: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/nsu-ausschuss-des-landtags-neue-zeugen-neue-beweise/-/id=1622/did=16396968/nid=1622/inzdmx/index.html>

## November

### Stuttgart/München

### Spannung im NSU-Ausschuss: Zschäpes Aussage verschoben

*In Baden-Württemberg wartet man gespannt auf die Aussage von Beate Zschäpe im NSU-Prozess. Vielleicht bringt sie auch Klärung im Heilbronner Mordfall Kiesewetter. Doch das Warten geht weiter.*

Sie ist die einzige Überlebende der rechten Terrorzelle Nationalsozialistischer Untergrund (NSU). Nach mehr als 240 Verhandlungstagen im NSU-Prozess am Oberlandesgericht München wollte Beate Zschäpe an diesem Mittwoch eine Erklärung abgeben – allerdings nicht persönlich, sondern über ihren vierten Anwalt.

Da es am Dienstag im NSU-Prozess einige Aufregung und zwei Anträge gab, unterbrach der Vorsitzende Richter den Prozess bis zum 17. November. Wann Zschäpe dann Gelegenheit zur Aussage bekommen wird, ließ der Richter zunächst offen. Es wurde ein Befangenheitsantrag gegen das Gericht gestellt, und die drei ursprünglichen Zschäpe-Verteidiger wollen aus dem Verfahren entlassen werden.

#### **Juristische Finte oder wahre Aussage?**

Dem baden-württembergischen Landtags-Untersuchungsausschuss ist zum Mord an der Polizistin Kiesewetter in Heilbronn und den Bezügen zum NSU noch vieles unklar. Zschäpes Aussage im NSU-Prozess könnte das erhellen. „Ich erhoffe mir, dass sie mit der Wahrheit rausrückt, klaren Tisch macht und nicht nur versucht, sich und ihren Tatbeitrag in ein besseres Licht zu rücken“, sagte der CDU-Obmann Matthias Pröfrock am Dienstag in Stuttgart.

Innenminister Reinhold Gall (SPD) ist nach eigener Aussage gespannt, ob es sich bei der angekündigten

Erklärung um eine „juristische Finte“ oder eine wahrheitsgemäße Aussage handele. „Jetzt kommt der Tag, den ich mir persönlich lange herbeigewünscht habe.“

Der Obmann der Grünen, Jürgen Filius, möchte gerne erfahren, ob die im April 2007 ermordete Polizistin Michèle Kiesewetter und ihr schwer verletzter Kollege Zufallsopfer waren oder als Repräsentanten des Staates Ziel eines Anschlags wurden. Ihn beschäftigte auch die Frage, warum die Täter den beiden die Dienstwaffen entwendet haben und welche Bedeutung Heilbronn für den NSU habe.

#### **Zschäpe will eventuell ihre eigene Haut retten**

Der FDP-Obmann Ulrich Goll glaubt, dass Zschäpe versuchen wird, ihre beiden mutmaßlichen Komplizen, Uwe Bönnhardt und Uwe Mundlos, zu belasten und ihre eigene Rolle in dem NSU-Trio kleinzureden, um für sich Vorteile herauszuholen. Diese Chance habe sie aber nur, wenn sie umfassend aussage, erläuterte der ehemalige Justizminister von Baden-Württemberg. Dem NSU werden neben dem Mord an Kiesewetter weitere neun Morde an Migranten zugeschrieben. Zschäpe steht seit Mai 2013 in München vor Gericht. Bislang hat die Angeklagte geschwiegen.

Quelle: SWR.de, 10.11.2015, URL: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/spannung-im-nsu-ausschuss-zschaepes-aussage-verschoben/-/id=1622/did=16454468/nid=1622/3eeg7/index.html>



Stuttgart

## **NSU-U-Ausschuss in BW wartet noch immer: Warum hält Berlin Stuttgart Unterlagen vor?**

*Der NSU-Untersuchungsausschuss in Baden-Württemberg fühlt sich vom Bundestag nicht ausreichend unterstützt. Das Gremium warte seit Mai auf Unterlagen. In diesen geht es um Verbindungen zum Ku-Klux-Klan.*

Für den baden-württembergischen Ausschuss-Chef Wolfgang Drexler (SPD) ist es „fast ein Skandal“, dass seinem Gremium Erkenntnisse des Sonderermittlers des Bundestages zum Einsatz der Verbindungsperson „Corelli“ im Ku-Klux-Klan (KKK) mit dem lakonischen Hinweis auf „rechtliche Gründe“ vorenthalten werden. Das sei umso unverständlicher, da der Stuttgarter Ausschuss seinerseits Unterlagen umgehend geschickt habe, die vom Bundestagsuntersuchungsausschuss angefordert worden seien.

„Corelli“ war V-Mann des Bundesverfassungsschutzes und soll Informationen über den KKK an den Geheimdienst weitergegeben haben. Er war nach einem Zuckerschock infolge einer unerkannten Diabetes-Erkrankung 2014 tot in seiner Wohnung in Paderborn (Nordrhein-Westfalen) aufgefunden worden.

### **Was hatte der KKK mit der Ermordung einer Heilbronner Polizistin zu tun?**

Der KKK steht in Verbindung zu der vom Ausschuss untersuchten Ermordung der Polizistin Michèle Kiesewetter im Jahr 2007 in Heilbronn. Kollegen der erschossenen Beamtin hatten bei der rassistischen Organisation angeheuert. Die Morde an Kiesewetter und

an neun Migranten werden dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugerechnet.

### **Verfassungsschutz-Chefin sagt vor Ausschuss aus**

Eine weitere Frage, die der Ausschuss klären will, ist, wieviel der Verfassungsschutz des Landes über den Ku-Klux-Klan wusste. Darüber soll Verfassungsschutz-Chefin Beate Bube am Montag vor dem NSU-Untersuchungsausschuss aussagen. Das Landtagsgremium möchte vor allem wissen, welche Erkenntnisse Bubes Behörde über den KKK und seinen Gründer aus Schwäbisch Hall, Achim S., hatte. Nach früheren Angaben des Ausschussvorsitzenden Wolfgang Drexler (SPD) hatte auch der Geheimdienst dem Gremium nicht alle nötigen Akten zum Thema vorgelegt.

Ex-Verfassungsschutz-Präsident Helmut Rannacher (1995 bis 2005) und der ehemalige Ministerialdirektor im Innenministerium (2003 bis 2006), Max Munding, werden im Landtag in Stuttgart ebenfalls befragt. Munding leitet derzeit den Landesrechnungshof in Karlsruhe. Rannacher hatte vor dem Ausschuss bereits das Versagen seiner Behörde bei der Aufklärung der Verbrechen des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) eingeräumt.

Quelle: SWR.de, 23.11.2015, URL: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/was-war-ueber-den-ku-klux-klan-bekannt-verfassungsschutz-chefin-vor-nsu-ausschuss/-/id=1622/did=16518488/nid=1622/rzeogl/index.html>

Stuttgart

## **NSU-Akten: Bundestag bremst Landtag Der Tod des mysteriösen Spitzels Corelli**

*Es gab enge Verbindungen zwischen Verfassungsschutz, dem NSU und dem Ku-Klux-Klan – der Neonazi Thomas Richter war V-Mann – sein Deckname: „Corelli“. Fragen und Antworten.*

Immer wieder geht es um Thomas Richter: Der Neonazi hat jahrelang Gegendemonstranten bei rechten Aufmärschen fotografiert und denunziert. Er zieht im rassistischen Ku-Klux-Klan (KKK) in Schwäbisch Hall die weiße Kapuze über. Mitte der 2000er Jahre verschickt er CDs, die den Titel „NSU/NSDAP“ tragen – und liefert damit mindestens sechs Jahre vor deren Selbstenttarnung Hinweise auf die mutmaßliche Rechtsterroristengruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU). Und: Thomas Richter spitzelt 18 Jahre lang als V-Mann „Corelli“ für das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV). Für die Nachrichtendienstler

eine „Topquelle“, deren Informationen den Agenten bis zum Tod Richters 2014 insgesamt 296 842,83 Euro wert waren.

Der Tod des Spitzels regt bis heute die Fantasie vieler an: Im August und September 2012 fürchten Kölner Verfassungsschützer, dass die Enttarnung ihres Informanten droht: Eine Presseanfrage des Mitteldeutschen Rundfunks (mdr) könne die Identität „Corellis“ offenbaren. Deshalb wird Richter in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen, erhält eine neue Identität und wird schlussendlich in einer Wohnung im Paderborner Stadtteil Schloss Neuhaus untergebracht. Hier wird

Richter am 7. April 2014 nachmittags tot von zwei Beamten seines Betreuungsteams aufgefunden. Die Obduktion ergibt, dass er an einer bis dahin unerkannten Diabetes verstorben ist.

### **Geheimbericht verweigert**

Kurz zuvor war dem Hamburger Verfassungsschutz eine CD mit dem Titel „NSU / NSDAP“ übergeben worden. Ihre Spur führte zu Thomas Richter, der diesen Datenträger offenbar 2006 verschickt hatte. Wenig später wurden ähnliche CDs in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen und im BfV gefunden.

Deshalb setzt das für die Kontrolle der deutschen Nachrichtendienste zuständige Parlamentarische Kontrollgremium des Bundestages den früheren Grünen-Bundestagsabgeordneten Jerzy Montag als Sonderermittler ein. Sein Auftrag: Er soll die Todesumstände Richters, dessen Beziehungen zum mutmaßlichen Terrortrio NSU, die Mitgliedschaft „Corellis“ im KKK sowie Hintergründe der NSU-CD untersuchen.

Im Oktober stellt Montag seinen als „geheim“ eingestuften Report dem Parlamentarischen Kontrollgremium vor. Das reduziert den 300 Seiten dicken Bericht in einer öffentlichen Fassung auf 30 Seiten. Nur diese Fassung steht den Abgeordneten in den Untersuchungsausschüssen der Länder zur Verfügung. An diesem Freitag nun sagt Montag vor dem NSU-Gremium des baden-württembergischen Landtags aus – auf Grundlage des öffentlichen Berichts. Die Parlamentarier können Montag nach Informationen unserer Zeitung zu folgenden Punkten nicht befragen:

### **Wie bekommt Richter Kontakt zu baden-württembergischen KKK-Mitgliedern?**

Über Newsletter und E-Mails erhält Richter 1998/1999 Hinweise auf KKK-Strukturen in Deutschland. Über Chatkanäle baut er den Kontakt zu Thomas B. auf, der den Kanal „Vaterland“ auf der Kommunikationsplattform „undernet“ betreibt. B. bietet Richter an, mit ihm gemeinsam in die USA zu fliegen, um dort „amerikanische Kameraden“ des KKK zu treffen. Über B. lernt Richter dann Achim Schmid aus Schwäbisch Hall kennen. Der V-Mann des LfV Baden-Württemberg ist zu dieser Zeit Mitglied der im Raum Heilbronn aktiven „International Knights of Ku-Klux-Klan“ (IK KKK).

### **Wie wird Richter Mitglied des KKK?**

Im März 2000 treffen sich Schmid und Richter bei einem Skinheadkonzert in Dänemark. Das berichtet Richter seinem sogenannten V-Mann-Führer. Weil dessen Dienst „keine fundierten Erkenntnisse zu Sektionen der IK KKK“ hat, könne eine Mitgliedschaft Richters dort „wertvolle Erkenntnisse zu Aufbau, Veranstaltungen und internen Abläufen erbringen“. Richter wird deshalb vom BfV gegen seinen Willen gedrängt, engen Kontakt zu Schmid und dem IK KKK zu halten. Am 21. und 22. Juli 2000 wird Richter als Anwärter im

Rahmen einer feierlichen Zeremonie in den IK KKK aufgenommen. Dessen in Baden-Württemberg lebender Europabeauftragter Paul Edmond ist bei dem Ritual anwesend.

### **Durfte der Verfassungsschutz zu diesem Zeitpunkt den KKK beobachten?**

Der frühere Präsident des LfV Baden-Württemberg, Helmut Rannacher, sagte am 17. Juli im Untersuchungsausschuss aus, das BfV habe im Frühjahr 2001 bei allen Verfassungsschutzämtern nach Erkenntnissen zum KKK angefragt. Bis zu diesem Zeitpunkt sei die Gruppe ein sogenannter Prüffall gewesen: In dieser Zeit dürfen Geheimdienste lediglich offen verfügbare Informationen aus Zeitungen oder dem Internet über eine Organisation sammeln. Nachrichtendienstlich – also mit V-Männern oder Telefonüberwachungen – dürfen sie erst tätig werden, wenn die Organisation zum „Beobachtungsobjekt“ erklärt wurde. Rannacher sagte, „dass zum 1. August 2001 der Ku-Klux-Klan Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes wurde“. Also weit nachdem Richter auf den KKK angesetzt worden war.

### **Was macht Richter bei den European Knights of KKK?**

Im Oktober 2000 gründet Schmid seinen eigenen Klan, den EWK KKK in Schwäbisch Hall. Richter soll in den ostdeutschen Bundesländern weitere Mitglieder für den Klan rekrutieren. Unter anderem bringt er den radikalen Neonazi Martin E. in die Gruppe. 2001 fliegt er auf Kosten des BfV in die USA, um sich mit anderen KKK-Angehörigen zu treffen. Ab 2001/2002 berichtet Richter über baden-württembergische Polizisten im EWK KKK. Er benennt Timo H. sowie Jörg W. Zudem berichtet er vom Interesse von drei weiteren Polizisten an der Rassistentruppe. Als Schmid zu Pfingsten 2002 für den KKK eine Rallye im Raum Schwäbisch Hall anberaumt, soll Richter dem BfV und LfV Baden-Württemberg helfen, Mitglieder und deren Fahrzeuge zu identifizieren. Dazu soll in seinem Rucksack ein Peilsender versteckt werden. Dessen Signal soll ein Hubschrauber auffangen. Mutmaßlich ein Mitarbeiter des LfV verrät offenbar die Operation an Schmid und zwei seiner Adjutanten.

### **Was hat Richter mit der NSU-CD zu tun?**

Offenbar Mitte der 2000er Jahre verschickt Richter eine CD mit dem Titel „NSU/NSDAP“ an einen Neonazi, der V-Mann des LfV Hamburg ist. Der findet die CD im Februar 2014 beim Aufräumen wieder und übergibt sie den Verfassungsschützern. Der Datenträger enthält die „erste umfangreiche Bilddaten-CD des Nationalsozialistischen Untergrunds der NSDAP (NSU)“. Enthalten sind Fotos, Videos und Grafiken mit rechtsextremistischem Inhalt. Bei Hausdurchsuchungen in Krakow am See und Lugau finden Polizisten zwei weitere CDs

mit demselben Titel und ähnlichen Inhalten. Im Spätsommer 2014 taucht auch eine CD beim BfV auf. Diese hatte „Corelli“ offenbar am 16. August 2005 übergeben. Ausgewertet worden war sie nie. Brisant sind die CDs, weil der Begriff NSU erst nach dem Auffliegen der mutmaßlichen Terrorgruppe im November 2011 bekannt wurde. Ein sogenannter Hashwert-Abgleich ergibt, dass der unverwechselbare Datei-Fingerabdruck einiger Datenbanken mit denen identisch ist, der auf Rechnern und Datenträgern gefunden wurde, die den fünf im Münchner NSU-Verfahren Angeklagten zuzuordnen sind.

### **Warum ermittelt die Stuttgarter Staatsanwaltschaft gegen Richter?**

Die Ankläger führen Ende der 2000er-Jahre zwei Ermittlungsverfahren wegen Volksverhetzung gegen Richter. Er vertrieb über ein in Stuttgart gemeldetes Internetauktionshaus indizierte Tonträger. Richters Wohnung wird durchsucht. Die dabei sichergestellten Asservate sind zeitweilig unauffindbar. Sie werden zufällig gefunden, als ein Ermittler pensioniert und sein Büro ausgeräumt wird. Die Verfahren – inzwischen bei der Staatsanwaltschaft Jena zusammengeführt – werden am 22. August 2011 eingestellt.

Quelle: Franz Feyder und Sven Ullenbruch, *Stuttgarter Nachrichten*, 27.11.2015, URL: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.nsu-akten-bundestag-bremst-landtag-der-tod-des-mysterioesen-spitfels-corelli.b1005b6a-1816-4192-bb59-6e444a14d1fb.html>

## **Stuttgart**

### **NSU-Ausschuss im Stuttgarter Landtag: Wichtiger Zeuge darf nur wenig sagen**

*Welche Verbindungen gibt es zwischen dem Ku-Klux-Klan in Baden-Württemberg und dem Heilbronner Polizistinnenmord? Der Bundesverfassungsschutz könnte vielleicht bei der Aufklärung helfen, aber Infos kommen nur spärlich.*

#### **Aufklärer stoßen auf Hindernisse**

Der Stuttgarter NSU-Untersuchungsausschuss hat am Freitag versucht, mehr über „Corelli“ herauszufinden – einen Verbindungsmann des Bundesverfassungsschutzes. Dieser steht im Fokus, weil Informationen über ihn vielleicht die Frage klären könnten: Was hatte der Ku-Klux-Klan mit dem Polizistinnenmord von Heilbronn zu tun? Der Sonderermittler des Bundesverfassungsschutzes, Jerzy Montag, hatte allerdings bei seiner Aussage vor dem Ausschuss nur wenig Informationen über „Corelli“ dabei: Das Geheimdienstgremium hatte ihm nur eine stark eingeschränkte Aussage-Genehmigung gegeben.

Der Chef des NSU-Untersuchungsausschusses im baden-württembergischen Landtag, Wolfgang Drexler, nannte das „nicht nachvollziehbar“. Er ist ohnehin sauer auf das Parlamentarische Kontrollgremium, denn Montags geheimen Bericht hat der Landtag ebenfalls nicht aus Berlin bekommen.

#### **Warum hatte Bundesverfassungsschutz schwäbischen KKK im Visier?**

Corelli war Mitglied im Ku-Klux-Klan (KKK) im Raum Schwäbisch Hall und soll Informationen über die Vereinigung an den Geheimdienst weitergegeben haben. Für Drexler stellt sich die Frage, warum das Bundesamt für Verfassungsschutz seine Topquelle überhaupt in den KKK einschleuste. Denn das Landesamt für

Verfassungsschutz hatte dem Klan zunächst keine große Bedeutung beigemessen.

Der KKK steht in Verbindung mit dem Polizistenmord von Heilbronn, weil Kollegen der 2007 erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter beim KKK angeheuert hatten. Die Morde an Kiesewetter und an neun Migranten werden dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) zugerechnet.

Montag gab an, Anfang der 1990er Jahre sei in Brandenburg ein Ausländer fast zu Tode gehetzt worden. Dabei seien Parolen des KKK gerufen worden. Vor diesem Hintergrund habe der Bundesverfassungsschutz den KKK in Schwäbisch Hall als „potenziell gefährlich“ eingestuft.

#### **Corelli starb ohne Fremdverschulden**

Corelli starb 2014 im Alter von 39 Jahren in einer Wohnung im nordrhein-westfälischen Paderborn. Er war nach einem Zuckerschock infolge einer unerkannten Diabetes-Erkrankung tot aufgefunden worden. „Bezüglich der Todesermittlungen habe ich nach Aktenkenntnis und eigener Recherche nicht den Hauch eines Verdachtes für Fremdverschulden gesehen“, sagte Montag zu Spekulationen, der als V-Mann enttarnte Corelli könnte ermordet worden sein.

Sonderermittler Montag sagte über Corelli weiter, es sei „naheliegend, dass er die Leute aus dem NSU-Umfeld und auch die NSU-Leute irgendwo mal getroffen

fen hat". Dies bedeute aber nicht, dass Corelli vom NSU als organisierter Gruppe habe wissen müssen.

Quelle: SWR.de, 27.11.2015, URL: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/nsu-ausschuss-im-stuttgarter-landtag-wichtiger-zeuge-darf-nur-wenig-sagen/-/id=1622/did=16546820/nid=1622/1ualm61/index.html>

## Stuttgart

### **NSU-Prozess: Funkzellen-Auswertung zum Kiesewetter-Mord ohne heiße Spur**

Bei der Auswertung der Funkzellen-Daten nach dem Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter hat es einige Hinweise auf Personen aus der organisierten Kriminalität gegeben. Ebenso seien Handys von Mitgliedern des Heilbronner Rockerclubs Hells Angels in der Zelle angemeldet gewesen, sagte ein Kriminalhauptkommissar des Landeskriminalamtes am Montag im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags. Man sei diesen Spuren nachgegangen. Zum Teil hätten sie sich als nicht relevant erwiesen, zum Teil habe man sie nicht klären können, da einige Handys auf Fantasienamen angemeldet worden seien.

Später seien auch die der Polizei bekannten Handynummern der NSU-Mitglieder Uwe Bönnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe mit der Zelle abgeglichen worden. Es habe allerdings keine Treffer gegeben. Der Ausschuss untersucht die Bezüge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zum Südwesten. Dem rechtsextremen NSU werden zehn Morde zugerechnet – an neun Migranten und an Kiesewetter 2007 in Heilbronn.

Quelle: Südkurier.de, 30.11.2015, URL: <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/news/Funkzellen-Auswertung-zum-Kiesewetter-Mord-ohne-heisse-Spur;art330342.8344904>

## Dezember

## Stuttgart

### **NSU-Ausschuss geht Ungereimtheiten im Fall Kiesewetter nach**

*Der NSU-Untersuchungsausschuss geht heute noch einmal offenen Fragen und Ungereimtheiten im Fall der ermordeten Polizistin Michèle Kiesewetter nach. Das Landtagsgremium in Stuttgart befragt den ermittlungsführenden Staatsanwalt Christoph Meyer-Manoras.*

Die Abgeordneten wollen von ihm wissen, warum Phantombilder nicht veröffentlicht wurden, die mit Hilfe von Kiesewetters schwer verletztem Streifenpartner Martin A. erstellt wurden. Im weiteren Verlauf der Sitzung geht es um mutmaßliche Schlampereien bei der polizeilichen Absperrung des Tatortes und die Frage, warum einige DNA-Spuren – etwa am Polizeifahrzeug – bis heute keinen konkreten Personen zugeordnet werden konnten.

Der Ausschuss untersucht die Bezüge des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) zum Südwesten. Dem NSU werden zehn Morde zugerechnet – an neun Migranten und an Kiesewetter 2007 in Heilbronn. Es gibt Zweifel an der Annahme der Bundesanwaltschaft, dass Kiesewetter ein Zufallsopfer der rechtsextremen Terrorzelle war.

Quelle: Südkurier.de, 07.12.2015, URL: <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/news/NSU-Ausschuss-geht-Ungereimtheiten-im-Fall-Kiesewetter-nach;art330342.8362474>

## Stuttgart/München

### NSU-Prozess:

## Nachholbedarf im Kampf gegen rechtsextreme Einstellungen

*Der NSU-Ausschuss befasst sich weiter mit Rechtsextremismus im Südwesten – und ist gespannt auf Beate Zschäpes Aussage*

Wenige Tage, bevor Beate Zschäpe im Münchner NSU-Prozess umfassend aussagen will, drehte sich der Untersuchungsausschuss in Stuttgart noch immer um die Frage, weshalb die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 sterben musste. Das Motiv liegt auch nach 37 teils langen Sitzungen nahezu im Dunklen. Nach Ansicht der Generalbundesanwaltschaft geht der Mord auf das Konto des NSU-Terrorduos Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt. Mit Spannung erwarten die Abgeordneten in Stuttgart, ob die der Mittäterschaft angeklagte Zschäpe mit Details zum Heilbronner Mord aufwartet. Denn anders als bei den übrigen neun dem NSU zugeordneten Morden, steht bei Kiesewetter bis heute nur die vage Vermutung im Raum, die Kugel im Kopf habe Kiesewetter als Polizistin und damit als Repräsentantin des Staates gegolten.

An dieser Zufalls-Theorie haben etliche Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags ebenso Zweifel wie an der Auffassung der Behörden, nur zwei Täter hätten den Mord an Kiesewetter sowie den Mordversuch an deren Kollegen Martin Arnold verübt. Nicht wenige Beobachter halten für möglich, dass auf der Heilbronner Theresienwiese ein rechtsextremistisches Unterstützernetzwerk gewirkt haben muss. Und dass die aus Thüringen stammende Kiesewetter gefährliches Wissen über die Szene gehabt haben könnte.

Seit gut einem Jahr spüren die Ausschussmitglieder einem Landesverfassungsschutz hinterher, der V-Leute in den Geheimbund Ku-Klux-Klan einschleust, oder den Verbindungen des NSU nach Baden-Württemberg. Böhnhardt und Mundlos hatten nicht nur regelmäßige Kontakte zu Rechtsextremisten im Raum Ludwigsburg und anderswo. Im Besitz des NSU-Trios fand sich eine Adressliste mit zahlreichen Namen aus dem Südwesten. Gegen Ende der Zeugeneinvernah-

me im Untersuchungsausschuss holte sich das Landtagsgremium noch einmal einen grundsätzlichen Input durch den Esslinger Professor Kurt Möller.

Dieser skizzierte Baden-Württemberg als Bundesland, in dem traditionell besonders viele Bürger anfällig für Rechtsextremismus sind. 1968 erzielte die NPD mit 9,8 Prozent ihr höchstes Wahlergebnis überhaupt, 1996 schafften die Republikaner den Wiedereinzug in den Landtag. Baden-Württemberg weist laut Möller mit 16 Prozent das höchste rechtsextremistische Wählerpotenzial auf. Warum Baden-Württemberg? „Spekulationen“, sagt Möller. Ländliche Gebiete seien besonders anfällig. „Ich kenne keine tragfähigen Begründungen, aber es ist so.“ Möller warnte: Nur sieben Prozent an Rechtsextremismus sei sichtbar in Form von Wahlergebnissen. Eben deshalb müsse die Gesellschaft genau hinschauen beim Sportverein, in Familien, bei der Feuerwehr – oder auch bei der Polizei, wo rechtsextreme Haltungen nicht zwingend zu Rauswürfen oder Disziplinarverfahren führten. Nach dem Heilbronner Mord etwa spürte die Soko Parkplatz laut Möller zunächst „ethnisierenden“, wenn nicht „rassialisierenden“ Tätertheorien nach.

Kein „institutioneller Rassismus“, aber Rassismus in der Institution. Der Nachholbedarf im Kampf gegen rechtsextremistische Einstellungen ist aus Sicht des Jugendforschers Möller besonders groß.

Im NSU-Aufklärungsgremium verstörte abermals, dass die Kommunikationsdaten Kiesewetters erst drei Jahre nach dem Mord ausgewertet wurden. „Das war ein Versäumnis der Polizei“, sagt der Ausschussvorsitzende Wolfgang Drexler (SPD). Ob dies aus Zufall, Unvermögen oder Absicht geschah, auch dies könnte sich erhellen, wenn Beate Zschäpe in München aussagt.

Quelle: Südkurier.de, 08.12.2015, URL: <http://www.suedkurier.de/nachrichten/baden-wuerttemberg/Nachholbedarf-im-Kampf-gegen-rechtsextreme-Einstellungen:art417930,8364723>

## Stuttgart

### Anschlagsserie des NSU: War ein Kiosk-Anschlag in Stuttgart geplant?

*Möglicherweise haben Ermittler ein ausgespähtes Anschlagziel der Terrorzelle NSU in Stuttgart übersehen. Das soll nun in die parlamentarische Untersuchung einfließen – aber wohl erst nach der Wahl.*



Die Ermittler sollen Hinweise auf einen vom „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) geplanten Anschlag auf einen von Migranten betriebenen Kiosk in Stuttgart übersehen haben. Das berichtet das Magazin „Der Spiegel“ in seiner neuesten Ausgabe. Der Grünen-Obmann im NSU-Untersuchungsausschuss des Landtags von Baden-Württemberg, Jürgen Filius, sagte dem SWR: „Wir müssen der Sache nachgehen.“

Allerdings sei eine weitere Beweisaufnahme, also eine Befragung von Zeugen oder Sachverständigen, in dieser Legislaturperiode nicht mehr möglich. Seine Fraktion werde darauf drängen, die offenen Fragen in einem nächsten NSU-Untersuchungsausschuss nach der Wahl aufzuklären.

#### **Ermittler suchten mögliche Mordopfer**

Laut „Spiegel“ haben die Ermittler Stadtpläne untersucht, die nach einem Brand in der Wohnung der Terrorgruppe in Zwickau gefunden wurden. Im Zentrum einer Markierung soll sich der besagte Kiosk befunden haben. Diesem Hinweis wurde jedoch nach Angaben des „Spiegels“ nicht weiter nachgegangen.

In Baden-Württemberg dürfen Untersuchungsausschüsse nicht über eine Wahlperiode hinausgehen. Deshalb muss der jetzige NSU-U-Ausschuss vor der Landtagswahl im März 2016 einen Abschlussbericht vorlegen. Weil jedoch viele Fragen noch offen sind, gilt es als wahrscheinlich, dass nach der Wahl ein neuer U-Ausschuss eingesetzt wird.

Quelle: SWR.de, 28.12.2015, URL: <http://www.swr.de/landesschau-aktuell/bw/anschlagsserie-des-nsu-war-ein-kiosk-anschlag-in-stuttgart-geplant/-/id=1622/did=16719250/nid=1622/aqlf82/index.html>

## Quellenverzeichnis:

Artikel aus folgenden Medien sind in der Zusammenstellung zu finden. Die Auswahl erfolgte nach Zugriffsmöglichkeit und ist insofern willkürlich:

	Anzahl der Artikel
Stuttgarter Zeitung	25
Stuttgarter Nachrichten	19
Südwestpresse	9
Heilbronner Stimme	8
SWR	7
Badische Zeitung	4
Mannheimer Morgen / MorgenWeb	3
Süddeutsche Zeitung	3
Südkurier	3
Pforzheimer Zeitung	2
Südkurier	2
Schwarzwälder Bote	1